

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

11. Juli 1986

RM

Nummer 17

Sozialabbau — mit Langzeitwirkung

Zum Haushalt 87

von HELMUT WEISS

In den jüngsten Debatten um die Ausgaben des Bundes standen im wesentlichen Fragen von Wahlgeschenken im Vordergrund. Sei es die eine oder andere Milliarde an die Bauern als potentielle CDU-Wähler (oder eben: Nichtwähler) oder die verschiedenen Versprechungen an und Tricks mit den sogenannten Trümmerfrauen. Die Tendenz war klar: Die Regierung versuchte, ihr Potential zu stabilisieren.

Deshalb sind auch die im Kabinett verabschiedeten Entwürfe für den kommenden Haushalt 87 keine Überraschung: Die sogenannte Sparpolitik wird fortgesetzt, wie gehabt. Und wie gehabt, wird gespart nur auf der einen Seite. Der Militärhaushalt wächst stetig weiter, selbst der offizielle Teil hat nunmehr die 50-Milliarden-DM-Grenze deutlich überschritten, auch die Summe der zahllosen in anderen Etats versteckten Rüstungsausgaben wächst weiter. Die Verjüngung des Offizierskorps zum Beispiel — der Vorruhestand für Obristen — wird aus der Kasse der Sozialpolitik bezahlt, was sich dann auch gut macht, wenn gesagt werden kann, die Sozialausgaben blieben auf hohem Niveau.

Die großen neuen Einschnitte fehlen, wie es faktisch schon im letzten Haushaltsjahr war. Das hat zwei Gründe. Zum einen setzt die Regierungskoalition natürlich auf die summierende Wirkung früherer Eingriffe, die weiterwirken und auf die Förderung weiterer Privatisierung auch im Sozialsektor. Zum anderen stehen neue Pläne erst für das Jahr nach der Bundestagswahl

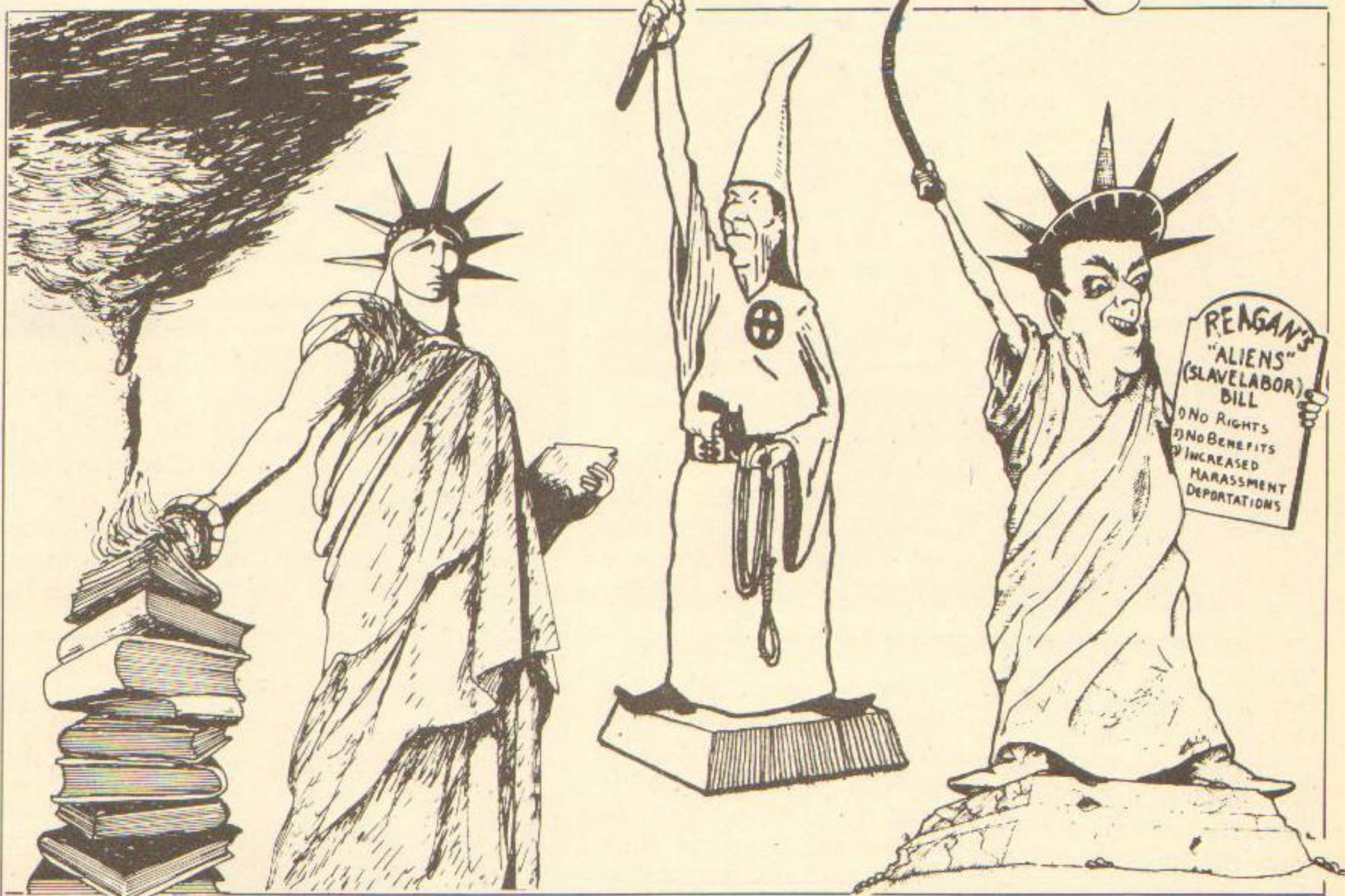
an — die verschiedenen Unternehmerorganisationen haben ja bereits deutlich gemacht, welche diesbezüglichen Wünsche sie von der Bonner Regierung erfüllt sehen möchten. Die Stichworte heißen weiterhin Renten und „Kostenexplosion“ (bzw. -dämmung) im Gesundheitswesen, sowie Fortsetzung der Veränderungen im Steuerwesen.

Die Propaganda der Regierung ist, wie der vor kurzem veröffentlichte Sozialbericht Blüms zeigt, (siehe dazu Artikel in dieser Ausgabe), eher defensiv angelegt — noch. Sicher wird dies im Wahlkampf nach den Sommerferien offensiv gewendet werden.

Sicherlich: Union und FDP können dabei nicht nur auf jene setzen, die direkt von ihrer Politik profitieren, das sind zu wenige. Deshalb haben sie vor allem versucht, ein Abrutschen bestimmter Schichten ihres traditionellen Anhangs zu verhindern, das haben sie „sich“ (bzw. zum Beispiel einmal mehr die Arbeitslosenversicherung) etwas kosten lassen.

Die Sozialdemokraten können dazu wenig Alternatives anbieten: Wenige Tage nach dem Bonner Kabinett wurde auch in Hamburg der Landeshaushalt aufgestellt — ein ausdrücklicher „Sparhaushalt“. Kein Versuch, in der zentralen Frage der sozialen Sicherungssysteme Dämme aufzuziehen. Die Grünen basteln derweil weiter an ihren eigenen Überlegungen, die aktuell nicht dazu beitragen, diese Systeme ernsthaft zu verteidigen.

Es wird gerade hier darum gehen, inwieweit die Gewerk-



100 Jahre Freiheitsstatue in New York. Die Schäden an der Statue wurden aus diesem Anlaß ausgebessert. Karikaturisten nutzen Miss Liberty heute vor allem, um auf den schreienden Widerspruch zwischen dem Pathos der Statue und der US-amerikanischen Realität hinzuweisen.

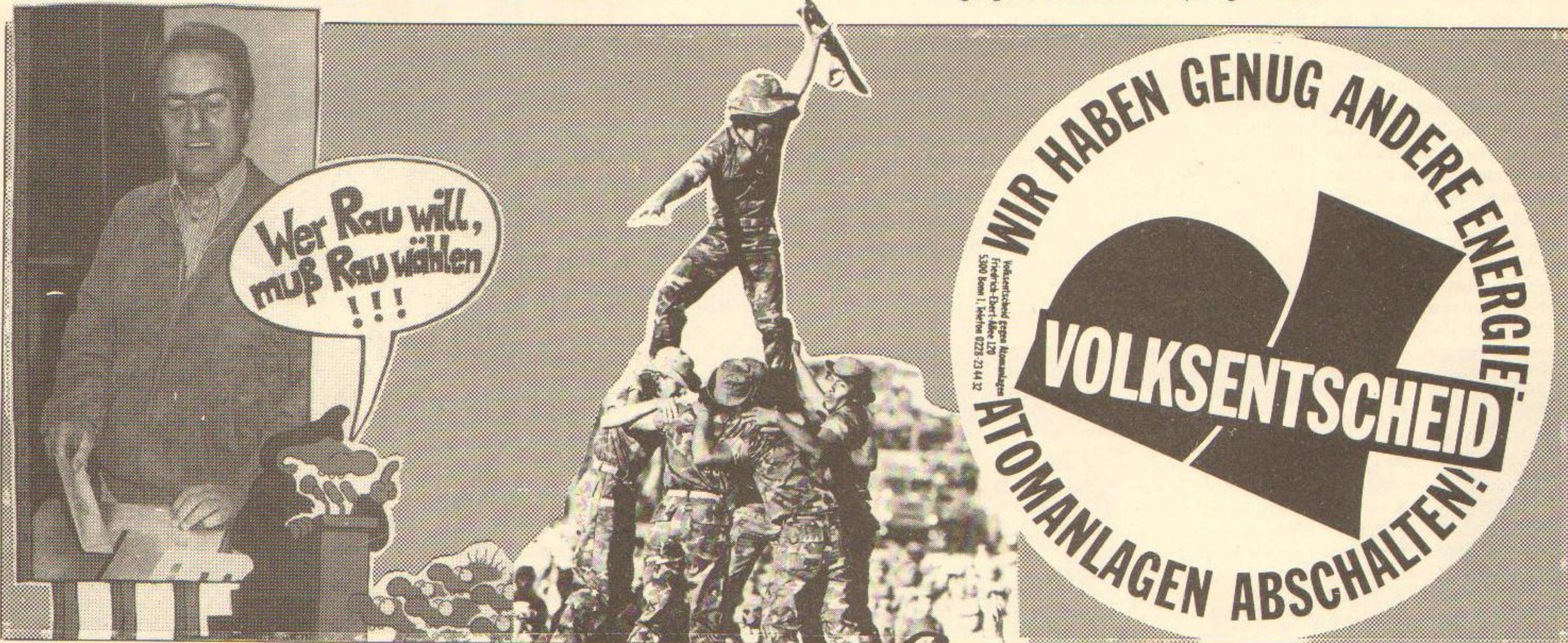
Mehrheit für Vereinigung

Die Urabstimmung unter den Mitgliedern der KPD über die Vereinigung von GIM und KPD ist abgeschlossen. Stimmberechtigt waren genau 364 Genossinnen und Genossen. Bei der Auszählung lagen 344 abgegebene Stimmzettel vor. Davon waren 303 Ja-Stimmen für die Vereinigung, 36 Nein-Stimmen zur Vereinigung, 4 Enthaltungen und eine 1 ungültige Stimme.

88 Prozent der bei der Auszählung vorliegenden Stimmzettel waren also Stimmen für die Vereinigung von GIM und KPD (bezogen

auf die Gesamtmitgliedschaft: 83 Prozent). Knapp 10 Prozent der Mitglieder haben sich gegen die Vereinigung ausgesprochen. Wir hoffen sehr, daß möglichst alle diese Genossinnen und Genossen, die gegen die Vereinigung gestimmt haben, trotzdem den Weg in die vereinigte Partei mitgehen und so der vereinigten Partei die Chance geben, Bedenken, die heute gegen die Vereinigung bestehen, in der Praxis zu entkräften.

Nachdem sich die überwältigende Mehrheit der Mitglieder der KPD für die Vereinigung von GIM und KPD ausgesprochen hat, ist nun der nächste Schritt, der vor uns steht, der Vereinigungsparteitag selbst. Setzen wir uns dafür ein, daß er zu einem guten Start für die neue Partei wird.



BUNDESTAGSWAHL: Positiv für rot-grün? Horst-Dieter Koch argumentiert gegen einen Wahlauftritt für eine rot-grüne Mehrheit. **Seite 13.**
NICARAGUA: Sieben Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur ist Nicaragua libre RM-Thema. Jutta aus Hamburg über ihre Erfahrungen als Bri-

gadistin, über die Lage der Arbeiterklasse und über den Stand der Agrarreform auf den **Seiten 7 - 10.** **ABSCHALTEN:** Jürgen Tobegen setzt sich auf **Seite 5** mit der Diskussion auf der bundesweiten AKW-Konferenz auseinander und liefert Argumente für den Volksentscheid auf **Seite 12.**

Blockade-Urteil

Das Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein hat die IG Druck & Papier verurteilt, wegen Blockaden vor dem Springer-Verlagshaus in Ahrensburg 1984 beim Kampf für die 35-Stunden-Woche Schadensersatz zu zahlen. Nach Auffassung des LAG Schleswig-Holstein sind Blockaden „Ausschreitungen“, die nicht vom Streikrecht geschützt seien. Die IG Druck & Papier wurde verurteilt, obwohl auch nach Auffassung des LAG vom Springer-Verlag keine Tatsachen vorgetragen wurden, aus denen sich ergeben hätte, daß die Blockaden von der Gewerkschaft veranlaßt worden sind. Nach Auffassung des schleswig-holsteinischen LAG aber hat die Gewerkschaft, die zum Streik aufruft, die Verpflichtung, rechtswidrige Aktionen zu unterbinden.

Dieses Urteil, gegen das noch Revision möglich ist, reiht sich ein in eine Serie von Urteilen (beispielsweise die Begünstigung des Streikbrechereinsatzes durch die „Gassen-Urteile“), durch die das Streikrecht von den Rändern her eingeschränkt wird. Die Blockadeaktionen zur Behinderung von Zeitungsauslieferungen in der Druckindustrie sind ja vor dem Hintergrund zu sehen, daß infolge der neuen Produktionsmethoden mit sehr wenigen Streikbrechern (Meister, Vorarbeiter etc.) die Produktion in gewissem Umfang aufrechterhalten werden kann. Wenn, wie mit diesem Urteil, den Gewerkschaften immer mehr Möglichkeiten genommen werden, die Wirksamkeit von Streiks zu erhalten, stellt sich schon die Frage, was eigentlich nach Auffassung solcher Gerichte durch das „Streikrecht geschützt“ ist? Nur das Recht der Gewerkschaften auf die Niederlage?

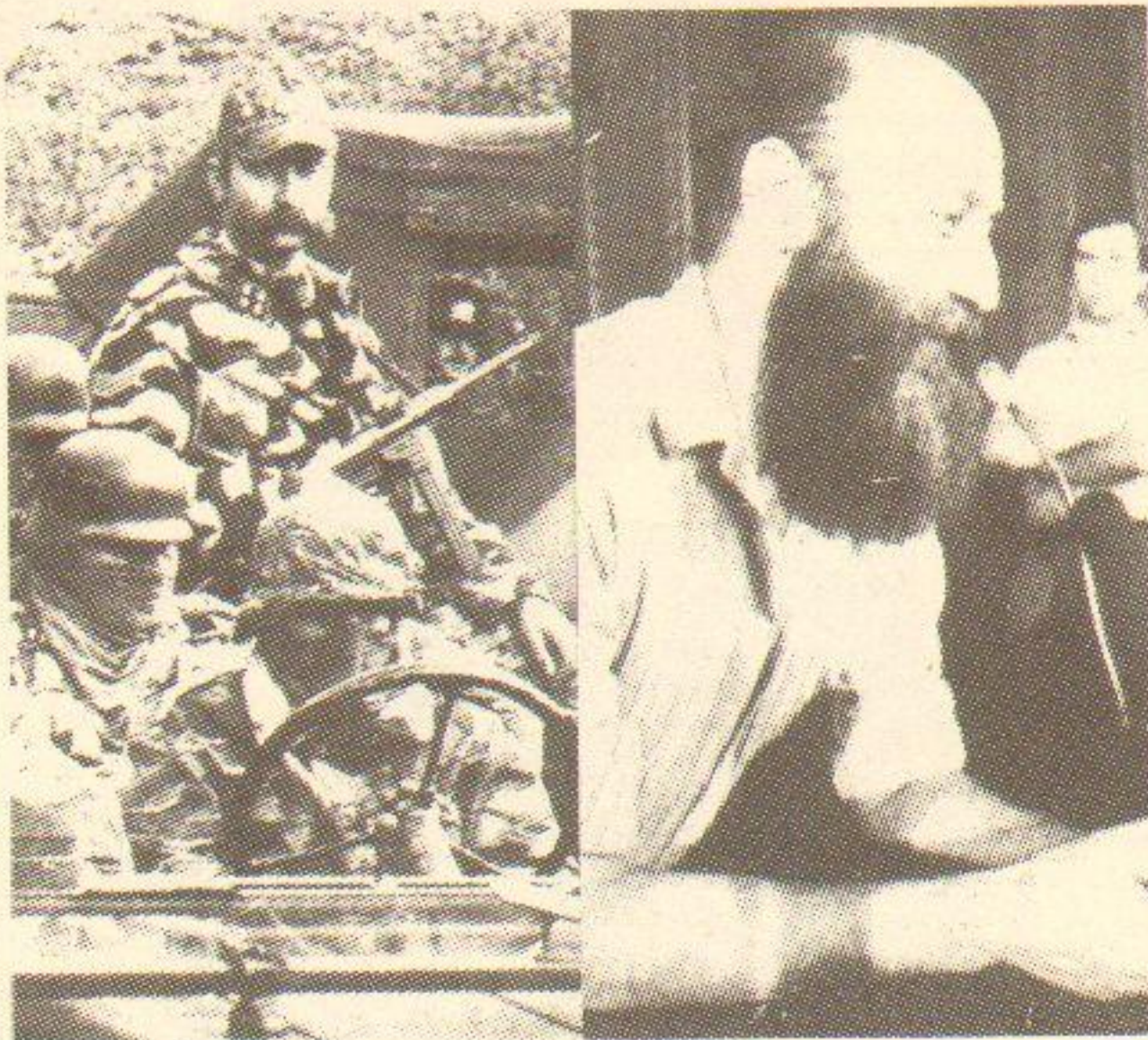
Geste oder mehr?

Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor hat sich mit einem Brief an Zimmermann gewandt und ihn aufgefordert, die FAP zu verbieten. Wenn das nicht geschähe, so Schnoor, werde er sich für ein Verbot auf dem Weg über den Bundesrat einsetzen. Die Antwort kam postwendend und lautete erwartungsgemäß „nein“. Begründung: die Bundesregierung lehne es nach wie vor ab, Vereine zu verbieten.

Nun ist Schnoor am Zug. Fällig ist zumindest die

Wie einen ganz normalen Mordprozeß wollte das Nürnberger Gericht den Prozeß gegen den Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann führen. Wie einen ganz normalen Mordprozeß behandelten ihn die Medien — wenn sie ihn überhaupt behandelten. Dabei hätten schon die „anderen Straftaten“, wie die meisten Zeitungen die Folgerungen an Mitgliedern der Wehrsportgruppe im Libanon, die Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz und die Geldfälschungen nannten, in dem Prozeß etwa gegen ein RAF-Mitglied ausgereicht, um die Republik gegen einen solchen „gefährlichen Staatsfeind“ zu mobilisieren.

Aber der Prozeß richtete sich nicht gegen links, sondern gegen rechts. Und das schlug sich auch in der Urteilsfindung des Gerichts



im Hauptpunkt des Prozesses nieder. Die Staatsanwaltschaft sah es als erwiesen an, daß Hoffmann Uwe Behrendt beauftragt hat, den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke hin-

zurichten: Behrendt hatte mit einer Waffe geschossen, für die Hoffmann einen Schalldämpfer gebastelt hatte; am Tatort war die Brille von Hoffmanns Freundin gefunden worden; drei zeugen sagten gegen Hoffmann aus.

Das Gericht fand für alles Erklärungen, die Hoffmann entlasteten und bewies auch in seiner sonstigen Bewertung Hoffmanns erstaunlich (?) viel Einfühlungsvermögen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Es kann nicht darum gehen, daß Hoffmann für einen Doppelmord verurteilt wird, für den er nicht verantwortlich ist. Aber das Verständnis, das das Nürnberger Gericht hier für den Terroristen Hoffmann zeigte, paßt zu gut in die Reihe der Fälle, in denen der bayerische Staat seine schützende Hand über Hoffmann und seine Bande gehalten hat, als daß man dem Richter abnehmen könnte, daß er es einfach nicht über sein juristisches Herz bringt, jemanden für eine Tat zu verurteilen, die er nicht begangen hat.

Verbotsinitiative über den Bundesrat, zu der Schnoor ja sowieso schon durch den Landtag von NRW beauftragt ist. Ob Schnoor zu mehr bereit ist als zu einer Geste, wird sich letztendlich daran zeigen, ob er bereit ist, in NRW selbst gegen die FAP aktiv zu werden.

Unkultur

Die Staatsanwaltschaft Dortmund hat es abgelehnt, gegen die „FAP-Nachrichten“ zu ermitteln. Unter dem Titel „Fünf Millionen Ausländer sind genug“ hatten die Neonazis u. a. geschrieben:

„Doch was wollen wir eigentlich? Zunächst einmal möchten wir alle Ausländer, Besatzer samt ihrer Unkultur aus unserem Vaterland herausmeißen. Es geht nicht an, daß sich Ausländer auf unsere Kosten hier aufhalten, während wir der größten Krise unserer Geschichte entgegengehen.“ Und: „Das sind insgesamt 5,65 Millionen und mit den Asylanten sind es über 6,0 Millionen, die mehr oder weniger dem deutschen Arbeiter auf der Tasche liegen. Es wird also höchste Zeit, die Augen nur noch und ausschließlich auf deutsche Interessen zu richten! Recht ist, was dem deutschen Volke dient!“

Der Dortmunder Oberstaatsanwalt Dr. Greiser sah in diesem Text weder einen Verstoß gegen den Gedanken der Völkerverständigung, noch den Tatbestand der Volksverhetzung gegeben.

Streiks auf Haiti

Immer neue Streiks werden seit Mitte April von Haiti gemeldet. Im Mittelpunkt der Bestrebungen einer breiten Volksbewegung stehen die Forderungen, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu treffen und endlich weitgehende Maßnahmen zum Bruch mit dem gestürzten Duvalier-Regime zu ergreifen. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung gerät die bereits zweimal umgebildete Junta des Generals Namphy zunehmend ins Feuer der Kritik — vor allem nach dem, die Elitetruppen der sogenannten Leoparden bereits mehrfach das Feuer auf Demonstranten eröffneten und sich so eindeutig in die Tradition der blutigen Tontons Macoutes des Diktators Baby Doc stellten. Die bürgerlichen Parteien äußern zwar zahlreiche Kritiken an Namphy, wendeten sich aber sowohl gegen einen Generalstreik als auch gegen die Forderung nach einem Rücktritt Namphys — in diese Propaganda für die Junta reihten sich auf ihre Weise auch der Vorsitzende des haitianischen Gewerkschaftsbundes Michel Roy und der Vorsitzende der revisionistischen Vereinigten Kommunistischen Partei Haitis Rene Theodore ein: Man müsse Namphy ein Jahr Zeit lassen, jetzt sei nicht der Augenblick, neue Forderungen zu stellen, es gäbe keine Alternative zu Namphy, sonst ergreife das Militär die

Macht.

Die letztere Furcht ist sicher nicht ganz unbegründet: Nur darauf mit faktischen Stillhalteappellen zu reagieren, ist nach allen Erfahrungen gerade der falsche Weg.

Der wachsenden, weitgehend spontanen und von Gewerkschaftsbasisorganisationen getragenen Massenbewegung stehen auf der anderen Seite ununterbrochene hektische Aktivitäten zahlreicher nach Haiti entsandter US-Emissäre (und CIA-Agenten, darf angenommen werden) gegenüber — die Drohung mit einem neuen Putsch muß schließlich auch organisiert werden, die Junta stabilisiert.

Kohl: Bis 70?

Länger arbeiten, so der Kanzler, müsse erlaubt sein, so gewünscht. Einmal davon abgesehen, daß gewaltige

Mehrheiten eher das Problem haben, so schnell wie möglich in Rente gehen zu wollen (und sehr viele aus gesundheitlichen Gründen: zu müssen), ist das natürlich ein individueller Vorstoß des Kanzlers, sondern da wird so ganz allmählich Stimmung gemacht dafür, die Frage des Rentenalters neu in die Debatte zu bringen.

Der Sozialbeirat hatte schließlich unterstrichen, daß die Renten auf Dauer nur mit einem höheren Rentenalter (oder mit einem höheren Bundeszuschuß) gesichert werden könnten. Das Geld aus der Bundeskasse wird ja aber bereits für die neuen Leos usw. von Wörner samt uniformierten Kumpen gebraucht, also: Kanzlers Vorstoß ist überlegt.

Vom Propagandisten des Vorruhestandes zum „Länger-arbeiten“-Prediger — auch da waren die Ghostwriter des BDI aktiv.



Schon lange gehören die Externsteine und das Hermanns-Denkmal in Lippe zu Wallfahrtsorten für neonazistische Gruppen. Am 21. 6. 86 war an den Externsteinen eine Sonnwendfeier geplant. Zum Protest dagegen hatten in diesem Jahr zahlreiche Organisationen aufgerufen. Wegen der massiven Proteste fiel die neonazistische Sonnwendfeier selbst ins Wasser. Die Neonazis mußten sich mit Aktivitäten in einer Kneipe begnügen.

An einer Demonstration gegen das Neonazi-Treffen beteiligten sich ca. 600 Menschen, sehr viele besuchten auch Informationsveranstaltungen im Vorfeld der Demonstration.

Anmache am Arbeitsplatz

Der Nürnberger Kreisfrauenausschuß der ÖTV startete eine Befragung von 100 Kolleginnen aus Nürnberger Dienststellen zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 34 Frauen antworteten. Daß in der folgenden Auswertung die Zahl der Antworten die Zahl der Befragten übersteigt, liegt daran, daß die meisten Frauen aufgrund ihrer Erfahrungen verschiedene Formen sexueller Belästigungen ankreuzen mußten. Folgende sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz wurden von den befragten Frauen bestätigt (die Zahl in der Klammer gibt jeweils die Häufigkeit der Nennung an): Begrabschen, Betasten (20); zweideutige Anspielungen (13); pornographische Witze (10); musternde Blicke, anzügliche Bemerkungen über Aussehen, Kleider und Figur (7). Weitere Nennungen: verbale Diskriminierungen und Beleidigungen bis hin zur Vergewaltigung. Die sexuellen Belästigungen gingen in 22 Fällen von gleichgestellten Kollegen aus und in 18 Fällen von Vorgesetzten.

Die Nürnberger Kolleginnen appellieren: „Kolleginnen, wehrt euch gegen die Anmache! Wendet euch an die Betriebs- und Personalräte, wendet euch an die Kreisfrauenausschüsse!“ (Bericht in der Juni-Ausgabe des ÖTV-Magazins)

Tarifabschluß Ruhrbergbau

Für die rund 123000 Beschäftigten des Ruhrbergbaus wurde ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen: Bei einer Mindestlaufzeit von 12 Monaten werden die Löhne und Gehälter ab 1. Juli 1986 um 4,05 Prozent erhöht. Die IG Bergbau hatte 6 Prozent mehr Lohn und Gehalt verlangt. Ob für die Ruhrkumpel mit diesem Abschluß tatsächlich eine Reallohnsteigerung bzw. zumindest eine Reallohnsicherung für die nächsten 12 Monate erreicht werden kann, ist aber keineswegs klar. Reallohnverluste drohen vor allem aufgrund von sich abzeichnenden Anpassungsschichten (Kurzarbeit).

Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAUHD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.



Hemmungslos

Generalleutnant Lange vom II. Korps aus Sigmaringen macht sich Sorgen. Eine zunehmende Zahl von Überfällen auf Wachsoldaten der Bundeswehr hat er registriert.



Was ihm Sorgen macht: „Unsere jungen Leute haben Hemmungen, die Waffe zu benutzen.“ Für einen echten deutschen General natürlich eine makabre Vorstellung. In Notwehrsituationen seien solche Hemmungen aber völlig unangebracht, teilte er der Presse mit. Und wenn sie sich erst mal daran gewöhnt haben, werden sie sich auch daran gewöhnen, den Notwehrbegriff weiter auszuweiten. Vorwärtsverteidigung vor dem Kasernentor zu üben — was die Polizei kann, muß die Bundeswehr auch können.

Betriebsräte für Kernenergie?

Der Gesamtbetriebsrat der Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW) hat für den 11. Juli ca. 1000 Betriebs- und Personalräte aus der Energiewirtschaft zu einem Kongreß in die Dortmunder Westfalenhalle eingeladen. Das angekündigte Projekt ist unschwer als Propagandaschau für Atomenergie auszumachen. Von der Anlage erinnert die geplante Veranstaltung an eine Massenkundgebung für Atomener-

gie, die 1977 in Dortmund mit massivster Unterstützung einiger DGB-Gewerkschaften stattfand. Damals redeten auf Einladung des VEW-Gesamtbetriebsrats H.O. Vetter und zahlreiche Gewerkschaftsvorsitzende.

Diesmal wird es bescheidener zugehen. Die IG Metall, die IG Bergbau & Energie, die IG Chemie und die ÖTV, also die sogenannten Energiegewerkschaften, haben die Betriebs-, Personalräte und Vertrauensleute in ihrem Bereich aufgefordert, nicht an der Konferenz teilzunehmen. So weit, so gut.

Damit ist aber keineswegs gesagt, daß der Versuch, die Opposition in den besonders betroffenen DGB-Gewerkschaften gegen die Energiepolitik-Resolution des DGB-Bundeskongresses zu sammeln, zum Scheitern verurteilt ist.

Am 1. Juli führte etwa die ÖTV eine Konferenz mit ca. 400 Funktionsträgern aus Energieunternehmen durch, um über die Beschlüsse des DGB-Kongresses zur Energiepolitik zu diskutieren. Nach dieser Konferenz resümierte der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl-Heinz Hoffmann (CDU): Die Mehrheit im Saal habe über den DGB-Beschluß „kritisch-differenziert argumentiert“. Er rechne damit, daß auch zahlreiche ÖTV-Funktionäre nach Dortmund fahren werden.

Die ÖTV-Führung trat auf dieser Konferenz nicht gerade als Anhänger eines Ausstiegs aus der Atomenergie auf. So wandte sich Hoffmann mit folgendem Argument gegen die Teilnahme an der Dortmunder Konferenz: Der Kongreß arbeite denen in die Hände, die

ohne Rücksicht für eine sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke eintreten.

Hoffmann bekräftigte in seiner Rede, daß nicht nur die ÖTV, sondern für alle unmittelbar mit der Kernenergie befaßten DGB-Gewerkschaften die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brokdorf durch den DGB-Beschluß abgedeckt sei; Brokdorf gehöre zum Stand der „fertiggestellten Kapazitäten“, auf den die Leichtwasserreaktoren begrenzt werden sollen.

Wenn vom DGB-Bundesvorstand nicht umgehend festgestellt wird, daß Hoffmann mit dieser Interpretation die Kongreß-Resolution verfälscht, ist die Feststellung unumgänglich, daß die Delegierten des Bundeskongresses bewußt getäuscht worden sind.

Auch die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies lieferte eine höchst eigenwillige Interpretation der DGB-Resolution: Die ÖTV dürfe keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen lassen, so schnell wie möglich auf die Anwendung der Kernenergie verzichten zu wollen. Dieses „So-schnell-wie-möglich“ werde aber länger dauern als viele meinen.

Gegen die Pro-Atom-Konferenz am 11. Juli haben Gewerkschafter Protestaktionen angekündigt. Auf seiner Sitzung am 1. Juli hat sich auch der DGB-Bundesvorstand auf eine klare Absage verständigt: Der Kongreß wird vom DGB als eine Gegenveranstaltung zu dem gewerkschaftlichen Ausstiegsbeschluß von Hamburg und als reine Jubelveranstaltung für die Atomenergie eingeschätzt.



Ausstieg — Einstieg — Notausgang

Er hat schon seine Sorgen: Johannes Rau, Ministerpräsident und Kanzlerkandidat. In diesen Tagen vor allem mit seiner eigenen Partei. Zwei SPD-Bezirksparteitage, so wichtiger Untergliederungen wie Niederrhein und vor allem westliches Westfalen, sprachen sich gegen den Hammer Reaktor aus — Mitglieder der Landesregierung NRW verhielten sich dabei ausgesprochen unterschiedlich.

Heinemann bremste, wo er konnte, Zöpel hing sich weit aus dem Fenster. Da mußte Rau schon seinen Farthmann mobilisieren und der die Landtagsfraktion, die die alten Verhältnisse wieder in Kraft setzte: Ja zum THTR. Mit der alten Begründung: Kohleverarbeitung. Nur: Die Sorgen des Herrn Rau gehen weiter. Das „Ja“ der Fraktion wurde am selben Tag ausgesprochen, da es von der VEW desavouiert wurde. Das mit der Kohle, so der VEW-Vorstand, das gehe frühestens in zwanzig Jahren

Also: Eine Aufforderung

an die SPD-Fraktion, den Firlefanz sein zu lassen und sich offen und direkt, ohne Umwege für den THTR auszusprechen — und das für mehrere Jahrzehnte. Festnageln nennt man so etwas normalerweise.

Bleibt das so stehen, ist die berühmte Wortschöpfung vom Einstieg in den Ausstieg prachttvoll dahingegangen. Manchmal nützt halt auch Kreativität im politischen Geschäft wenig.

Und der Notausgang soll der SPD-Fraktion auch noch verbarrikadiert werden, so daß dann nur noch der Ausstieg aus dem Ausstieg überbleibt — wie gehabt.

Diese Haltung wiederum hat aber auch unter der



sozialdemokratischen Anhängerschaft deutlich an Zustimmung verloren. Es scheint, als würde Johannes Rau diese Sorge zumindest so schnell nicht los.

(hrw)

Andere Zeiten?

Beobachter des Parteitage der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei mögen sich wundern. Vor allem diejenigen, die über Jahre hinweg alle möglichen Argumente zur Verteidigung des Verbots von Solidarnosc hervorgebracht haben. Und die gab es unter den verschiedensten politischen Strömungen auf der Linken. Jetzt war alles anders. Sagt Michail Gorbatschow persönlich. Diese ganzen Scharen, die da als Agenten, Saboteure und so weiter eingestuft wurden, waren keine. Sagt Gorbatschow. Nein, sie waren nur mit den negativen Auswüchsen der sozialistischen Aufbaupolitik in der VR Polen unzufrieden. Sagt Gorbatschow.

Andere Zeiten? Wohl kaum. Befriedungsstrategie wohl eher. Denn was sonst auf diesem Parteitag verkündet wurde, dürfte wenig dazu angetan sein, die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, daß nunmehr der pure Sozialismus herrscht. Preissteigerungen, Mieterhöhungen und schnelleres Arbeitstempo sind die materielle Begleitmusik dieser „neuen Töne“.

HBV-Rekord

Am 1. Juli 1986 gehörten der Gewerkschaft HBV 374 227 Beschäftigte an. Das ist der höchste Mitgliederstand in der Geschichte dieser DGB-Gewerkschaft.



Neues zum Thema Zwangsarbeit

Im „Roten Morgen“ Nr. 14, Seite 12, veröffentlichten wir ein Gespräch mit der Wittener Initiative „Weg mit der Zwangsarbeit“, die sich gegen die sogenannte Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit für Sozialhilfeempfänger zum Stundenlohn von 2,— DM (!) wendet.

In dem Interview war auch die Rede von einer Podiumsdiskussion, bei der der Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Witten, Aufermann von der Mehrheitsfraktion der SPD, eindeutige Zusagen machte.

Wie die Sache sich mittlerweile entwickelt hat, entnehmen wir der Zeitung „Außer Betrieb“, die die Wittener Initiative für überbetriebliche Öffentlichkeit herausgibt.

„Mitte Mai dieses Jahres wurde vom DGB Witten zu einer Diskussion mit Vertretern der politischen Parteien eingeladen. Thema: „Sollen Sozialhilfeempfänger/innen weiter zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden dürfen?“

In Witten werden immer wieder Sozialhilfeempfänger/innen unter Androhung von Kürzungen oder Streichung ihrer ohnehin mäßigen Unterstützungen zur Ableistung von — wie es so schön heißt — gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit herangezogen. Ergebnis der Diskussion mit den Kommunalpolitikern war daß die Mehrheit der Teilnehmer/innen einer Meinung war:

Dieser Zwang ist menschenunwürdig und darf nicht weiter ausgeübt werden!

Der Vorsitzende des Sozialausschusses, Herr Aufermann (SPD) versprach — auf Drängen der Diskussteilnehmer/innen — sich dafür einzusetzen, daß Sozialhilfeempfänger/innen nicht mehr zwangsweise zu diesen Arbeiten verpflichtet werden. Ein entsprechender Antrag der GRÜNEN wurde unterstützt.

Anfang Mai fand die Sitzung des Sozialausschusses statt. Entgegen seinen Versprechungen und entgegen dem Antrag der GRÜ-

NEN wurde ein Antrag an den Kreis gestellt, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für Sozialhilfeempfänger/innen zu schaffen. Diese sollen ein übliches Arbeitsentgelt erhalten und nicht wie bisher nur die 2,— DM Aufwandsentschädigung.

Durch eine solche Regelung werden aber nicht die Zwänge behoben! Außerdem sind die arbeitsrechtlichen Verhältnisse absolut unklar!

Es ist richtig, daß auch wir im täglichen Arbeitsleben Zwängen unterworfen sind. Die Situation der Sozialhilfeempfänger/innen ist aber anders als die unsere, und dieser Situation sollte mehr Rechnung getragen werden.

Warum werden nicht statt des Antrages der SPD, der von der CDU unterstützt wurde, für die anfallenden Arbeiten neue Arbeitsplätze geschaffen, mit entsprechenden Arbeitsverträgen und nach Tarif bezahlt.

Eine Resolution zu diesem Thema wurde am 12.6.86 in der Vertrauensleutesitzung der Siemens-AG mit mehr als 2/3 Mehrheit verfaßt und an die Ortsverwaltung der IGM in Witten mit der Bitte um Unterstützung adressiert.

Resolution

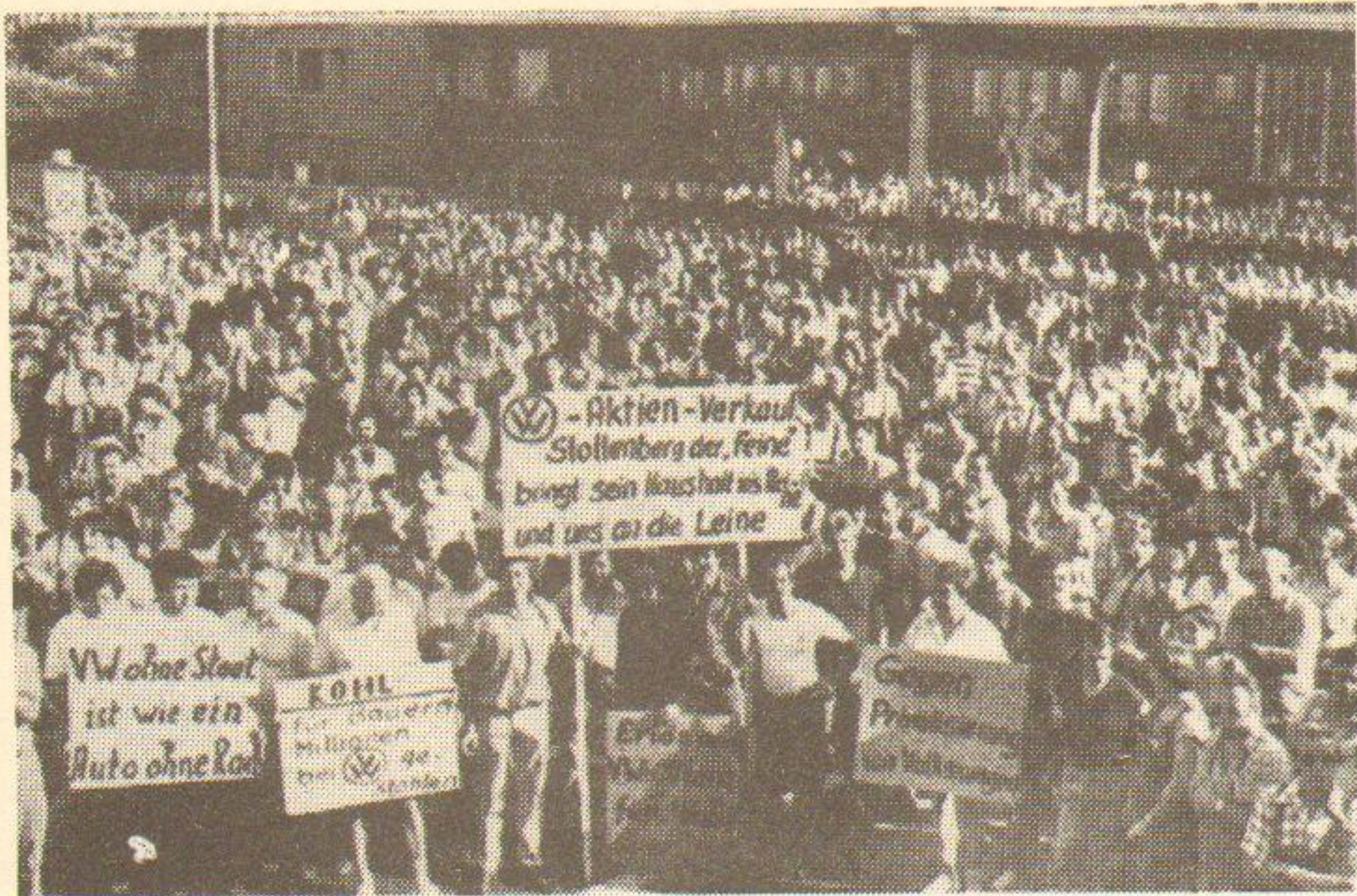
Betr.: Gemeinnützige und zusätzliche Arbeit für Sozialhilfeempfänger

In der heutigen Vertrauensleutesitzung der Firma Siemens in Witten wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Stadtverwaltung in Witten, bzw. der Sozialausschuß, wird aufgefordert, von weiteren Ableistungen gemeinnütziger, zusätzlicher Arbeit durch Sozialhilfeempfänger abzusehen. Statt dessen wird angeregt, sicherlich notwendige Arbeiten durch fest eingestellte Arbeiter erledigen zu lassen.

Ein Zwang, durch Kürzung der Sozialhilfeleistungen hervorgerufen, ist unseres Erachtens einer Demokratie unwürdig.

Beschlossen auf der Vertrauensleuterversammlung der Siemens AG am 12.6.86“





Protest gegen Privatisierung

Gegen die Absicht der Bundesregierung, die 20prozentige Beteiligung des Bundes an der Volkswagen AG zu verkaufen, legte die VW-Belegschaft in Baunatal (bei Kassel) am 1. Juli die Arbeit nieder. Auch in anderen VW-Betrieben stieß Stoltenbergs Ausverkauf auf Protest.

Im Zusammenhang mit der Vorlage des Haushaltsentwurfs 87 hatte die Bundesregierung auch die Entscheidung, die Bundesanteile an VW und am Energiekonzern Veba zu verkaufen, bekanntgegeben. Ökonomische Gründe gibt es dafür nicht, denn beide Beteiligungen brachten dem Bund erhebliche Einnahmen. Stoltenberg stufte den Kabinettsbeschluss denn auch ausdrücklich als „ordnungspolitische Entscheidung“ ein. Ordnungspolitisch positiv ist für die Konservativen, daß sich mit dem Rückzug

des Staates die Kampfbedingungen der Gewerkschaften verändern. Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade in Krisenbranchen Verstaatlichungs- bzw. Vergesellschaftungsforderungen aktuell wurden. Viele Experten sagen eine besondere Krise in der Automobilindustrie voraus, zumindest eine Beschäftigungskrise. Dann könnte sich die Beurteilung Hans Mayrs bewahrheiten, der die Privatisierung als „planvollen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Arbeitsplätze“ bezeichnete.

Bei der Privatisierung der Veba kommt hinzu, daß in einer Zeit, in der eine breite Diskussion über die Notwendigkeit der Umgestaltung der Energiepolitik stattfindet, die Bonner Regierung ein energiepolitisches Gestaltungselement verscherbelt.

Schließlich ist Stoltenbergs Ausverkaufaktion

schlicht und ergreifend ein Etikettenschwindel. Den Erlös für den Verkauf der Bundesanteile will er verwenden, um Haushaltslöcher zu stopfen. So will Stoltenberg kaschieren, daß er mit der propagandistisch so groß herausgestellten „Haushaltskonsolidierungspolitik“ gescheitert ist. Die staatliche Neuverschuldung soll 1987 erstmals seit der Wende wieder steigen — obwohl Stoltenberg drei Milliarden aus Privatisierungserlösen in den Haushalt eingeplant hat.

Stoltenberg erklärte: Er rechne wegen der Privatisierung von VW mit „heftigen Attacken der IG Metall“. Diese Angriffe hätten „keinen Einfluß“ auf seine Entscheidungen. Sie ließen ihn kalt.

Von den Großbanken hat Stoltenberg keinen Protest zu fürchten. Sie werden gewinnen: Geld und Macht.

(hdk)

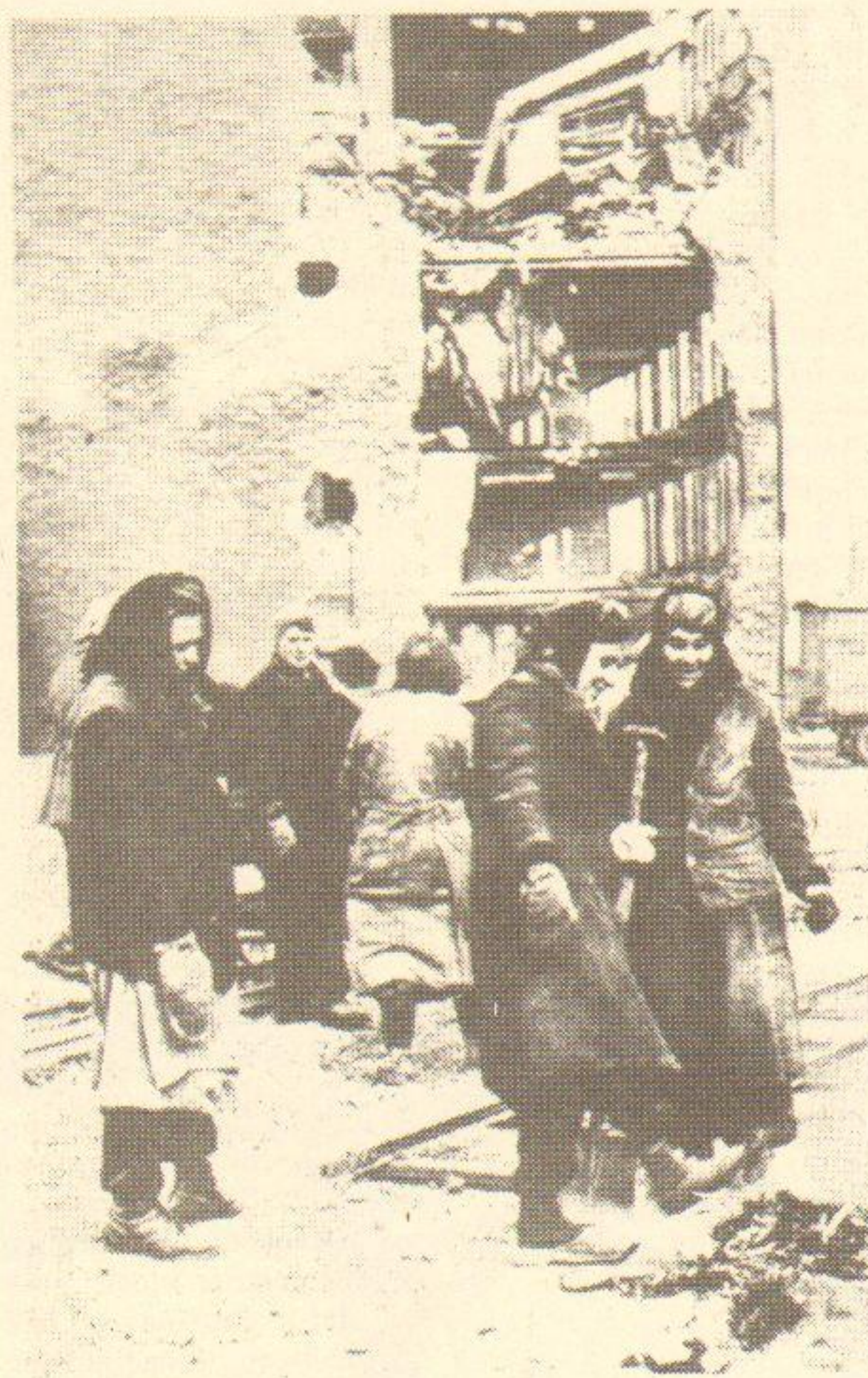
Recht und billig

Mütter sind der Regierung recht. Weil nur von ihnen die Kinder zu bekommen sind, die wir zur Aufrechterhaltung der deutschen Art brauchen. Tote Mütter sind der Regierung nicht nur recht, sondern auch billig.

Nicht, daß die Regierung deshalb nur noch tote Mütter will. Das nicht, aber etwas weniger lebende Mütter wären ihr schon recht. Immerhin lassen sich an jeder einzelnen mindestens 25 DM im Monat sparen. Also läßt Stoltenberg die Zeit für sich arbeiten. Stufenweise.

Würde Stoltenberg den heute mindestens 80jährigen Müttern bereits ab 1. 1. 87 die 25 DM pro Kind zahlen, müßte er 1,41 Millionen Frauen Geld geben. Am 1. 10. 87, an dem diese Regelung in Kraft tritt, muß er noch an 1,26 Millionen Frauen zahlen. Etwa 150 000 werden bis dahin nämlich gestorben sein. In ähnlichen Größenverhältnissen wird sich selbstverständlich auch die Zahl der Mütter „verringern“, die erst in der zweiten und dritten Stufe in den Genuß der 25 DM kommen sollen.

Und so soll es nach dem Willen der Regierung ja auch sein. Denn Mütter sind ihr



Diebstahl

recht. Aber sie müssen eben auch billig sein. Vor allem dann, wenn ihre Kinder dem Staat und der Volkswirtschaft praktisch gar nichts mehr nützen, weil sie selbst schon wieder Rente beanspruchen.

2,6 Mrd Mark jährlich will die Bundesregierung sich aus der Kasse der Bundesanstalt für Arbeit holen. Beginn dieser „Neuordnung der Fi-

nanzbeziehung des Bundes zur Bundesanstalt für Arbeit“, wie dieser Diebstahl auf Regierungsddeutsch heißt, ist der 1. 10. 1987, der Tag also, an dem die zynische Stufenregelung für die „Trümmerfrauen“ beginnt.

Wie diese Transaktion im einzelnen abgewickelt werden soll, ist noch nicht klar. Fest steht aber schon, daß die Regierung nach dem Motto „wenn schon, denn schon“ in den Jahren 1987/88/89 erheblich mehr aus den Kassen der Bundesanstalt herausholen will, als sie den „Trümmerfrauen“ zu geben bereit ist.

So müssen die Arbeitslosen nicht nur das Baby-Jahr für die „Trümmerfrauen“ bezahlen (und ein Stück Unions-Wahlkampf dazu), sondern zahlen zugleich noch in die Haushaltskasse der Regierung.

Opel-Bochum: Tausende klagen

Tausende Arbeiter der Bochumer Opel-Werke werden in den nächsten Wochen gegen Opel klagen. Sie fordern die Nachzahlung von Urlaubsgeldern und Feiertagsvergütungen, die Opel nach Auffassung der IG Metall zu wenig gezahlt hat. Die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden wird bei Opel als Freischichtenregelung verwirklicht. Das Urlaubsgeld wurde von Opel für die Lohnempfänger des Bochumer Werkes aber einfach auf der Basis von 7,7 Stunden pro Arbeitstag festgesetzt. Nach Ansicht der IG Metall muß das Urlaubsgeld aber auf Grundlage der tatsächlich gearbeiteten 40 Wochenstunden (für juristisch Interessierte: nach dem sogenannten Ausfallprinzip) berechnet werden. Die IG Metall verweist darauf, daß ihre Auffassung von 15 Gerichtsurteilen gestützt wird. In anderen Tarifbezirken sehen die Tarifverträge eine genaue Regelung dieser Frage vor. Aufgrund des hessischen Tarifvertrages wird auch im Opel-Werk Rüsselsheim im wesentlichen so verfahren, wie es die IG Metall für Bochum fordert. Für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen macht der kleine Unterschied im Jahr immerhin zwischen 250 und 350 DM aus.

Kraftmeierei

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg hat entschieden, daß Frauen am Arbeitsplatz nicht dadurch diskriminiert werden, daß die Muskelkraft bei der Lohnfestsetzung berücksichtigt wird und Frauen deshalb niedriger eingruppiert werden. Der Europäische Gerichtshof entschied auf Anfrage des Arbeitsgerichtes Oldenburg, vor dem eine Druckereiarbeiterin geklagt hatte. Die Verwendung von Kriterien wie „mittelmäßige Beanspruchung“ oder „Schwere der Arbeit“ verstößt nach Auffassung der Luxemburger Richter dann nicht gegen die Anti-Diskriminierungs-Richtlinie des EG-Ministeriums, wenn „das System ins-

gesamt durch die Berücksichtigung anderer Kriterien jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ausschließt.“ In der betrieblichen Realität freilich wird durch Kriterien wie „körperlich schwere Arbeit“ oder „Beanspruchung“ im Zusammenhang mit der Eingruppierung nahezu jede Diskriminierung von Frauen ermöglicht.

ÖTV-Forderungen

Die Große Tarifkommission der ÖTV fordert für die Tarifrunde 87 eine Einkommenserhöhung und eine Vorruhestandsregelung für den öffentlichen Dienst. Bei der Einkommenserhöhung seien die „Preissteigerungen, ein angemessener Anteil am wirtschaftlichen Wachstum und an der Produktivitätsentwicklung“ zu berücksichtigen. Zahlen nannte die Tarifkommission nicht.

Zur Frage der angestrebten Vorruhestandsregelung erklärte Monika Wulf-Matthies: Dies sei keine Abkehr von der 35-Stunden-Woche. „Auch über 1988 hinaus wollen wir die Verkürzung der Wochenarbeitszeit verfolgen.“ Der Tarifvertrag über die Wochenarbeitszeit ist noch nicht kündbar. Die endgültigen Forderungen sollen im Spätherbst beschlossen werden.

2. Kündigung gegen U. Briefs

Zum zweiten Mal hat die Geschäftsführung des DGB-Forschungsinstituts WSI den technologie-kritischen Wissenschaftler Ulrich Briefs gekündigt. Waren bei der ersten Kündigung noch alle politischen Motive heftig bestritten worden, ist jetzt die Katze aus dem Sack: „Die Kandidatur des Kollegen Dr. Briefs wird im Raum Recklinghausen für den DGB und seine Gewerkschaften eine erhebliche Belastung darstellen.“ So heißt es im zweiten Kündigungsschreiben.

Ulrich Briefs kandidiert in Recklinghausen für die GRÜNEN gegen den rechtsradikalen SPD-Kandidaten Niggemeier, einem Spitzenfunktionär der einschlägig bekannten IG Bergbau und Energie. Der WSI-Betriebsrat hat auch der zweiten Kündigung widersprochen.

Ulrich Briefs rief erneut den gewerkschaftsinternen Vermittlungsausschuß an. Er schlug zusätzlich den DGB-Chef Breit als Vermittler vor, „da es bei diesen Kündigungen um das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und um das Grundrecht der passiven Wahlfreiheit geht.“ Dieser Vorschlag wird vom WSI-Betriebsrat unterstützt.

Ob Ernst Breit auf diesen Vorschlag eingeht, erscheint eher zweifelhaft. Aber vielleicht erfährt man auf diesem Weg zumindest, ob an den sich hartnäckig haltenden Gerüchten etwas dran ist, denen zufolge die WSI-Geschäftsleitung auf „massiven Druck von oben“ handeln soll.

Starkes Tarif-Stück

Einen Tarifvertrag, der mit Sicherheit noch heftige Diskussionen auslösen wird, hat die IG Metall in Berlin für den Bereich Heizung-, Klima- und Sanitär-Installationen abgeschlossen. Vereinbart wurde ab Januar 1987 die 38,5-Stunden-Woche und ab April 1988 die 37,5-Stunden-Woche. Dabei hat die IG Metall eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeitszeit über das Jahr hingenommen. 13 Wochen pro Jahr können bis zu 46,5 Stunden gearbeitet werden. Tarifvertraglich ist allerdings festgelegt, daß diese Mehrarbeit nicht ausbezahlt werden darf, sondern durch Freizeit ausgeglichen werden muß.

Zusätzlich wurde vereinbart, daß 8 Stunden pro Jahr für berufliche Weiterbildung auf Kosten des Arbeitgebers zur Verfügung stehen. Die Löhne werden 1986 rückwirkend zum 1. April um 3,2 Prozent erhöht, 1987 um 2,2 Prozent und 1988 um 2,5 Prozent.

Vereinbart wurde ein Entgelttarifvertrag für die Arbeiter. Bezahlte wird also ein fester Monatslohn ähnlich dem Angestelltegehalt. Nur Akkordzuschläge u. ä. sollen Monat für Monat schwanken.

Nach Darstellung der IG Metall zur Vermeidung von Kurzarbeit und Entlassungen sollen die Unternehmer das Recht haben, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter in anderen Betrieben der Branche einzusetzen, also faktisch zu verleihen. Allerdings sollen Löhne und Nebenleistungen immer im „eigenen“ Betrieb ausbezahlt werden.

Der Tarifvertrag, der eine Laufzeit bis zum Frühjahr 1989 hat, gilt für 10 000 Beschäftigte in 500 Handwerks- und 80 Industriebetrieben. Keine Belegschaft ist größer als 500 Beschäftigte. Diese Struktur des Geltungsbereichs des Tarifvertrages ist sicher zunächst einmal Anlaß für eine vorsichtige Bewertung. Natürlich müssen etwa Überstundenregelungen in einem Tarifvertrag anders bewertet werden, wenn sie für den Handwerksbereich abgeschlossen werden, in dem die Beschäftigten sich überhaupt nur selten gegen die Anberaumung von Überstunden wehren können, weil es etwa keine Betriebsräte gibt.

Aber die Besonderheiten des Handwerks in Ehren: Die Wirkung von Arbeitszeitverkürzungen in beschäftigungspolitischer und gesundheitlicher Hinsicht werden in ihr Gegenteil verkehrt, wenn faktisch für einen Großteil des Jahres eine längere Wochenarbeitszeit vereinbart wird.

Daß die IGM einen Tarifvertrag abschließt, der es dem Gutdünken des Unternehmers überläßt, seine Beschäftigten als Leiharbeiter zu verleihen, ist ein Skandal, den man nach den ganzen diesbezüglichen Debatten wirklich nur noch mit fassungsloser Empörung zur Kenntnis nehmen kann.

Die Anti-AKW-Bewegung und die „neuen Mehrheiten“

Einige Überlegungen nach der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Am 28./29. Juni fand in Frankfurt die Bundeskonferenz (buko) der AKW-Gegner statt. Es war eine „Konferenz im Exil“, denn der Rektor der Uni Frankfurt verweigerte zum ersten Mal in der Geschichte der Buko die Räumlichkeiten, so daß notdürftig auf die Fachhochschule Nord-West-Stadt ausgewichen werden mußte. Eine „Konferenz im Exil“ war es aber auch in einem anderen übertragenen Sinne: die Konferenz, an der nur 200 Leute teilnahmen, war von einer „Insider-Debatte“ geprägt, die die „Anti-AKW-Veteranen“ mit einem Alleinvertretungsanspruch auf „authentischen Widerstand“ führten, so daß neue Kräfte, die nach Tschernobyl aktiv wurden, sich hier mit ihren Positionen nicht wiederfanden, oft auch ausgegrenzt fühlten. Wir verzichteten hier auf eine ausführliche Berichterstattung über die Debatten des Kongresses. Beschlüsse, soweit welche gefaßt wurden, sind dokumentiert. Notwendig scheint uns hingegen eine Auseinandersetzung mit verschiedenen politischen Positionen über die Perspektiven des Kampfes für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie.

von JÜRGEN TOBEGEN

Die „neue Qualität“

Das Wort von der „neuen Qualität“ in der Auseinandersetzung um die Kernenergie, nach Tschernobyl, hat die Runde gemacht. Doch worin besteht die „neue Qualität“? Darin, daß der Ausstieg aus der Kernenergie durch eine rot-grüne Mehrheit bei den Bundestagswahlen möglich wird? Darin, daß die Zahl der Menschen, die ein konsequentes und militantes Vorgehen gegen Atomanlagen befürworten, gewachsen ist? Oder darin, daß sich die Mehrheitsverhältnisse pro und contra Kernenergie in der Bevölkerung verändert haben?

Der Kampf für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie ist eine Machtfrage. Der Ausstieg ist zwar nicht unmittelbar an die Systemfrage gekoppelt, so daß die „Stilllegung der herrschenden Klasse“ nicht Voraussetzung für die Stilllegung aller Atomanlagen ist, doch er bedeutet die Konfrontation mit einem der größten staatsmonopolistischen Kartellen der BRD — der Atomindustrie und der Energieversorgungsunternehmen. Ein möglicher Regierungswechsel in Bonn

verändert die politischen Kampfbedingungen, ohne daß dadurch der Ausstieg bevorsteht. Nichts deutet darauf hin, daß die SPD an der Regierung, die notwendige und unvermeidliche Konfrontation mit der Atommafia sucht. Auch innerhalb der Grünen ist dieses Bestreben nur schwach entwickelt. Der Streit um den sofortigen oder mittelfristigen Ausstieg ist deshalb auch nur vordergründig ein Streit um die technische Machbarkeit. Im Kern geht es darum, wie nach Tschernobyl eine Massenpartei wie die SPD, die Rücksicht auf Veränderungen in der Bevölkerung nehmen muß, erneut einen Konsens mit der Atommafia finden kann.

Die „neue Qualität“ der Situation nach Tschernobyl besteht in den veränderten Mehrheitsverhältnissen in der Bevölkerung. Über 70 Prozent der Bevölkerung, die sich in Meinungsumfragen gegen die Kernenergie aussprechen, hat es in der BRD noch nie gegeben. Darüber, wie die „Qualität“ dieser neuen Mehrheiten zu bewerten ist, kann lange gestritten werden. Sicher scheint lediglich, daß nicht jeder, der heute die Atomenergie ablehnt, auch bereits den sofortigen Ausstieg will. Den Menschen geht es um einen realistischen Ausstieg. Sie wollen nicht, daß durch das Abschalten der Atomanlagen „die Lichter ausgehen“. Daß der sofortige Ausstieg technisch möglich ist, wissen keineswegs alle, weil in der veröffentlichten Meinung bewußt Verwirrspiele und Desinformation betrieben werden.

Technisch machbar heißt aber auch hier keineswegs politisch machbar. Wenn im letzten Wahlkampf nennenswerte Kapitalkreise mit einem Investitionsstreik gedroht haben, falls die Wende keine Mehrheit bekommt, so muß auch jetzt davon ausgegangen werden, daß die Energieversorgungsunternehmen die Lichter ausgehen lassen, falls eine Regierung den Ausstieg aus der Kernenergie beschließt.

Die zentrale Frage, die heute vor der Anti-Atom-Bewegung steht, ist die: Wie die „neuen Mehrheiten“ sich in eine politische Massenbewegung für den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie entwickeln können, die in der Lage ist, die notwendige politische Konfrontation mit dem Atomkartell und der Regierung zu führen.

Die „traditionelle“ und die „neue“ Strömung in der Anti-AKW-Bewegung

Wir befinden uns in einer Situation, in der es faktisch zwei Strömungen in der Anti-AKW-Bewegung gibt. Wobei beide Strömungen sich in einem Prozeß der Diskussion, Klärung und Zentralisierung befinden.

Die „traditionelle Strömung“ organisiert über die Bundeskonferenz (Buko), umfaßt mehr das autonome und unabhängige Spektrum, das sich als radikale Minderheit versteht, mit dem Anspruch, seit Jahren den authentischen Widerstand gegen das Bonner Atomprogramm zu verkörpern. In diesem Spektrum hat die Orientierung auf

die „neue Mehrheit“ noch keine Mehrheit. Die letzte Buko bekräftigte, daß die Stärke der Anti-AKW-Bewegung darin besteht, sich als Minderheit zu begreifen, die auch — wie in den vergangenen Jahren — gegen Mehrheitsmeinungen Widerstand leistet. Die „neuen Mehrheiten“ werden als zeitweilig, mit geringen „Halbwertszeiten“ angesehen, die sich außerdem nur gegen die Atomenergie, auf grund der Strahlengefährdung aussprechen, aber den Zusammenhang: friedliche-militärische Nutzung, Polizeistaat, Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt, nicht erkennen.

Daneben ist eine „neue“

STROM



OHNE ATOM

Beschlüsse der Buko

- Die Buko verabschiedete eine **Resolution zur Kriminalisierung und Gewalt**, in der es heißt: „Kriminell ist der Staat, der die Atomanlagen betreibt und nicht diejenigen, die dagegen Widerstand leisten.“ Es wird bekräftigt, daß die Bewegung sich nicht an der Widerstandsfrage spalten läßt. Die Freilassung aller, die wegen des Kampfes gegen Atomanlagen im Knast sitzen, wird gefordert.

- Für den Herbst wurde ein **inhaltsreicher Aktionsrahmen** festgelegt, der in bundesweit vertriebenen Flugplättern folgende Fragen thematisieren soll: friedliche und militärische Nutzung der Kernenergie, Polizeistaat, Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt, Kapitalinteressen und Kernenergie.

Die Bündelung dieser inhaltlichen Fragen, mit denen insbesondere Dritte-Welt-Gruppen und der unabhängige Flügel der Friedensbewegung angesprochen werden soll, ist mit einer **Großdemonstration am 8. November in Hanau** geplant. Hier in Hanau sitzt das Produktionszentrum der BRD-Atomindustrie (NUKEM, ALKEM, RBÜ) — „der Kopf der Krake“ — so daß mit einer Standortaktion diese Themenverknüpfung verdeutlicht werden kann.

- **Bundesweiter Aktionstag zu Brokdorf:** Für den Samstag nach der Zuschaltung des AKWs Brokdorf ans Netz ist ein bundesweiter Aktionstag mit vielfältigen dezentralen Aktionen angesetzt.

- **Regionale Aktionen gegen das AKW Stade** werden von der Buko genauso unterstützt wie der Aufruf für eine **Großdemo gegen die WAA am 4. Oktober in München** und die **geplante WAA-Blockade vom 13. bis 15. Oktober**, kurz vor der bayerischen Landtagswahl.

- **Die nächste Buko** findet am 28./29./30. November in Regensburg statt.

Strömung in der Anti-AKW-Bewegung als Reaktion auf den Super-GAU entstanden. Sie umfaßt zahlreiche Bürgerinitiativen in den verschiedensten Lebensbereichen und reicht rein bis in kirchliche Kreise, in die Gewerkschaften, die SPD. Diese Menschen beschäftigen sich in der Tat zunächst einmal mit dem Naheliegendsten: den Auswirkungen der Strahlenbelastungen nach dem Super-GAU und der Forderung nach dem Ausstieg aus der Kernenergie. In diesem Spektrum findet die Initiative für einen Volksentscheid gegen Kernenergie breite Unterstützung, während die Buko ihr nur hämisch lachend „viel Glück“ wünschte.

Wie es zu einem Zusammengehen dieser beiden Strömungen kommen soll, ist nach der letzten Buko genauso unklar wie davor. Vermutlich wird die „neue“ Strömung der Anti-AKW-Bewegung sich eigene Strukturen schaffen, so daß sich dann im Interesse des gemeinsamen Kampfes das Problem der Vermeidung einer organisatorischen Spaltung der Anti-AKW-Bewegung stellt.

Protest oder Widerstand?

Worin besteht eigentlich der qualitative Unterschied? Alle Massenbewegungen, ob Anti-AKW-Bewegung, Friedensbewegung oder Gewerkschaftsbewegung haben diese Frage in der Vergangenheit immer so diskutiert, daß Protest politischer Druck auf die Parlamente bedeutet, mit dem eine bevorstehende Gesetzesentscheidung verhindert werden soll. Während der Widerstand in der Fortsetzung des Kampfes nach der Gesetzesentscheidung besteht. Das ergibt auch politisch einen Sinn. Für die Gegenseite ist der Protest — die Beeinflussung parlamentarischer Mehrheiten — legal, während der Widerstand gegen eine Parlamentsentscheidung illegal ist.

Politisch wenig Sinn macht es hingegen, die Frage Protest oder Widerstand entlang der Kampfformen zu debattieren. Nach dem Motto: Eine Unterschriftensammlung für den Volksentscheid ist läppischer Protest, während der Widerstand am Bauzaun stattfindet. Die Frage kann hier nur richtig lauten: Was schadet und was nützt der Entfaltung einer breiten, politisch wirksamen Bewegung?

Die Gewaltdebatte

Die Omas und Opas, die in Wackersdorf zu den Steinen greifen, sind keine Erfindung. Es ist auch kein Hirngespinnst, wenn ein Innenminister Schnoor in NRW laut darüber nachdenkt, daß Aktionen in Brokdorf oder Wackersdorf die Trennung zwischen „Militanten“ und „Gewaltfreien“ in der sonst üblichen Form, vermissen ließen. Die „moralische Akzeptanz“ für militante Aktionen gegen Atomanlagen ist seit Tschernobyl in Teilen der Bevölkerung ohne Zweifel gestiegen. Das ist nicht neu. Auch die klirrenden Scheiben auf dem Ku-Damm, zu Beginn der Hausbesetzerbewegung

hatten diese „moralische Akzeptanz“. Doch „moralische Akzeptanz“ bedeutet eben noch nicht „politische Akzeptanz“.

Ohne Zweifel ist es auch positiv zu bewerten, daß sich die Anti-AKW-Bewegung in der Vergangenheit, die „traditionelle Strömung“ auch heute, nicht auf das Prinzip der Gewaltfreiheit festlegt, wie es die Friedensbewegung tat. Die Spaltung einer Bewegung an dieser Frage zu verhindern, ist richtig und notwendig. Doch dazu gehört zweierlei: der Verzicht auf die Distanzierung von der Gewalt einerseits, verbindliche, für alle tragbare Aktionsrahmen bei Massenaktionen andererseits, die dann aber auch von den „Militanten“ eingehalten werden müssen.

Mitglieder der Hamburger Friedenskoordination verteilten auf der Buko ein Positionspapier, in dem es richtig heißt:

„1. In den jeweiligen Situationen vor Ort ergänzen sich nicht alle Aktions- und Widerstandsformen. Wir brauchen Aktionsrahmen, die verbindlich festlegen, wie unser gemeinsames Vorgehen aussehen kann, und wir brauchen die Fähigkeit, diese Festlegungen auch organisatorisch umzusetzen.“

2. Die Verwendung von Distanzwaffen wie Stahlkugelmuttermarmelschleudern, Mollied und Steinen durch unsere Freunde/innen und Genoss/innen sind unter uns nicht nur aus moralischen Gründen kontrovers. Bei gemeinsamen Aktionen in denen wir einer geschlossenen Polizeimacht gegenüberstehen und praktisch nicht ausweichen können, wird ihre Anwendung kontraproduktiv, ist ineffektiv und schadet dem inneren Zusammenhalt der Aktion. Angesichts des offenen und verdeckten staatlichen Vorgehens trägt vor allem deren reflexartiger Gebrauch zur Berechenbarkeit und politischen Kalkulierbarkeit unserer Aktionen bei.

3. Eine Absicht der militärischen Gegenoffensive des Staates in Wackersdorf und Brokdorf war der Versuch, die Bewegung erneut auf legale Protestformen festzulegen. Schon machen Formeln wie „Standortaktionen und Konvoi — Nein Danke!“ die Runde. Auch öffentlich konnte kaum mehr vermittelt werden, daß es uns in Brokdorf eben nicht nur um das Demonstrationsrecht, sondern auch um das Recht auf Widerstand gegen den Atomstaat ging.“

Das Verhältnis zu den Parteien

In der „traditionellen Strömung“ der Anti-AKW-Bewegung überwiegt bis heute die Angst vor den „Rattenfängern“ (gemeint sind SPD und Grüne), vor der Integration und damit verbunden der Aufgabe eigener, autonomer Positionen. Diese Angst bringt das Bedürfnis nach möglichst klarer und schroffer Abgrenzung hervor. Mit dieser Haltung ist die Buko auch weiterhin unfähig, auf neue Differenzierungsprozesse zu reagieren, wie sie sich heute innerhalb der SPD, der Gewerkschaften, auch in der DKP vollziehen.

Eine breite politische Massenbewegung wird aber nur dann entstehen können, wenn sie die Zusammenarbeit mit den konsequenten Positionen in den Parteien und Gewerkschaften sucht, wenn sie versucht diese Strömungen in die Bewegung einzubinden und so ihre Unabhängigkeit gegenüber Parlament und Parteien bewahrt.

Von den derzeit 24975 Beschäftigten der Mannesmann-Röhrenwerke sollen bis Ende 1987 ca. 6500 abgebaut werden. Die derzeitige Kapazität von 3,5 Millionen Tonnen soll aber erhalten bleiben ...

Davon besonders betroffen sind die Standorte Duisburg-Huckingen (1560 von derzeit noch 5700), Mülheim (1300 von derzeit noch 7000) und Düsseldorf (2100 von derzeit 8097). Der Mannesmann-Gesamtbetriebsrat ist offensichtlich voll auf die Linie eingeschwenkt, den Arbeitsplatzabbau mitzutragen, wenn es nicht zu Entlassungen kommt.

Mannesmann-Vorstand und Gesamtbetriebsrat fordern in diesem Zusammenhang, daß die Kosten für die Frühpensionierung von der Bundesanstalt für Arbeit getragen werden. Der 1982 geänderte § 128 des Arbeitsförderungsgesetzes besagt, daß bei Frühpensionierung die Unternehmen das Arbeitslosengeld für ein Jahr erstatten müssen, zusätzlich die vom 60. bis 63. Lebensjahr bezogene Rente. Es geht um 165 Millionen, die Mannesmann nicht zahlen will.

Aus für 6500 Arbeitsplätze?

Mannesmann-Röhrenwerke



Mannesmann beruft sich darauf, daß das Gesetz eine Ausnahmeregelung vorsieht, wenn das betroffene Unternehmen sich in nachhaltigen und erheblichen finanziellen Schwierigkeiten befindet und sich die Zahl der Arbeitnehmer um mehr als 15 Prozent innerhalb von drei Jahren verringert hat. Diese „finanziellen Schwierigkeiten“ kann Mannesmann aber allenfalls für die Röhrenwerke, nicht aber für den Gesamtkonzern anführen.

In einem Flugblatt der Betriebsräte der Liste „Konsequente Gewerkschafter“ wird die Finanzlage von Mannesmann so dargestellt: „Die Situation von Mannesmann insgesamt sieht blendend aus — man schwimmt im Geld! So

erreichte man 1985 das beste Geschäftsjahr in der Geschichte des Unternehmens — für das laufende Jahr 1986 schreibt das „Handelsblatt“: „Die Banker sind zuversichtlich: Ihre Ertragsschätzungen für 1986 liegen noch einmal um 5 bis 30 Prozent höher als 1985.“ Die „konsequenten Gewerkschafter“ weisen in ihrem Flugblatt weiter daraufhin, daß Mannesmann über 1,5 Milliarden DM an flüssigen Mitteln verfügt, daß 1985 die Vorstandsgehälter um 26 Prozent, die Aufsichtsratsbezüge um 75 Prozent und die Dividende von 8 auf 12 Prozent erhöht wurden.

Die „konsequenten Gewerkschafter“ kommentieren:

„Also: Gewinne werden

an die Aktionäre ausgezahlt und für weitere Firmenkäufe verwendet. Die Kosten für den Arbeitsplatzabbau bei MRW sollen überwiegend von den Arbeitnehmern und der Bundesanstalt für Arbeit sowie den Sozialversicherungsträgern aufgebracht werden (also aus unseren Beiträgen!)“

Subventionen dürfen nach Ansicht der „konsequenten Gewerkschafter“ nur gezahlt werden, wenn damit

• der Erhalt unserer Arbeitsplätze verbindlich gesichert wird;

• gewährleistet wird, daß die vorhandenen Ausbildungskapazitäten in vollem Umfang erhalten bleiben;

• gewährleistet wird, daß MRW in Zukunft alle Ausge-

bildeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernimmt;

• sichergestellt wird, daß Mannesmann für alle entfallenden Arbeitsplätze infolge von Stilllegungen an den betroffenen Standorten in gleicher Größenordnung Ersatzarbeitsplätze schafft.“

Inzwischen hat der Mannesmann-Konzern beim Landesarbeitsamt Massenentlassungen angemeldet. Bis September soll zudem umfangreiche Kurzarbeit gefahren werden. Unklar ist, ob Mannesmann tatsächlich Massenentlassungen plant. Auf jeden Fall wird durch die Anmeldung von Massenentlassungen zusätzlicher Druck auf die Kollegen ausgeübt, die von Mannesmann angebotenen Abfindungsverträge anzunehmen.

Als Reaktion auf die Anmeldung von Massenentlassungen wurde vom 25. bis 27. Juni vor dem Tor 1 der Duisburger Hütte eine Mahnwache für den Erhalt der Arbeitsplätze durchgeführt. Am 3. Juli fand in Düsseldorf die Mannesmann-Aktionärsversammlung statt. Ca. 600 Kollegen aus verschiedenen Mannesmannwerken, vor allem aber von der Duisburger Hütte, demonstrierten aus diesem

Anlaß gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung. Drinnen aber genehmigte man sich ungerührt eine 50prozentige Erhöhung der Dividende.

Nicht zuletzt diese Kalkülhaftigkeit zeigt, daß die Konzernleitung keine größeren Zweifel daran hat, daß sie ihren Rationalisierungsplan durchsetzen kann. Diese Sicherheit dürfte ihren Grund nicht zuletzt darin haben, daß trotz der erwähnten Protestaktionen und einer keineswegs unwirksamen Öffentlichkeitsarbeit noch keine Aktionen stattgefunden haben, die auf breiter Front die Belegschaft einbezogen hätten. Unter diesem Gesichtspunkt ist es schade, daß der auf der letzten Vertrauensleutesitzung der Duisburger Hütte gemachte Vorschlag, daß die Vertrauensleute im Anschluß an die Sitzung geschlossen zur Verwaltung ziehen sollten, von Karl-Heinz Stommel mit dem Argument, nicht die Duisburger Verwaltung, sondern die Düsseldorfer Hauptverwaltung sei die richtige Adresse, abgelehnt wurde. Jedenfalls muß es jetzt darum gehen, eine breite Mobilisierung der Belegschaften für den Erhalt der Arbeitsplätze zu erreichen. Ohne breite Aktionen der Belegschaften ist der Arbeitsplatzabbau nicht zu verhindern.

„Sogenannte Spalterlisten bei der Mannesmann-Hütte in Duisburg hatten zur Lähmung gemeinsamer Interessenwahrung der dortigen Beschäftigten geführt. Die Erkenntnis sei gewonnen worden, so Peter Mayer, gewerkschaftlicher Vertrauensmann der Hütte, daß man nur gemeinsam kämpfen könne mit einer einheitlich handelnden Interessenvertretung.“ Leseprobe aus der UZ-Berichterstattung über die Betriebs-, Personalräte- und Jugendvertreterkonferenz der DKP, die am 21. Juni in Duisburg stattfand.

Kollege Peter Mayer und die UZ vergessen freilich, daß die „gemeinsame Interessenwahrung“ auf der Duisburger Mannesmann-Hütte schon lange, bevor es die von der DKP nicht zum ersten Mal als „Spalterlisten“ diffamierten „konsequenten Gewerkschafter“ gab, eine merkwürdige Richtung eingeschlagen hatte:

• Die Absäbelung des langjährigen Betriebsratsvorsitzenden Knapp, die auf Druck des Frankfurter IGM-Vorstands

Duisburger Konferenz diskutiert wurde: losgelöst von den inhaltlichen Streitfragen. So wie bei Mannesmann nicht die Frage gestellt wird, wie es zu der formellen Spaltung des Betriebsrats in zwei Listen gekommen ist und um welche inhaltlichen Probleme es dabei ging und geht, so definiert Werner Cieslak, Mitglied des Präsidiums und Sekretariats des DKP-Parteivorstandes, die Einheitsgewerkschaft völlig formal und in zeitloser Schönheit, als hätte es auf dem letzten DGB-Bundeskongress nicht eine relativ grundsätzliche Auseinandersetzung um diese Frage gegeben.

„Denn die entscheidende Stärke der Einheitsgewerkschaften ist doch, daß in ihnen alle politischen, weltanschaulichen Strömungen der Arbeiterbewegung ihren Platz haben, und das Prinzip ‚Ein Betrieb — eine Gewerkschaft‘ gilt. Wenn in den Gewerkschaften unterschiedliche politische und weltanschauliche Kräfte wirken, so führt das immer wieder zu Kompromissen und Auseinandersetzungen

benen Schwächen unserer Betriebsarbeit bei Mißachtung unserer Fortschritte und der kämpferischen Arbeit der vielen Genossinnen und Genossen in den Betrieben macht und verbindet mit dem Gedanken, die uns vorrangig auf ein Bündnis mit den ‚Betriebslinken‘ orientieren, die die unbegründete Aufforderung an unsere Betriebsgruppen, die Rolle von ‚Ersatzgewerkschaften‘ zu spielen, beinhaltet, die auf eine ‚Vordenkerrolle‘ in den Gewerkschaften, so auch für einen Generalstreik gegen den Paragraphen 116 verweisen, dem müssen wir den Vorwurf machen, unsere gewerkschaftliche Linie in Frage zu stellen.“ (UZ-Beilage, 21. Juni, S. 12)

Wir wissen nicht, was der Delegierte, auf den Mies eindrückt, tatsächlich gesagt hat, aber wir wissen nun, bei welchen Stichworten Herbert Mies einen Tobsuchtsanfall kriegt:

• Gegen das Bündnis der Betriebslinken — fällt beispielsweise das Bremer BAB unter dieses Verdikt? Wie steht es mit

Die DKP und die Einheitsgewerkschaft

von HORST-DIETER KOCH

erfolgte, der in Duisburg aber mehr als einen Brutus fand.

• Die von der Mehrheit um den Vorsitzenden Karl-Heinz Stommel im Mannesmann-Betriebsrat mitgetragene „Rückkehraktion“ gegen die türkischen Kollegen — Ausdruck gemeinsamer Interessenwahrung?

• Schließlich die offenkundig gewordene Manipulation der Betriebsratswahl durch die Stommel-Gruppe, die zur gerichtlich angeordneten Wiederholung der Betriebsratswahl führte und indirekt auch dazu, daß die „konsequenten Gewerkschafter“ sich als oppositionelle Liste formierten — nach Ansicht der UZ Teil des Strebens, eine „einheitlich handelnde Interessenvertretung“ zu ermöglichen?

Der Vollständigkeit halber wollen wir noch anführen: Die „konsequenten Gewerkschafter“ waren nach der Betriebsratswahl initiativ im Kampf gegen die Scheinwerkverträge bei Mannesmann, wobei die Übernahme der betroffenen Kollegen in ein normales Beschäftigungsverhältnis auf der Hütte durchgesetzt werden konnte, sie haben etwa im Zuge des laufenden Kampfes gegen die geplanten Entlassungen mit einer Unterschriftensammlung die Initiative ergriffen, um erfolgreich die Durchführung von außerordentlichen Betriebsversammlungen gegen die Mannesmann-Geschäftsleitung durchzusetzen. Beispiele dafür, daß die „konsequenten Gewerkschafter“ zur „Lähmung gemeinsamer Interessenwahrung“ beitragen?

Das Beispiel Mannesmann ist symptomatisch dafür, wie in der DKP-Presse die Frage der Einheitsgewerkschaft behandelt wird und wie diese Frage offensichtlich auch auf der

darüber, wie die Interessen der Arbeiterklasse am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.“ (UZ, 25. Juni, S. 3)

Wir gehen einmal davon aus, daß Werner Cieslak die Diskussionen auf dem DGB-Bundeskongress geläufig sind, daß diese DKP-Konferenz sogar mit Absicht nach dem DGB-Kongress terminiert wurde. Dann stellt sich die Frage, was Werner Cieslak den Betriebskadern seiner Partei eigentlich einreden will: Macht gerade das Auftreten der sogenannten Fünferbande die Stärke des DGB als Einheitsgewerkschaft aus? Will die DKP die Einheitsgewerkschaft stärken, indem sie in dieser Auseinandersetzung keine Stellung bezieht? Teilt die DKP nicht die Auffassung, daß die Einheitsgewerkschaft nur dadurch gestärkt werden kann, daß Positionen, wie sie etwa Hermann Rappe vertritt, politisch geschlagen werden?

Jedenfalls: Diese Äußerungen — und es finden sich in der UZ kaum andere — gehen inhaltlich weit hinter den Stand der Diskussion zurück, wie er etwa auf dem DGB-Bundeskongress zum Ausdruck kam.

Einen Schlüssel zum Verständnis liefert wohl die Rede „Zur Verwirklichung des Kampfprogramms des 8. Parteitags der DKP“, die Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, auf der Parteivorstandstagung vom 17. Juni gehalten hat. Mies kanzelt in unglaublicher Weise den Beitrag eines Delegierten als „verantwortungslos, selbstherrlich und parteischädigend“ ab. Unter anderem greift Mies diesen Delegierten auch wegen gewerkschaftspolitischer Auffassungen an:

„Wer kritische Andeutungen auf die nach wie vor gege-

ähnlichen Formen der Zusammenarbeit in anderen Städten? Ist es nicht eine Tatsache, daß in vielen gewerkschaftlichen Mobilisierungen das „Bündnis der Betriebslinken“ ein Motor ist?

• Was heißt „Vordenkerrolle“? Sollen die DKP-Betriebszeitungen künftig nur „nach“-denken dürfen, was die Gewerkschaftsführungen schon gedacht haben? Wie hält es Herbert Mies mit dem Kommunistischen Manifest („Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der Bewegung voraus.“)?

Will Herbert Mies die Einheitsgewerkschaft nun mit Hermann Rappe gegen Marx und Engels verteidigen?

• Wo „Vordenken“ verboten ist, ist es verständlich, daß eine vorwärtstreibende Rolle der DKP in der Diskussion um die Frage politischen Streiks gegen die Angriffe der Reaktion von Herbert Mies scharf abgelehnt wird. Wir vermeiden es, an dieser Stelle taktvoll aufzuzählen, mit welchen Kräften im DGB Herbert Mies in dieser Frage den Schulterschluß übt.

Im Ernst: Wer das Bündnis der Betriebslinken, das „Vordenken“ über den Kurs der Gewerkschaften, die Diskussion über einen Generalstreik zur Verteidigung des Streikrechts im Widerspruch zur Frage der Einheitsgewerkschaft setzt, der steht weit rechts von dem, was auf dem Hamburger DGB-Kongress, wahrlich kein Forum der „Betriebslinken“ an fortschrittlicheren Positionen vorgetragen wurde.

Der Kampf gegen Fabrikstilllegungen, illegale Streiks um höhere Löhne, die — erfolglosen — Auseinandersetzungen um die Beibehaltung der Bezahlung auch in Sachwerten und die Einführung der neuen Lohn- und Gehaltsstruktur bestimmten in den letzten drei Jahren den Alltag der nicaraguanischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ebenso wie der Kampf um die Rückeroberung der durch den Ausnahmezustand eingeschränkten demokratischen und Arbeiterrechte und gegen die Bürokratisierung der sandinistischen Gewerkschaften.

Die erfolgreiche Befreiung von der Somoza-Diktatur 1979 sollte die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen schaffen, um die vom Imperialismus aufgezwungene Abhängigkeit und Unterentwicklung zu überwinden.

Heute, sieben Jahre danach, ist die nicaraguanische Realität durch Krieg und Wirtschaftskrise geprägt, wobei sich Ausmaß und Erscheinungsformen der Wirtschaftskrise in Nicaragua noch erstaunlich wenig von der Krise der Nachbarländer unterscheidet, die im Gegensatz zu Nicaragua massiv von den USA unterstützt werden. Während in Honduras das Brutto-sozialprodukt pro Einwohner zwischen 1980 und 1984 um 12 Prozent sank, waren es in Nicaragua 6 Prozent. Den Negativrekord in der Region hält Nicaragua allerdings beim Haushaltsdefizit, der Inflationsrate (und damit zusammenhängend bei Fall der Reallöhne) und beim Handelsdefizit. Die Folgen der Aggressionen der von den USA massiv und mit Millionen ausgestatteten Contra wirken auf diese Krise weiter verschärfend: Zunahme der Arbeitslosenrate auf 21 Prozent, Zunahme der Stadtbevölkerung um 19 Prozent durch Krieg und Landflucht, Verfall der Terms of Trade in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent, Pro-Kopf-Verschuldung von US-Dollar 1347. (1)

„Die Revolution muß auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden“, erklärte Bayardo Arce, Führungsmitglied der FSLN Ende 1985 angesichts der Notwendigkeit, den Verteidigungshaushalt von knapp 7 Prozent im Jahre 1981 auf 60 Prozent 1986 zu erhöhen. (2) Die Folgen sind fatal, da die bisherige sandinistische Reformpolitik weitgehend auf staatlichen Fördermaßnahmen und Subventionen beruhte. Durch staatliche Investitionen in die soziale Infrastruktur sollte das Lebensniveau der Massen angehoben und gleichzeitig produktive Unternehmer und Agroexporteure durch staatliche Kredite, niedrige Steuern, garantierte Preise und Subventionen gefördert werden.

„Sandinistische Wirtschaftspolitik — von Keynes zu Friedman“ lautete die Schlagzeile der „Prensa Proletaria“, der Zeitung der MAP-ML (heute PMLN = Marxistisch-Leninistische Partei Nicaragua) Anfang vergangenen Jahres, nachdem die sandinistische Regierung die Aufhebung der Subventionen für die meisten Grundnahrungsmittel, d.h. Preiserhöhungen und die Kürzung der öffentlichen Ausgaben — besonders im Sozialbereich — beschlossen hatte. Und



7 Jahre danach:

Nicaraguanische Arbeiterbewegung und kapitalistische Wirtschaftskrise

leider haben sie recht. Die Krisenbewältigung erfolgt zu Lasten der Werktätigen, während trotz Krise und Krieg im Namen der nationalen Einheit und der Aufrechterhaltung des Prinzips der „gemischten Wirtschaft“ die Unternehmer und Agroexporteure weiterhin mit Dollar und Cordobas „motiviert“ werden, d.h. ihr politisches Wohlerhalten teuer erkauft wird.

Die Folgen dieser Politik sind katastrophal. Die schon 1983 von den Genossen der MAP-ml skizzierten Probleme und Widersprüche haben sich in der Zwischenzeit noch weiter verschärft.

„Mira (schau mal) ... seit drei Jahren sind die Löhne mehr oder weniger eingefroren. Die zunehmenden und notwendigen Verteidigungsausgaben bedeuten z.B. auch Kürzungen oder Einfrieren von Subventionen für die werktätigen Massen, d.h. Preissteigerungen oder Stagnation bisher gewählter Sozialleistungen, kurz: nicht Verbesserung der Lebensbedingungen sondern Gefahr der Verschlechterung.“ begannen die Genossen ihren Standpunkt und später ihre inhaltlichen Vorschläge zur Verteidigung Nicaraguas und des revolutionären Prozesses zu entwickeln. „Wir meinen, daß es

falsch ist, die Lasten des uns aufgewungenen Krieges auf die Schultern der breiten Massen abzuwälzen, während die Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer weiterhin Subventionen und Steuererleichterungen erhalten, von denen ein beträchtlicher Teil nicht wie vorgesehen für Investitionen und die Produktion benutzt wird, sondern über aus Somoza-Zeit stammende Kanäle ins Ausland geschafft wird. Analog zur Forderung in vielen kapitalistischen Ländern „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“ fordern wir deshalb, daß die Bourgeoisie, d.h. die Unternehmer und Großgrundbesitzer die Verteidigungskosten bezahlen sollen und nicht, wie bisher allein die werktätigen Massen“. (...) Du fragtest vorhin, welches unsere Hauptwidersprüche zur FSLN sind ... Bueno, unsere Hauptwidersprüche kann man glaub' ich in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Wir meinen, daß die sozialdemokratische, reformistische Lösung von „unidad nacional“ und das damit verbundene wirtschaftspolitische Modell der „economia mixta“ nicht die Interessen der Bauern und Arbeiter in den Mittelpunkt stellt. Diese haben doch nicht die Revolu-

tion gemacht, um in einem Kapitalismus ohne Somoza zu leben, sondern um ein Nica aufzubauen, das ihren Interessen und Bedürfnissen entspricht. Wir leugnen überhaupt nicht, daß es besonders im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, kurz dem sozialen Bereich, zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen ist, doch sind solche Errungenschaften solange nicht endgültig gesichert, wie die wirtschaftliche Basis des neuen Nicaragua noch vom Kapitalismus geprägt ist. (...) Die Widersprüche in den werktätigen Massen zur Politik der FSLN sind gewachsen.“ (3)

Die Politik der Klassenversöhnung, aber auch die Angriffe auf wichtige Rechte der Arbeiterbewegung haben zu einer Schwächung und Desorganisation der Arbeiterbewegung aber auch der Volksbewegungen geführt. Trotz der massiven Angriffe auf die Lebensbedingungen gibt es — zur Zeit — keine Offensive der Arbeiterbewegung. Natürlich gibt es Zeichen von Protest und Unruhe, „doch diese Unruhe ist nicht massenhaft, sondern Ausdruck von kleinen Bewegungen, die sich auf Betriebsebene entwickeln.“ (4)

Im März dieses Jahres wurden zum zweiten Mal seit Jahresbeginn

die Preise für Grundnahrungsmittel erhöht. Die Preise für Reis, Zucker und Milch wurden verdoppelt, der Preis für das Nationalgericht Bohnen verdreifacht. Benzin wurde um 45 Prozent teurer. Gleichzeitig mit den Preisen wurden die Löhne durchgehend angehoben — um 50 Prozent. (5) Der Reallohn sinkt weiter. Mit diesem erneuten Kaufkraftverlust steht die Kampfkraft und Kampfbereitschaft zur Verteidigung des befreiten Nicaragua immer stärker auf dem Spiel.

Die Revolution läuft Gefahr, im Überlebenskampf zu ersticken.

Anmerkungen:

- (1) vgl. „Der Krieg und seine Folgen für die Wirtschaft“ in: Blätter des iz3w, Nr. 134, S. 22
- (2) Zahlen aus: „Der Krieg ...“ a.a. O. S. 22
- (3) Michael Banos (Hg.) „Brennpunkt Zentralamerika“, RM-Taschenbuch, S. 60 ff.
- (4) RM-Interview mit Genossen der MAP-ml, Roter Morgen Nr. 45 (8.11.85)
- (5) Zahlen aus: taz vom 11.3.1986

Hände weg von Nicaragua

Die jüngsten Beschlüsse in den amerikanischen Parlamenten über neue Gelder für die „Contra“-Banden sind nur die Spitze des Eisberges. Die Dollars fließen seit Jahren, in wachsender Anzahl und aus verschiedensten Quellen — wobei das Geld der US-Regierung natürlich die am deutlichsten politische Bedeutung hat, ein Beschluß, der in eine ganze Serie von Maßnahmen Washingtons paßt, die Contras international aufzuwerten. Die Distanzierung wachsender Teile der sozialistischen Internationale, insbesondere der SPD, von Nicaragua seit einiger Zeit unterstützt das blutige Spiel jener Kräfte, die die Kernschichten des Reaganismus darstellen — und die Kernschichten der Aggression gegen Nicaragua. Daß sich der US-Imperialismus dabei auf alles in der Region stützt, was irgendwie reaktionär ist — das wird am besten durch den regelrechten Aufmarsch in Honduras bewiesen.

Hände weg von Nicaragua — das bleibt die Hauptlosung der anti-imperialistischen Solidarität gegen die US-amerikanische Aggression. Das muß aber auch heißen, sehr genau zu verfolgen, was im Inneren des Landes vor sich geht, wie sich dort Klassenwidersprüche und gesellschaftliche Konfrontation entfalten. Zum einen ganz allgemein, weil „blinde“ Solidarität nur falsche Weltbilder aufbaut, die dann sehr leicht zerbröckeln können, kommt die Entwicklung anders als gewünscht. Zum anderen ganz konkret, weil die Frage dieser inneren Entwicklung immer auch die Grundfrage dafür ist, wie die Front gegen den Imperialismus im Lande selbst steht.

Deswegen wollen wir in diesem „zum thema“, sieben Jahre nach der erfolgreichen Revolution gegen die Somoza-Diktatur, nicht zuletzt eine Bilanz dieser inneren Entwicklung über die ganz aktuellen Ereignisse hinaus ziehen.

„... die Lebensfreude, trotz beschissener Bedingungen, die Fähigkeit, intensiv zu leben.“

Als Arbeitsbrigadistin im Süden Nicaraguas

Managua 1984: Lautstarke Auseinandersetzungen draußen im Garten: Emilio (5 Jahre alt) diskutiert erhitzt mit seinen Spielkameraden die Rollenverteilung im derzeit aktuellen Kinderspiel „Compas gegen Contras“ (Genossen gegen Konterrevolutionäre); keiner will „Contra“ sein. Das frühere Räuber- und Gendarm-Spiel hat sich der veränderten Situation in Nicaragua angepaßt: Auch die Kinderspiele spiegeln die von der aggressiven Lateinamerikapolitik der USA aufgezwungene und geprägte Realität wider: Krieg in den Grenzgebieten zu Honduras und Costa Rica, Krieg der von den USA finanzierten und unterstützten „Contras“ gegen das befreite Nicaragua.

Es war 1984 bei meinem 3., wiederum nur knapp zwei Wochen dauernden Nicaragua-Aufenthalt, daß mir klar wurde, daß ich längere Zeit in diesem Land leben müßte, um tatsächlich zu verstehen, was es heißt und bedeutet, etwas Neues — ein von Unterdrückung und Abhängigkeit befreites Nicaragua — aufzubauen unter Bedingungen des Krieges, des wirtschaftlichen und finanziellen Drucks, die den Alltag ebenso wie das Spielen der Kinder prägen. Zu vielschichtig, verwirrend und widersprüchlich waren meine bisherigen Eindrücke, Erfahrungen und Diskussionsergebnisse. Mein Nicaragua-Bild war beeinflusst durch die Städte — Managua, Leon, Grenada —, durch Kontakte zu Intellektuellen, zu politisch aktiven Leuten, Sympathisanten der FSLN, aber auch der linken

Opposition zur Frente-Politik, d.h. durch Eindrücke und Menschen, die nur einen Teil der Wirklichkeit repräsentierten. Den eigentlichen Alltag in den Städten und auf dem Land hätte ich nur vermittelt, durch Bücher, Gespräche, aber eben nicht wirklich kennengelernt, aber er war es, der mich interessierte.

Dieses Interesse, den Alltag mitzu(ler)leben, war mit der wichtigsten Grund für meine Entscheidung, an einer Arbeitsbrigade in Nicaragua teilzunehmen. Die anderen Gründe? Sie sind vielschichtiger, schwerer auf den „Begriff“ zu bringen. Die Möglichkeit, Solidarität nicht nur in Worten, sondern in praktischer Arbeit, durch materielle Unterstützung auszudrücken; die Möglichkeit, meinen Protest, meine Wut über die Politik der USA gegen Nicaragua umzusetzen, nicht nur auf Demos, sondern „vor Ort“, und ich wollte das wieder erleben und erfahren, was mich bei meinen bisherigen Nicaragua- und Lateinamerika-Aufenthalten so beeindruckt hatte: die Lebensfreude, trotz beschissener Bedingungen, die Fähigkeit, intensiv zu leben.

Einsatzort unserer Brigade sollte San Martin in der Region von Nueva Guinea sein.

Nueva Guinea liegt in Zentralzelaya, 280 km von Managua entfernt, in einer Zone (weitgehend abgeholzten) tropischen Regenwaldes. Die Regenzeit dauert von Mai bis Januar. Um den Hauptort von Nueva-Guinea herum liegen 28 Kolo-

nien mit insgesamt ca. 60000 Einwohnern.

Nueva Guinea wurde vor 20 Jahren gegründet im Rahmen eines sogenannten ländlichen Entwicklungsprojektes der Somoza-Diktatur, unter starker finanzieller Unterstützung der von den USA initiierten „Allianz für den Fortschritt“. Ein großer Teil der Neusiedler waren Opfer der Landverteilung in den Baumwollregionen der Pazifikregion. In Nueva Guinea wurde an 300 Siedler Land verteilt; Straße, Flugpiste und Krankenhaus wurden gebaut, also eine gewisse Infrastruktur geschaffen. Hier liegt einer der Gründe, daß sich diese Siedler und andere zuwandernde Bevölkerungsgruppen als weniger unterprivilegiert empfanden, was sich so ausgewirkt hat, daß die Gegend am Landesdurchschnitt gemessen, viele Indifferente bis Konterrevolutionäre aufweist. Zudem war und ist die Gegend sehr unwegsam und liegt stark im Einflußbereich Costa Ricas (Medien); vor dem Sieg der Revolution im Jahre 1979 gab es praktisch kaum politische Arbeit der FSLN in diesem Gebiet.

Heute ist Nueva Guinea Prioritätszone. Es gibt zahlreiche ökonomisch bedeutsame Projekte, die geplante Gummiproduktion, die Kakaopflanzungen, geplante Ausweitung von Ingweranbau und von anderen Produkten (Diversifizierung und Anlegung von Dauerkulturen aus landwirtschaftlichen und ökonomischen Gründen); Holzgewinnung und Wiederaufforstung, weiterer Ausbau des Schulwesens u.v.a.m. Zudem wird von Nueva Guinea aus die erste Landverbindung nach Bluefields und seinem Hafen El Bluff gebaut, nach deren Fertigstellung Nueva Guinea ebenfalls an Bedeutung gewinnen wird als Knotenpunkt in der Verbindung von Atlantik- und Pazifik-Region. Auch politisch und militärisch ist Nueva Guinea als Prioritätszone ausgewiesen, gegenüber den im Süden operierenden Gruppen der Contra (hauptsächlich der Eden Pastoras, der den Kampf vor einigen Wochen aufgegeben hat) bildet es das militärische „Bollwerk“ und Ausgangsbasis für den Kampf gegen diese Banden. Eine Folge der Angriffe und Überfälle in der Region südlich von Nueva Guinea ist ein zunehmender Flüchtlingsstrom. Die Flüchtlinge bestehen fast nur aus Frauen und Kindern, die zur Zeit bei Verwandten und Bekannten unterkommen, was aber auf die Dauer unhaltbare Zustände sind.

In Nueva Guinea gibt es eine Kommission, die sich der Flüchtlinge annimmt. Sie wird unterstützt und angeleitet von der Regionalregierung in Juigalpa. Der jetzige Plan sieht vor, die Flüchtlinge in bestehenden (und weitgehend im Aufbau begriffenen) Kakaoprojekten zu integrieren, und zwar in die entsprechenden Kooperativen in San Martin und Jacinto Vaca.

Dort werden Häuser errichtet für die Flüchtlingsfamilien. Und dies ist das Bauprojekt der deutschen Brigade. Das Projekt wurde uns von der Regionalregierung in Juigalpa vorgeschlagen. Die Häuser werden im lokalen Stil errichtet und bestehen aus einer sehr einfachen Grundeinheit, die später durch Eigeninitiative der Bewohner veränderbar und ausbaufähig ist.

„Hast Du keine Angst?“ — „Paß gut auf Dich auf!“ Die Informationen über verstärkte Kämpfe in den Grenzgebieten, die Nachricht von der Entführung Regine Schemanns, der westdeutschen Biologin, die im Juni 1985 an der Ost-

küste entführt worden war, beunruhigten zum Zeitpunkt unserer Abreise meine Freunde und Kollegen mehr als mich selbst. Wir hatten uns auf vielen Brigade-Vorbereitungstreffen mit der Situation in der Region von Nueva Guinea, einer der Kriegszonen, auseinandergesetzt, der Region, in der wir in San Martin weiter am „asentamiento“ bauen würden, der Siedlung für Bauernfamilien, die aufgrund des Krieges ihr Land und Haus im Grenzgebiet zu Costa Rica verlassen mußten.

Wir wußten, daß die Contra in diesem Gebiet operierte und kannten die Folgen der Contra-Angriffe und -Hinterhalte und trotzdem: Das Gefühl und Wissen, daß unsere Anwesenheit sinnvoll und wichtig für Nicaragua ist, ließ nur wenig Raum für Ängste, bzw.

Sägeplatz unten in der Schlucht hochschleppten, bauten die anderen inzwischen das refugio (den Schutzraum) unterm Brigadistenhaus aus. Die Anwesenheit der Contra in der Region wird immer spürbarer. Gestern früh: Eine emboscada (Hinterhalt) knapp 4 km von hier. Vier Tote, darunter Esquivel, der EPS-Verantwortliche von Talolinga. Vorgestern: Überfall der Contra in der Nähe von Juigalpa: 40 Tote. Kämpfe in der Nähe von Esteli. Verstärkte Wachbereitschaft im asentamiento. Seit über drei Monaten kann Luis, einer der beiden Lehrer, nicht mehr die Eltern der in der Umgebung lebenden Schüler besuchen. Er ist als Lehrer besonders gefährdet.“

Lehrer, Techniker, Gesundheitsverantwortliche sind mit die Hauptan-



dafür, daß sie in den Mittelpunkt traten.

Angst, das Gefühl von Bedrohung, entwickelte sich bei mir erst Tage nach unserer Ankunft in San Martin durch die sich häufenden Angriffe und Überfälle der Contra in der Gegend und durch das Miterleben, Spüren der Angst der Menschen im asentamiento.

„No puedo dormir por el miedo“ (Ich konnte vor Angst nicht schlafen) ... Unzählige Male hörten wir diese Bemerkung: von den Kindern ebenso wie von den Frauen und den beiden Lehrern. Es waren die Kinder und Frauen, die in „La Union“, ihrem früheren Dorf an der Grenze zu Costa Rica mehrere Contra-Überfälle erlebt hatten. Zu dieser Angst und ständigen Anspannung kamen die Sorgen und Ängste um ihre Männer, Väter, Brüder, die alle — bis auf wenige Ausnahmen — mobilisiert waren und seit Monaten zusammen mit dem EPS, der sandinistischen Armee, in den Grenzgebieten gegen die Contras kämpften.

4. 8. „Während ein Teil von uns zusammen mit acht Nicaraguanern das fertig zugesägte Holz für die Häuser vom

griffsziele der Contra. Warum? Im Süden wie im Norden Nicaraguas sind die Ziele der Contra: unter der Bevölkerung Angst und Schrecken zu verbreiten, Land zu besetzen, das als „befreite Zone“ ausgerufen werden kann (um dann die „Hilfe“ der USA anzufordern); die Durchsetzung genau der Teile des Landes, in die sich die Frente (FSLN) bei einem Angriff der US-Truppen zurückziehen würde und die Zerstörung von allem, was für die Menschen in dem Gebiet die Revolution ausmacht, alle Fortschritte für das tägliche Leben wie Gesundheitsposten, Schulen, Wirtschaftsprjekte (wie Kooperativen), Wohnungsbau. Diese Zerstörung schließt die physische Vernichtung aller der Menschen ein, die diesen Fortschritt erst möglich machen: Mitglieder der Frente, Techniker, Lehrer, Gesundheitsbrigadisten.

5. 8.: „In der Nacht schriebe Leute der Contra „Viva la ARDE“ (die ARDE war die unter Führung Eden Pastora kämpfende Contra-Organisation an die Tafel der Schule. Die Nachrichten — oder sind es nur Gerüchte? — von Überfällen und Kämpfen



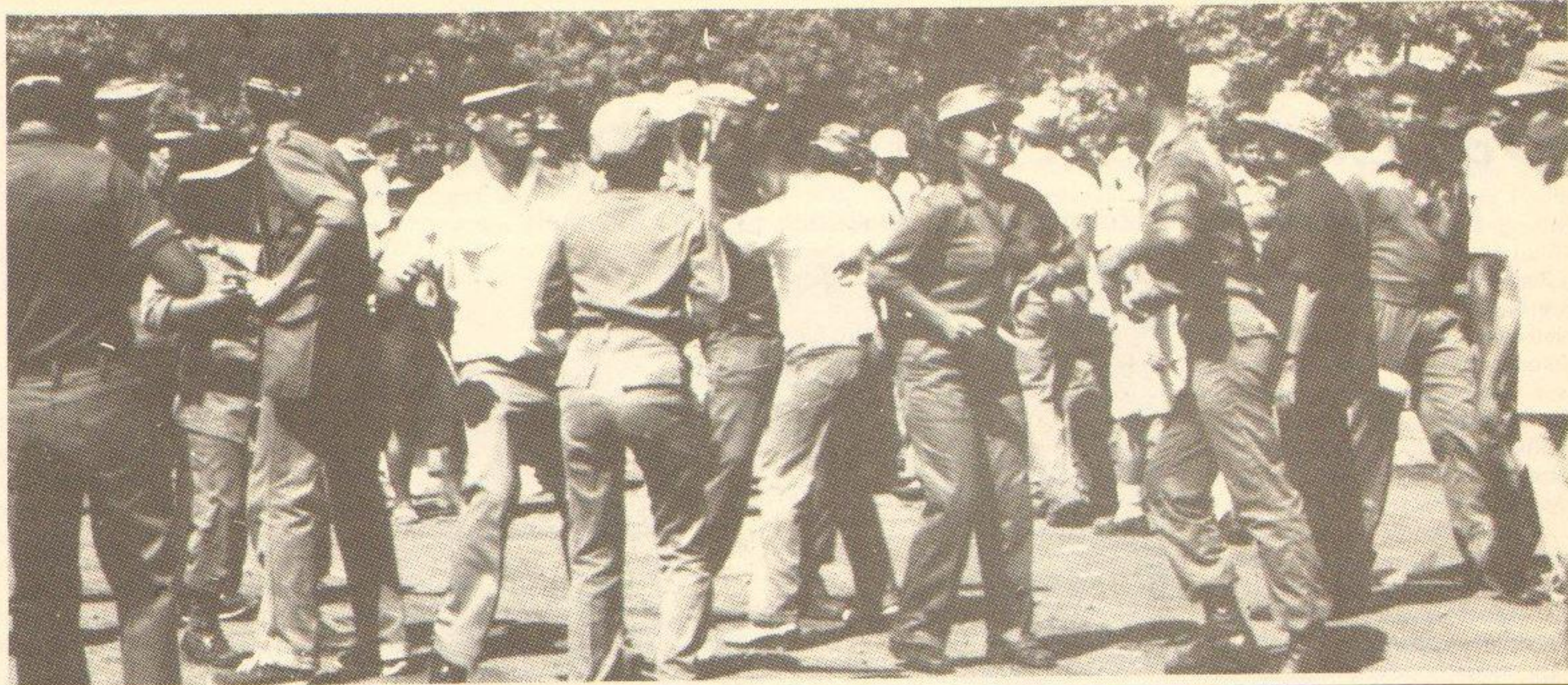
häufen sich. Ich habe manchmal das Gefühl, als ob sich eine Art Schlinge immer enger zieht. Nachts bei der Nachtwache oder beim Aufs-Klo-Gehen taucht immer wieder die Überlegung auf, wie leicht bei Nacht die Contra das asentamiento überfallen oder einfach jemanden entführen könnte. Immer stärker kann ich die Ängste der Menschen hier nachvollziehen. Verstehe, warum gerade die Frauen so erleichtert sind, wenn endlich die Fenster eingebaut werden.

Chico ist seit über 'ner Stunde zu Besuch. Vor zwei Jahren versuchte die Contra, ihn zu entführen. Er konnte entkommen. Nur in Begleitung kann er das asentamiento verlassen. Er, ebenso wie die anderen Mitglieder der Leitung der Kakao-Kooperative, die Lehrer und Techniker sind ständig gefährdet."

7. 8.: „Heute früh, kurz vor 6.00 Uhr, wurden in der Nähe von El Coral mehrere Menschen von der Contra ermordet, darunter der Direktor des Kakao-Unternehmens und andere landwirtschaftliche Spezialisten, sowie einige milicianos (Angehörige der Milizen). Sowohl Marvin als auch Guillermo (die beiden Kakao-Techniker in San Martin) stehen unter Schock — die Arbeit der Kakao-Kooperative ist zunehmend in Frage gestellt. An mehreren Tagen konnte hier nicht gearbeitet werden, da kein ausreichender bewaffneter Schutz bestand. Die compas vom Militärposten waren für andere Aufgaben eingesetzt.

(...) Anstelle von Häusern bauten Steffi und ich heute einen Sarg für einen in der Nacht, unmittelbar nach der Geburt gestorbenen Säugling. Unter anderen Bedingungen hätte er nicht sterben müssen."

8. 8.: „Die Versorgungslage spitzt sich zu. Seit über 14 Tage konnte kein Nachschub organisiert werden. Der für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zuständige compa konnte aufgrund der befürchteten Hinterhalte und angesichts des kaputten Traktors und ebenfalls kaputten Lastwagens keine Lebensmittel besorgen. Die Unruhe, Verzweiflung und der Hunger im asentamiento nehmen zu. Im Gegensatz zu den Bewohnern des Dorfes San Martin haben die Flüchtlingsfamilien keine — und seien sie noch so minimal — Vorräte, auf die sie zurückgreifen können. Sie sind abhängig von den Lieferungen aus den Versorgungszentren — doch die kommen nicht, können nicht abgeholt werden, aufgrund der Contra-Aktionen, aufgrund der kaputten Transportmittel, die aber nicht repariert werden können, weil ... Ich fühl' mich hilflos, wütend, traurig. Draußen regnet es. Manchmal entwickel ich einen richtigen Haß auf den ständigen Matsch und Schlamm, auf die unberechenbaren, kürzer oder länger andauernden Regenschauer. Wie schwer muß es sein, immer hier zu leben, in diesem Matsch, der auf handfeste Weise Ausdruck des herrschenden Elends ist. Würmer, Fußpilze, Krankheiten, teilweise in „lehrbuchhafter“ Ausprägung. Die compas vom EPS mit Lederstiefeln, die für diese Bedingungen absolut unzureichend sind und nach spätestens drei Monaten verschlissen sind, aber 6 Monate halten müssen. Gummistiefel dagegen müssen importiert werden, gibt es nicht in ausreichender Menge."



13. 8.: „Unten im asentamiento fielen eben zwei Schüsse — irgendwie haben wir uns schon daran gewöhnt, keiner steht auf und fragt nach, auch im asentamiento bleibt alles ruhig. (...) Seit zwei Tagen scheint die Sonne, alles wirkt lebhafter, fröhlicher, lebendiger."

Das sind Auszüge aus meinem Tagebuch, in dem ich so oft wie möglich versuchte, festzuhalten, wie der Alltag und die Situation in San Martin auf mich wirkten, von mir wahrgenommen wurde.

Monate später hatte sich die Situation entspannt. Die Versorgung klappte, der erste Kakao seit Bestehen der Kooperative konnte geerntet werden. Die Ernte fiel geringer als erhofft aus: Folge der durch die Contra-Aktivitäten unmöglich gemachten regelmäßigen Arbeit im Kakao. Ende Oktober kamen die mobilisierten Männer zurück. Die riesige Belastung der Frauen reduzierte sich auf das „übliche Maß" — die Angst um den Mann, Sohn fiel weg. Doch „Normalität" in Nicaragua hat nichts mit unserer „Normalität" zu tun. Der „normale" Alltag ist nach wie vor geprägt durch den Kampf ums Überleben, den Kampf gegen Hunger, Krankheit und Elend. Die Hauptlast der Überlebensarbeit lastet auf den Frauen. Die meisten von ihnen stehen zwischen 4.00 und 5.00 Uhr auf, machen Feuer und kochen. Die Bohnen brauchen

Stunden, bis sie gar sind. Von 7.00 bis 15.00 Uhr arbeiten sie im Kakao, d. h. die Frauen, die Mitglied der Kooperative sind oder dort ihren Arbeitsplatz haben. In der verbleibenden Zeit — vor dem abrupten Dunkelwerden gegen 18.00 Uhr — müssen sie Holz ranschaffen, kleinhacken, Wäsche im Fluß waschen, sich und die Kinder waschen. Bei den leichteren Arbeiten wie Holz suchen und sammeln müssen die Kinder mithelfen.

Ob diese Belastungen durch die Rückkehr der Männer abgenommen haben, weiß ich nicht. Die wenigen Männer, die während meines Brigadisten-Aufenthaltes im asentamiento lebten, waren für die Sicherheit verantwortlich, beteiligten sich aber kaum an den anderen Arbeiten.

Es fehlte an Zeit, die Menschen im weit auseinandergezogenen Dorf San Martin genauer kennenzulernen, zu erfahren, ob der Alltag der hier seit knapp 15 Jahren hauptsächlich vom Anbau von Mais, Bohnen lebenden Menschen andere Charakteristiken aufweist als im asentamiento. Ich glaube es nicht.

Auch die sechswöchigen Sommerferien reichten nicht aus, um den Alltag im Dorf und asentamiento so kennenzulernen, wie ich es erhofft hatte. Neue Fragen tauchten auf, neue Aspekte, auf die ich noch keine Antwort weiß.

Fragen, auf die sich wahrscheinlich nur bei einem noch

längeren Aufenthalt und einem veränderten Brigadenkonzept Antworten hätten finden lassen können. Wir standen in San Martin vor dem Problem, daß die Familien, die später in den von uns gebauten Häusern wohnen sollten, nicht in San Martin, sondern provisorisch in Nueva Guinea untergebracht waren. Die Möglichkeit, durch gemeinsame Arbeit am Hausbau ihre Situation, ihre Vorstellungen, Hoffnungen, Erfahrungen kennenzulernen, konnte nicht genutzt werden. Hinzu kam, daß unser Projektziel, möglichst viele Häuser aufzubauen, in ständigen Widerspruch geriet zu unserem Interesse, mehr über die Menschen, die Kooperative zu lernen. Abgesehen von den Mahlzeiten arbeiteten wir den ganzen Tag an den Häusern, nutzten und brauchten die „Feierabendzeit" vor dem Dunkelwerden zum Waschen und Baden im Fluß. Da sich aus Sicherheitsgründen niemand ab 19.00 Uhr auf der Straße bewegen sollte, die Dunkelheit zum „Unsicherheitsfaktor" wurde, waren abendliche Besuche bei den Bewohnern im asentamiento die Ausnahme. Die Kriegssituation bedingte und förderte nach Eintreten der Dunkelheit sowohl unsere Isolierung von den Menschen im asentamiento und besonders im Dorf, als auch die Isolation der Bewohner allgemein.

Nur durch Reduzierung der Arbeitszeiten beim Häuserbau — mit

den entsprechenden Verzögerungen bei der Fertigstellung der Häuser — wäre es möglich gewesen, die Kontakte und Beziehungen so zu vertiefen, daß ein tatsächliches und umfassendes Verstehen und Kennen der Situation möglich gewesen wäre. Trotz all dieser nicht erwarteten Probleme, trotz der — auch in den Tagebuchnotizen — anklingenden hilflosen Wut angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Contra-Aktivitäten, trotz der Regenzeit habe ich nie meine Entscheidung, am Brigadeprojekt teilzunehmen, bereut. Ich habe viel in diesen Wochen gelernt, auch darüber, welche Bedeutung regionale Unterschiede haben können, Unterschiede, die nur vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung verstanden werden können und darüber, wie schwierig es ist, einen revolutionären Prozeß, den Aufbau von etwas Neuem, Gerechteren zu verwirklichen.

Mein „Nicaragua-Bild" heute entspricht in seiner Vielschichtigkeit und auch Widersprüchlichkeit und manchmal auch Unklarheit viel eher der komplexen und von riesigen Problemen geprägten Wirklichkeit als noch vor einem Jahr. Und mir ist bewußter und klarer, welche wichtige Bedeutung die Unterstützung und Solidarität für Nicaragua hat.

Solidarität mit dem Aufbau des befreiten Nicaragua tut not — heute mehr denn je.



Das Land denen, die es bebauen

Nicaraguanische Agrarreform zwischen Anspruch und Wirklichkeit

„Basta! Jetzt reicht's...“ Mit Landbesetzungen hatten Tausende von campesinos trotz Somoza-Diktatur und blutiger Unterdrückung auf ihre Vertreibung durch die großen Baumwollpflanzler reagiert. Selbst offizielle Dokumente registrierten 240 Landbesetzungen zwischen 1964 und 1973.

Der Kampf der campesinos um das „gestohlene Land“ war ebenso wie der Kampf der Landarbeiter und der kleinen, unterhalb des Existenzminimums lebenden Pachtbauern um ausreichend Land und menschenwürdige Lebensbedingungen, Teil des Befreiungskampfes gegen die Somoza-Diktatur.

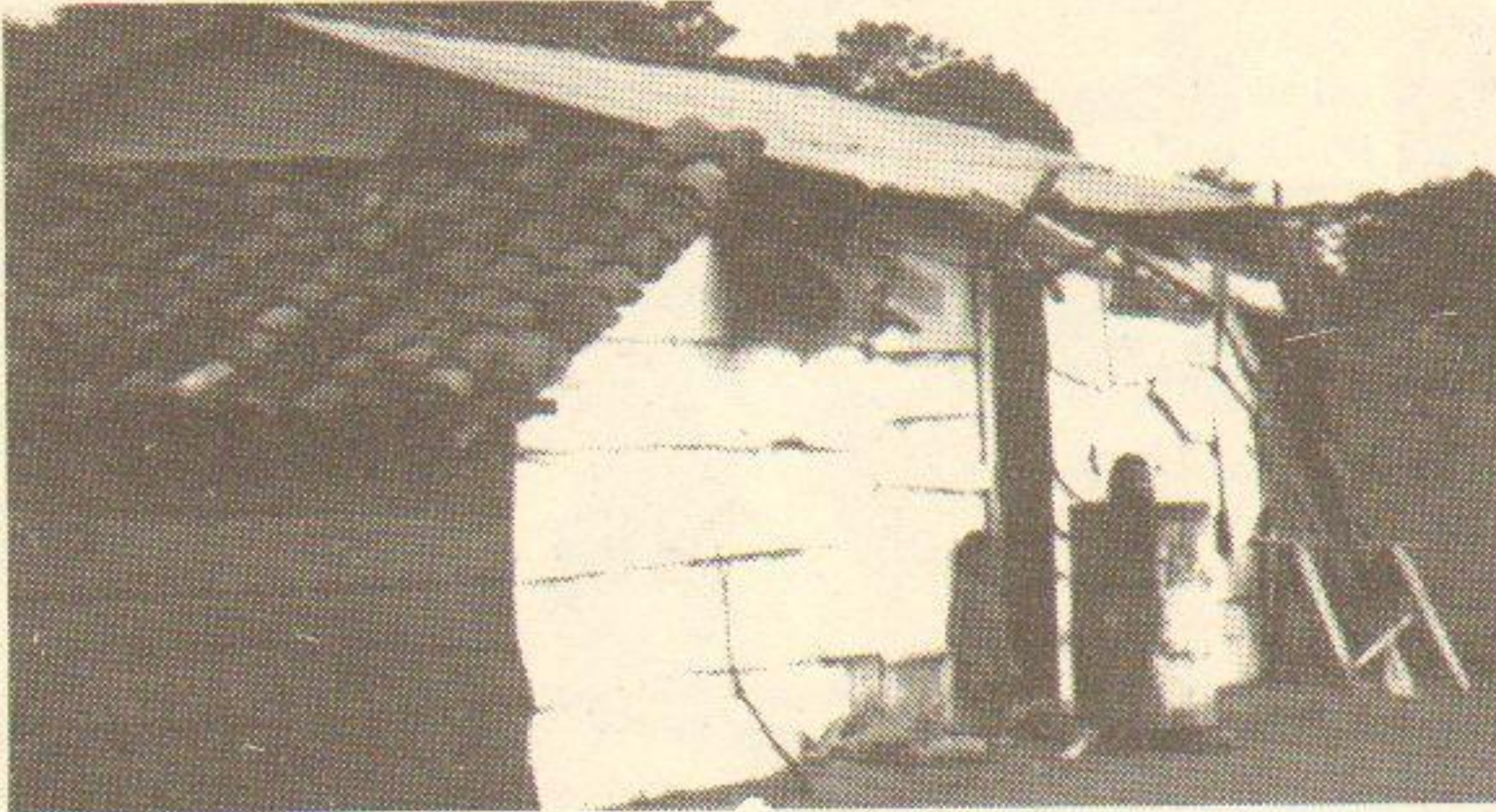
Nicaragua 1978 — ein Jahr vor der Befreiung: Zwei Drittel aller Familien auf dem Land haben entweder kein Land oder nicht genug, um sich zu ernähren. Diejenigen, die ein kleines Stück Land gepachtet haben, müssen die Hälfte oder mehr des Ertrages oder einen enormen Pachtbetrag an den Großgrundbesitzer abführen. Die Lebensbedingungen sind katastrophal: elektrisches Licht, Trinkwasserversorgung, Kanalisation gibt es ebenso wenig wie Schulen, Krankenhäuser, Ärzte. Dem Großgrundbesitz, den riesigen Viehweiden, den mit eigenen Flugzeugen gedüngten Baumwollpflanzungen und den ganze Täler bedeckenden Tabakplantagen stehen zahllose winzige Parzellen gegenüber, unfruchtbarer Boden, auf steinigem Steilhängen, auf dem ein paar Maispflanzen auf Wasser und Dünger — vergeblich — warten. (1)

Zweieinundzwanzigmal mehr Land wird für den Anbau von Exportprodukten (Baumwolle, Kaffee, Tabak, Zucker, Rindfleisch) verwendet, als für den Anbau von Grundnahrungsmitteln. Nicht nur auf dem Land herrscht Hunger.

Knapp einen Monat vor der vollständigen Befreiung unterzeichnen die Vertreter der FSLN (der sandinistischen Befreiungsfront) gemeinsam mit Vertretern der bürgerlichen Opposition in San Jose (Costa Rica) das „Regierungsprogramm der nicaraguanischen Regierung für den nationalen Wiederaufbau“, in dem die Einleitung einer Agrarreform festgelegt wird. (2)

Am ersten Tag nach dem vollständigen Sieg über Somoza und seine Nationalgarde legalisierte das Dekret Nr. 3 der sandinistisch geführten Regierung des nationalen Wiederaufbaus die Konfiszierung aller Vermögenswerte der Familie Somoza und ihrer engen Verbündeten (der „somocistas“). 20 Prozent des landwirtschaftlich nutzbaren Landes wurden „Volkseigentum“. (3)

Dieses „antisomozistische erste Agrarreformgesetz“, wie Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock das Dekret charakterisierte, leitete jedoch noch keineswegs eine Agrarreform im eigentlichen Sinne ein, vielmehr war es „Konfiszierung



des Eigentums einer Handvoll Krimineller“ (4) d.h. der „somocistas“.

Die Konfiszierung des gesamten Somoza-Besitzes und seiner engsten Anhänger wurde von allen an der Regierung beteiligten gesellschaftlichen Klassen und Schichten unterstützt. Alfonso Robelo, Industrieller und Großgrundbesitzer, heute Führer der Contra-Organisation FDN, unterschrieb als Mitglied der Regierungsjunta und Vertreter der Bourgeoisie das Dekret.

Das von der FSLN postulierte Prinzip der „nationalen Einheit“ war der Ausgangspunkt einer Politik, die auf Zusammenarbeit und Koexistenz der Klassen auch im wirtschaftlichen Bereich orientierte.

Die Eigentumsfrage blieb ausgeklammert, begründet mit der Notwendigkeit, die kapitalistischen Farmer und Rancher, die den größten Teil des Exports kontrollierten, für den nationalen Wiederaufbau zu gewinnen. Die Tatsache, daß die großen und mittleren Pflanzler und Viehzüchter 72 Prozent der Baumwollproduktion, 53 Prozent des Kaffees, 58 Prozent der Viehbestände und 51 Prozent des Zuckerrohranbaus kontrollierten (5), d.h. die Exportprodukte, mit denen die dringend benötigten Devisen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln, Medikamenten, Erdöl und Produktionsgütern in das vom Krieg zerstörte Land erwirtschaftet werden sollten, bestimmten den sehr konservativen Ansatz der ersten Phase der Agrarreform.

Der gesellschaftliche Konsens sollte nicht gefährdet werden, auch wenn dabei die Interessen der besitzlosen Landarbeiter und campesinos und die Verwirklichung ihrer Forderungen an die zweite Stelle gesetzt wurden.

Wie wir weiter unten sehen werden, akzeptierten die campesinos und Landarbeiter den vorgegebenen, mit politischen und wirtschaftlichen Zwängen begründeten Handlungsspielraum nicht. Die Ansätze der Regierung, das Lebensniveau der Landbevölkerung durch radikale Senkung des Pachtzinses, durch Kreditvergabe auch an die kleinen Lebensmittelproduzenten, durch garantierte Miniallöhne, durch den Aufbau von Schulen und Gesundheitszentren zu verbessern, waren nicht weitreichend genug. Die Landfrage war

— trotz der Umwandlung des Somoza-Besitzes in Volkseigentum (Area Propiedad del Pueblo) — nicht gelöst.

Mit einer Welle von Landbesetzungen versuchten zwischen 1980 und 1981 Tausende von campesinos und Landarbeitern sowohl ihre Forderung „das Land denen, die es bebauen“ durchzusetzen, als auch gegen die Politik der Dekapitalisation und Sabotage zahlreicher Großgrundbesitzer vorzugehen.

„Zwei Jahre lang wurde der Druck auf die Regierung, eine umfassende Agrarreform zu verabschieden, tagtäglich stärker. Viele der großen Pflanzler ließen ihr Land nicht nur ungenutzt, sondern einige entzogen dem Land auch Geld und Produktionsvermögen, oft mit Hilfe großzügiger staatlicher Kredite. (...) Am 19.7.1980, dem ersten Jahrestag des Sieges über Somoza, gab die Regierung bekannt, das Landreformgesetz sei fertig ... Der Gesetzentwurf war zwar fertig, wurde aber nie vorgelegt. (...) Entscheidend war, daß die großen Pflanzler, deren Interesse von ihren Produzentenverbänden vertreten wurden, gegen eine Landreform waren. Und da sich immer mehr abzeichnete, daß Ronald Reagan der neue US-Präsident werden würde, gewann für die Sandinisten die breiteste mögliche Einheit höchste Priorität ...“ (6)

Das schließlich am 19.7.1981 verkündete Agrarreformgesetz war Ausdruck des „Balance-Akts“, des Versuchs der Versöhnung antagonistischer Widersprüche und Interessen. „Das Gesetz ist pragmatisch, manche nennen es sogar konservativ. Man sagte mir, viele große Landbesitzer hätten etwas ‚viel Schlimmeres‘ erwartet. Es ist die einzige Landreform, die keine Höchstgrenze für Landbesitz festsetzt, und die staatliche Garantie für den Schutz des Rechtes auf Privateigentum wird mit Nachdruck wiederholt. Aber das Gesetz bestimmt ein für allemal die Kriterien und das rechtliche Verfahren zur Beurteilung, ob ein Landbesitzer die Verpflichtung des Eigentums erfüllt und das Land produktiv nutzt. ... In seinen Bestimmungen zur Umverteilung bestätigt das Gesetz die Bindung der Sandinisten an eine gemischte Wirtschaft auf dem Land.“ (7)

Die Regierung ließ sich Zeit —

rückblickend gesehen auch nach Aussagen führender Genossen im Landwirtschaftsministerium zuviel Zeit — um das Agrarreformgesetz in die Praxis umzusetzen. Im ersten Jahr der Agrarreform waren 242 Besitztümer mit insgesamt etwa 160 000 ha, die sich im Besitz von 94 Familien befanden, betroffen. Doch nur etwa 40 Prozent des enteigneten Landes wurde in diesem Zeitraum verteilt. (8)

Erst die Eskalation der konterrevolutionären Aktivitäten ab 1983 beschleunigte die Durchführung der Agrarreform. In den drei Wochen vor dem 5. Jahrestag der Befreiung (1984) erhielten so viele Familien Besitzrechte, wie in den ersten zwei Jahren der Landreform. (9)

Der vielleicht entscheidende Faktor, der die Umsetzung der Agrarreform verzögerte, waren die widersprüchlichen Ansichten der sandinistischen Führung. Die interne — d.h. nicht unter Einbeziehung der Betroffenen geführte — Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage, „ob der Hauptakzent der Landverteilung auf die Schaffung von Farmen im individuellen Besitztum oder im Kollektiveigentum von Kooperativen und Staatsfarmen zu legen ist.“ (10)

Die Umsetzung der Landreform wurde 1983 und besonders 1984 dadurch vorangetrieben, daß Landrechte aus dem staatlichen Sektor „reprivatisiert“ d.h. den campesinos und besitzlosen Landarbeitern übergeben wurden. 52 Prozent der rund 80 000 ha Land, die in dieser Phase verteilt wurden, stammten aus dem Bereich der „Area Propiedad del Pueblo (APP)“ (11) Auch wenn das reprivatisierte Staatsland nur 4,4 Prozent des gesamten APP-Bereichs ausmacht, so bedeutete diese Phase der Agrarreform eine Schwächung des volkseigenen Sektors zugunsten der Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes.

Erneut bestimmte die Hoffnung der Sandinisten, durch Reduzierung der Enteignung von Großgrundbesitz, die Ängste der Großgrundbesitzer zu besänftigen und die „nationale Einheit“ gegenüber der konterrevolutionären Aggression zu fördern.

Die parallel zur wachsenden Bedrohung Nicaraguas immer stärker in den Mittelpunkt rückende Strategie der „nationalen Einheit“ führte in der Praxis dazu, daß die im Agrarreformgesetz formulierten Bedingungen für die „Eigentumsgarantie“ kaum eine Rolle mehr spielten.

„Zunächst wurden Investitionsmüdigkeit und Dekapitalisierungsmanöver als Beihilfe zur Aggression gegen Nicaragua interpretiert; aber dann trat die Überlegung in den Vordergrund, daß es notwendig oder jedenfalls empfehlenswert sei, diese Sektoren — und sei es auch nur passiv — auf der Seite Nicaraguas zu halten und sie nicht den Kräften der Konterrevolution oder den USA zu überlassen. In dem Maße, in dem der Krieg der Konterrevolution und die Drohungen direkter nordamerikanischer Intervention sich verschärften, begannen die Wirtschaftsmaßnahmen, die sich an die Unternehmerschaft

— ganz besonders an die Agroexporteure — richteten, sich objektiv in wirtschaftliche Anreize für politisches Verhalten zu verwandeln, anstatt auf das Investitionsverhalten zu zielen (...) Das heißt, diese Etappe steht zunehmend unter politischen Vorzeichen. Die Einheit wird von einem politisch-ideologischen, nicht von einem Klassengesichtspunkt zusammengehalten.“ (12)

Dieser Ansatz, politisches Verhalten der Agrarbourgeoisie zu kaufen geht allerdings eindeutig zu Lasten der nicaraguanischen Werktätigen. Die Kosten der „nationalen Einheit“ sind hoch, zu hoch:

- Devisen für die Agrarbourgeoisie bei gleichzeitiger Streichung der Subventionen für Grundnahrungsmittel
- Steuererleichterungen und Subventionen für die Bourgeoisie bei gleichzeitigem Einfrieren der Sozialausgaben

- Politische Erpreßbarkeit durch die Bourgeoisie, während gleichzeitig durch den Ausnahmezustand die politischen Kampfformen der Werktätigen wie Streiks, Demonstrationen, Versammlungen etc. verboten werden können.

Noch immer ist der Bedarf an Land gewaltig: Nicht nur müssen Flüchtlinge umgesiedelt werden, es gibt auch gerade in den landwirtschaftlichen Kerngebieten Zigttausende landloser Bauern.

Wessen Land ist das Land? Angesichts der Verschärfung der Contra-Aggression verbunden mit dem finanziellen und wirtschaftlichen Boykott durch den US-Imperialismus und den verheerenden Folgen für die nicaraguanische Wirtschaft muß die nicaraguanische Regierung eindeutig Stellung beziehen. **Das Land denen, die es bebauen und die heute die Revolution verteidigen.** Nicht nationale Einheit um jeden Preis, sondern Umsetzung des im Befreiungskampf postulierten Anspruchs, die Interessen der nicaraguanischen Werktätigen zu vertreten und den revolutionären Prozeß zu vertiefen. Mehr denn je ist die nicaraguanische Revolution in Gefahr — nicht nur durch die Bedrohung von außen!

Anmerkungen:

- (1) B. Graul, Das Land denen, die es bebauen — Agrarreform in Nicaragua. Weltkreisverlag, S. 38
- (2) siehe ebenda, S. 44
- (3) J. Collins u.a., Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution geändert?, Edition Nahua, S. 26
- (4) ebenda, S. 28
- (5) ebenda, S. 33
- (6) ebenda, S. 69
- (7) ebenda, S. 70
- (8) Zahlen aus J. Collins, a.a.O., S. 76
- (9) Zahlen aus J. Collins, a.a.O., S. 119
- (10) ebenda, S. 121
- (11) Zahlen aus: Neue Enteignungen — neue Landverteilung, in: Mittelamerika-Magazin Nr. 30, Juli 1983, S. 21
- (12) Carlos Vilas, Die Strategie der nationalen Einheit in: Frankfurter Rundschau vom 4.9.1985

„zum thema“, die Beilage im „Roten Morgen“ — Zeitung der KPD.

Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellingshofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Die Zeitung „Roter Morgen“ erscheint 14täglich zum Einzelpreis von 1,50

Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

Ich bin interessiert an:

- ☐ einer Probenummer der Zeitung „Roter Morgen“
- ☐ weiteren Materialien der KPD
- ☐ ich möchte Mitglied der KPD werden

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ab: Nr.

- ☐ jährlich 40 DM
- ☐ halbjährlich 20 DM
- ☐ Ich lege Post-/Bank-scheck bei über DM

☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen

- ☐ Ich bitte um Vorausrechnung
- ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name

Vorname

Straße:

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Sparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Wahlkampf, Blümscher Art

von HELMUT WEISS

In der vorletzten Woche legte Norbert Blüm einen „Sozialbericht 86“ der Bundesregierung vor. Bereits die Tatsache, daß ein solcher Bericht zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht wird, macht deutlich, daß es sich dabei um eine Wahlkampf-taktik handelt. Keinen anderen Grund kann es für diese Veröffentlichung geben als den Versuch, sich gegen die wachsende Kritik am Kurs des Sozialabbaus zur Wehr zu setzen. Entsprechendes ist auch aus dem Inhalt ersichtlich.

Neues steht in diesem Bericht kein Wort. Vergleicht man die da getroffenen Aussagen mit den Ausführungen Blüms und seiner Ministerialen in der vergangenen Haushaltsdebatte, so steht fest, daß es sich lediglich um ein werbewirksames Aufwärmen der damaligen Behauptungen handelt.

Vor allem werden drei Behauptungen aufgestellt, deren Richtigkeit mit einem Zahlenschwall bewiesen werden soll. Blüm behauptet:

1. Die Zeit des Sozialabbaus sei endgültig vorbei, die Konsolidierung sei zur Erhaltung der sozialen Sicherungssysteme nötig gewesen, jetzt könne wieder aktiv Sozialpolitik gemacht werden.

2. Seine Gesamtbilanz sei positiv und keine Abbaubilanz, da die Ausgaben gegenüber 1982 eindeutig gestiegen seien.

3. Insbesondere die Rentenversicherung sei langfristig konsolidiert. In der Tat: Bereits bei der letzten Haushaltsdebatte war klar geworden, daß keine neuen spektakulären Eingriffe geplant werden. Das ist Ergebnis der konservativen Politik, die sich nicht auf große Kürzungen beschränkte, sondern Eingriffe unternahm, die systematische Veränderung bedeuteten, die ständig weiterwirken. Die Zahlenbilanz mit den Mehrausgaben ist auf verschiedenste Weise mehr als fragwürdig. Da werden nicht nur 175 Mrd DM Kürzungen kurzerhand „vergessen“, da wird auch überspielt, daß die Steigerungsraten im Vergleich zu anderen Ressorts negativ ist, daß die Zahl der betroffenen Menschen höher gestiegen ist als die Ausgaben und daß die Beiträge der Versicherten beispielsweise stark angestiegen sind. Und bei der Rentenversicherung schließlich unterschlägt der Minister einfach die Empfehlungen des Beirats, der klargemacht hatte, daß eine Sicherung der Rentengelder zwar möglich sei — unter anderem aber durch eine Erhöhung des Renteneintrittsalters ...

Im folgenden dokumentieren wir einen Auszug aus dem „Memorandum 86“ (Pahl-Rugenstein, priv 386), der sich mit einem Aspekt der Sozialpolitik à la Blüm befaßt — das systematische Ausweiten marktwirtschaftlicher Bedingungen in diesem Bereich. Dabei handelt es sich um eine der wichtigsten Konsequenzen, die sich aus der langfristig angelegten Kampagne der Unternehmer und ihrer konservativen Interessenvertreter zum Abbau der sozialen Sicherungssysteme ergeben. Wie an anderen Fragen auch, konnte hier nahtlos an die Schmidt-Politik angeknüpft werden.

und immer noch vorwiegende Form ist die kollektive Finanzierung privater Angebote, wie im Gesundheitswesen. Hier ist — insbesondere auf kommunaler Ebene — ein starker Schub der (Teil-)Privatisierung von öffentlichen Krankenhäusern zu beobachten. Drittens

(in Heimen und ambulant) entsprochen, noch reichen die Sozialrenten (vor allem nicht bei den Hinterbliebenen) aus, um die bestehenden teuren und privaten Einrichtungen individuell zu finanzieren. So wurde das Angebot an Pflege für alte Menschen zum Eldorado für



Politik die sich selbst als »Kostendämpfungspolitik« bezeichnet. Dabei wurde weder am Krankheitsgeschehen noch an den kostentreibenden Anbieterstrukturen angesetzt. Aber auch nach den selbstgesteckten Zielen muß diese Politik als völlig gescheitert angesehen werden. Konsequenzen hatte die eingeschlagene »Strategie des geringsten Widerstandes« allerdings für die Schwächsten des Systems: Die Patienten werden weiterhin nicht auf dem wissenschaftlich und ökonomisch möglichen Niveau behandelt und gepflegt, stattdessen jedoch zusätzlich mit Selbstbeteiligungen belastet. Die Versicherten haben immer noch steigende Beiträge zu zahlen, und die Arbeitnehmer in den Institutionen des Gesundheitswesens sind von Intensivierungen, Statusverschlechterungen und einer Privatisierungswelle im Krankenhausbereich betroffen.

Die öffentlichen Krankenhäuser sind die einzige nennenswerte nicht private Institution im Gesundheitswesen. Sie sind verstärkt Teilprivatisierungen nach dem »Rosinenprinzip« ausgesetzt. Zunächst hatte

Mehr Markt in der Sozialpolitik

Sozialbericht 86

Umverteilungen von den Lohn- zu den Gewinneinkommen und die Instrumentalisierung sozialpolitischer Maßnahmen zur sozialen Disziplinierung (z.B. § 116 AFG) werden mit dem Blick auf die gesetzgeberischen Aktivitäten der Bundesregierung nur teilweise erfaßt. Zwar bedarf die Durchsetzung sozialer Interessen, gegenüber denen die Marktprozesse blind sind, immer des Mediums der »Politik«, während sich Kapitalinteressen weitgehend gerade mittels des Marktes durchsetzen. Jedoch trägt staatliche Politik bereits auch dann zum Abbau sozialer Sicherheit bei, wenn sie es unterläßt, aktiv dafür in die Marktprozesse zu intervenieren und deren Vordringen in bislang sozialstaatliche Regelungsbereiche einzudämmen.

Die Vermarktung der Sozialpolitik ist ein schleichender Vorgang: durch die Individualisierung sozialer Risiken entsteht die Nachfrage und durch (Teil-)Privatisierung das Angebot für neue bzw. expandierende Märkte der profitablen Verwertung von Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit oder auch von allgemeiner sozialer Existenzunsicherheit. Diese Vermarktung ist sowohl eine Ent-Solidarisierung als auch eine Ent-Demokratisierung der Gesellschaft, denn es wird die Möglichkeit sozialer Gestaltung geopfert zugunsten des marktwirtschaftlichen Ausschlußprinzips der kaufkräftigen Nachfrage und des inhaltlichen Gestaltungsprivilegs privatwirtschaftlicher Eigentümer. Nur der besser verdienende Teil der Bevölkerung kann überhaupt an den Märkten »privater Eigenvorsorge« teilnehmen. Ein anderer Teil wird auf das staatliche Sicherungssystem angewiesen bleiben. Dieses aber wird im Zuge seiner weiteren Auszehrung mehr und mehr die Züge einer »Grundversorgung« auf Mindestniveau annehmen, die nicht nur knapp, sondern auch unwürdig und disziplinierend ist.

Die Vermarktung und Privatisierung nimmt vor allem drei Formen an, die sich ergänzen: zum einen werden Dienstleistungen und Waren (z.B. Pflege, Arzneimittel) ganz oder teilweise individueller Bezahlung überantwortet. Die zweite

dringen die privaten Versicherungsgesellschaften zu Lasten der Sozialversicherungen vor. Zu diesen drei Formen einige Beispiele:

Die Erhöhungen der Selbstbeteiligung bei Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln, Krankenhausaufenthalten und Kuren sowie die Herausnahme sog. »Bagatell-Arzneimittel« aus den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung (vgl. dazu die Memoranden seit 1981) wurden mit dem Argument der »Kostendämpfung« legitimiert. Daran gemessen waren sie ein völliger Fehlschlag. Erfolgreich jedoch waren solche Maßnahmen im Hinblick auf die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der privaten Krankenversicherungen. Als Folge davon haben diese nicht nur im Geschäft mit Zusatzversicherungen, sondern auch mit Vollversicherungen gegen Krankheitskosten einen beachtlichen Aufschwung zu verzeichnen. Da sich natürlich nur die »guten Risiken« privat versichern und aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausscheiden, während beispielsweise kinderreiche Arbeitnehmer mit vergleichsweise hohen Risiken auch bei Überschreiten der Pflichtversicherungsgrenze freiwillig in den gesetzlichen Krankenkassen bleiben, sinkt damit die Möglichkeit des Solidarausgleichs innerhalb der Sozialversicherung. Dadurch steigen deren Beiträge weiter, was die Privatversicherungen wiederum noch attraktiver macht. In Zukunft sind solche, sich aufschaukelnde lautlose Privatisierungen verstärkt auch für den Bereich der Alterssicherung absehbar.

Ein anderes Beispiel für Vermarktung, die durch staatliche Unterlassungen in Gang gesetzt wurde, ist der Pflegefall. Das betrifft vor allem ältere Menschen, deren individuelle Selbsthilfefähigkeit durch die Entwicklung zur Zwei-Generationen-Kleinfamilie, der regionalen Mobilität usw. in den letzten Jahrzehnten gemindert wurde, und die darum sozialer Absicherung bedürfen. Alle Regierungen haben hier versagt. Weder wurde dieser frühzeitig sichtbare Notwendigkeit durch den Ausbau öffentlicher menschenwürdiger und preisgünstiger Pflegeeinrichtungen

private Kapitalanleger und für subventionsschluckende »frei-gemeinnützige« Trägerbürokratien.

Die Nichtanpassung staatlicher Sozialpolitik an den objektiv gestiegenen Bedarf sichert nun die Nachfrage für private Versicherungsmärkte, derer sich bereits die Kranken- und Lebensversicherungsbranchen annimmt. Da die Kalkulation der Prämien recht ungünstig ist, wird schon jetzt nach steuerlicher Bevorzugung gerufen. (Wer die aktive Präsenz der Versicherungskonzerne in Bonn und deren pekuniäre Pflege des politischen Klimas erkennt, wird am Erfolg kaum zweifeln.)

Steuervergünstigungen begünstigen aber die einkommensstarken Schichten noch mehr, ohne die anderen vor dem Sozialamt zu schützen. Eine öffentliche Pflichtversicherung für den Pflegefall ist unter den diskutierten Alternativen das kleinste Übel. Um sie zur guten Lösung werden zu lassen, müssen Bund, Länder und Gemeinden dringend die Erweiterung und Verbesserung des Angebots an allen Formen der Pflege investieren. Geschieht das nicht umgehend, dann wird auch eine Pflichtversicherung nur das beitragsfinanzierte System zur Bezahlung privater Höchstpreise bei minimalen sozialen Gestaltungsmöglichkeiten sein.

Wer diesen Einwand bezweifelt, möge sich dem Gesundheitswesen und den gesetzlichen Krankenversicherungen zuwenden, dem monströsen Beispiel eines solidarfinanzierten und privatwirtschaftlich ausgenutzten Selbstbedienungsladens. Dieser hat sich seit Jahrzehnten gegenüber jedem reformpolitischen Gestaltungsversuch als unzugänglich erwiesen und sollte demzufolge sowohl von seiner Qualität als auch seiner Kostenentwicklung her als Beispiel abschreckend genug sein.

Seit nun über zehn Jahren betreibt eine Art von »großer Koalition« aus allen bisherigen Regierungsparteien und aus den Tarifpartnern (in ihrer Eigenschaft als Träger der Selbstverwaltungen der Krankenkassen) in Partnerschaft mit den Ärzteverbänden und der pharmazeutischen Industrie eine

»das anlagesuchende mittelständige Kapital — bei ideologischem Flankenschutz dieser »großen Koalition« — der nicht-medizinischen Teile angenommen: bei Reinigung, Wäscherei, Näherei usw. konnten allein schon dadurch Gewinnspannen erzielt werden, daß die nun privaten Arbeitgeber alle Möglichkeiten des Frauen-Arbeitsmarktes (Teilzeitbeschäftigung, Niedriglöhne usw.) gewinnbringend ausschöpfen können. Gegenwärtig wendet sich die unternehmerische Initiative verstärkt der Verwertung profitabler medizinischer Teilbereiche in den Krankenhäusern (die ausgelagert werden) oder auch schon ganzen Einrichtungen zu. Vornehmlich handelt es sich um standardisierbare und hochtechnisierte Bereiche wie Kliniklabors, Dialysestationen; oder bestimmte chirurgische Eingriffe werden in Praxiskliniken ausgelagert. Die teure Vorhaltung von Notfall- und Risikoreserven wird eingespart, da diese weiterhin von den öffentlichen Krankenhäusern getragen wird und deren Kosten stark erhöht. Auch »frei-gemeinnützige« — meist kirchliche — Träger bemühen sich mit christdemokratischer Hilfe, kostengünstige Teile aus dem Bereich der kommunalen Krankenhäuser herauszulösen (Beispiel die Vorgänge in West-Berlin). Auch in diesem Bereich werden also schwer umkehrbare und fast lautlose Privatisierungsmechanismen in Gang gesetzt: Die Pflegesätze basieren auf Durchschnittskosten. Je mehr nun unterdurchschnittlich teure Teile in Gewinnunternehmen oder »frei-gemeinnützige« Träger überführt werden, desto höher wird der Pflegesatz im verbliebenen kommunalen Bereich. Das dient wiederum der Legitimation für weitere Umdrehungen der Privatisierungsschraube. Zwar ist es nicht so, daß die öffentlichen Krankenhäuser in jedem Falle eine patientengerechtere Versorgung garantieren oder früher garantiert hätten. Mit jeder Teil- oder Vollprivatisierung aber geht die Möglichkeit verloren, diesen wichtigen Lebensbereich der Gesellschaft nach anderen als gewinnwirtschaftlichen Prinzipien zu gestalten und zu regulieren.

Argumente für einen Volksentscheid gegen Atomanlagen

von JÜRGEN TOBEGEN

Im RM Nr. 14 veröffentlichen wir den bundesweiten Aufruf für einen Volksentscheid gegen Atomanlagen. Ziel dieser Initiative ist es, ein „Bundesabstimmungs-gesetz“ gemäß Artikel 20 Grundgesetz im Bundestag durchzusetzen, das einen Volksentscheid bei 1 Million Unterschriften zuläßt. Der erste Volksentscheid soll dann der Abschaltung aller Atomanlagen dienen.

Das Bonner Büro für den Volksentscheid hat inzwischen 300000 Unterschriftenlisten bundesweit vertrieben und bislang ca. 80000 Unterschriften zurückbekommen. Große Resonanz findet diese Initiative vor allem bei den Bürgerinitiativen, die nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl entstanden sind. In dem bundesweit mit einer Auflage von 500000 Exemplaren vertriebenen Flugblatt „Strom ohne Atom“ (Herausgeber u. a.: Aktion Sühnezeichen, BBU, BUND, Frauen für den Frieden, Katholische Landjugend, Öko-Institut) wird diese Initiative unterstützt. Wie auf der Boko der AKW-Gegner zu erfahren war, diskutieren inzwischen verschiedene lokale und regionale Ebenen der IG Metall über eine Unterstützung der Volksentscheid-Kampagne. — Daraus wird deutlich, daß der Volksentscheid geeignet ist, die Bewegung für einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie politisch zu verbreitern. Doch das ist nur eine Seite dieser Kampagne. Die begonnene Diskussion über den Volksentscheid macht deutlich, daß immer mehr Menschen den im Parlament vertretenen Parteien das Recht absprechen, in sogenannten Überlebensfragen über ihre Köpfe hinweg zu entscheiden. Sie verlangen in diesen Fragen die Gesetzgebung durch das Volk, die

Durchsetzung direkter Demokratie

Bei der Landtagswahl in Niedersachsen stimmten 50 Prozent für die CDU und FDP, obwohl zuvor 80 Prozent der Wahlberechtigten in Meinungsumfragen sich gegen die Kernenergie aussprachen. Von der letzten Bundestagswahl ist noch gut in Erinnerung geblieben, daß die Wendeparteien ebenfalls mehrheitlich gewählt wurden, obwohl zuvor über 70 Prozent der Bevölkerung die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ablehnten.

Lukas Beckmann, Mitglied des Grünen Bundesvorstandes, hatte daher völlig Recht, als er nach der Niedersachsenwahl in der Bonner Fernseh-Runde darauf verwies, daß in der Bundesrepublik die Möglichkeit von Volksabstimmungen über alle wichtigen Fragen fehle. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß sich Wähler und Wählerinnen bei der Wahl jeweils für ein Gesamtpaket einer Partei entscheiden müssen und keinerlei Möglichkeiten haben, in einzelne Entscheidungen korrigierend einzugreifen.

In der Geschichte der BRD versuchten außerparlamentarische Bewegungen seit den 50er Jahren Entscheidungen der Parlamente zu verhindern. Die Anti-Atomtod-Bewegung, die Frauen-, Dritte-Welt- und Friedensbewegung der 70er und 80er Jahre, der DGB mit der Mobilisierung von Millionen Menschen gegen die Änderung des § 116 AFG. Alle diese Bewegungen endeten mit einer Niederlage. Denn die grundsätzliche Haltung aller bisherigen Regierungen war immer klar: **Ihr protestiert und demonstriert — wir entscheiden!**

In vielen Fällen war dies eine eindeutige Verhöhnung des Mehrheitswillens. In den 50er Jahren war die Mehrheit der Bundesdeutschen für die militärische Neutralität der BRD. Eine sehr große Mehrheit sprach sich gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die Stationierung atomarer Waffen anderer Länder auf bundesdeutschem Boden aus. Der Stationierungsbeschluß wurde mehrheitlich abgelehnt, genauso wie die Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm, genauso wie die Änderung des § 116 AFG. Heute gibt es eine eindeutige Mehrheit für den Ausstieg aus der Kernenergie.

Volksentscheid heißt direkte Gesetzgebung. Er ist ein Element direkter Demokratie, ausgeübt durch die Mehrheit. Wer dagegen ist, daß die Mehrheit des Volkes entscheidet, muß sagen, wer denn anstelle der Mehrheit entscheiden soll. Für die Herrschenden ist die Antwort auf diese Frage klar: sie selbst treffen die Entscheidungen. Wie anders als mit einem ausdrücklichen Votum der Mehrheit des Volkes können wir dem Machtmonopol der Herrschenden ernsthaft entgegentreten?

Volksentscheid contra Grundgesetz?

Die Initiative Volksentscheid beruft sich auf den Artikel 20 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ Die Initiative verlangt keine Änderung des Grundgesetzes, sondern ein Ausführungsgesetz zu diesem Artikel. Ein „Bundesabstimmungs-

Aber dann kommt die Todesstrafe ...

„Bei insgesamt ca. 100 Volksentscheiden auf internationaler Ebene wurde bisher nicht einmal die Todesstrafe entschieden. Ebenso wenig wurde eine Diktatur durch das Volk selbst beschlossen. Dies gilt auch für die Nationalsozialisten, die mit keinem einzigen Volksentscheid in der Weimarer Republik Erfolg hatten und vielmehr mit Hilfe des parlamentarischen Systems an die Macht kamen. Haben wir denn bei allem, was wir erleben, bei Umweltvergiftungen und Atomprogramm (...) tatsächlich mehr Vertrauen in die Regierungen als in das Bewußtsein der Bevölkerung?“

Aus: „Manifest für direkte Demokratie“, verabschiedet auf dem Offenbacher Parteitag der Grünen 1985

gesetz“ genauso wie es ein Bundeswahlgesetz gibt, das die Ausführung des Artikel 20 im Punkt Wahlen regelt.

Sie kann sich mit dieser Rechtsauffassung auf verschiedene Verfassungsrechtler stützen, die ebenfalls argumentieren, daß das Grundgesetz neben der repräsentativen Demokratie ausdrücklich Elemente der direkten Demokratie vorsieht. Diese Verfassungsrechtler berufen sich auf die Tagungen und Debatten des Parlamentarischen Rates, der 1948/49 das Grundgesetz erarbeitete. In der Sitzung vom 14.10.48 erklärte unter anderem der Ausschußvorsitzende Dr. v. Mangoldt (CDU) zum Artikel 20: „In diesen Organen wird das Volk handelnd tätig. Man darf aber nicht sagen, nur in diesen Organen; dann wäre die Volksabstimmung ausgeschlossen.“ Carlo Schmid (SPD) fügte hinzu: „Wir wollen kein Monopol für die repräsentative Demokratie“. Dr. Heinrich Brentano (CDU) beantragte dann in einer Sitzung am 6.5.49 die Änderung des Artikels 20. Er wollte die Formulierung: „Das Volk ist Träger der Staatsgewalt. Das Volk übt die Staatsgewalt durch Wahlen und durch besondere Organe aus.“ — Das Wort „Abstimmungen“ ist also gestrichen — Der stenografische Bericht dieser Sitzung hält fest: der Präsident sagt: „Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Dr. v. Brentano. Ich bitte diejenigen, die für diesen Antrag sind, eine Hand zu erheben — Diejenigen die dagegen sind — Der Antrag ist abgelehnt.“

Zwar lehnten die Verfassungsgeber die konkrete Regelung der Volksgesetzgebung (Vorschläge von der KPD und der Zentrums-Partei) zu diesem Zeitpunkt ab, nahmen aber grundsätzlich das Prinzip der Volksabstimmungen im Artikel 20 auf.

Die vorherrschende Rechtsauffassung interpretiert das Grundgesetz freilich anders. Sie stützt sich auf Theodor Heuss, der in einer Rede des Parlamentarischen Rates erklärte: „Der seelische Zustand der Dinge bei der amorphen Situation des nationalen Bewußtseins“ so kurz nach Ende der Hitler-Diktatur

läßt es geboten erscheinen, zunächst in dem noch so ungesicherten Staat „bindende Verantwortung in der Volksvertretung zu sichern.“ Nach Auffassung der herrschenden Rechtsmeinung bezieht sich das Wort „Abstimmungen“ in Artikel 20 lediglich auf den in Artikel 29 behandelten speziellen Fall, der Volksbegehren, Volksentscheid für den Fall der Neugliederungen von Bundesländern vorsieht.

Es ist richtig, in der Kampagne Volksentscheid gegen Atomanlagen diesen Widerspruch in der Verfassungsauslegung zu nutzen. Doch der juristische Spielraum sollte nicht zu groß veranschlagt werden. Was Recht ist, ist letztlich keine Frage der richtigen Interpretation der stenografischen Protokolle des Parlamentarischen Rates, sondern eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Nichts hat dies in den letzten Jahren deutlicher demonstriert als das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung '83, wo mit dem Verweis auf die Wahrung des sozialen Friedens die damals vorgesehene Aushorchung in dieser Form erst mal zurückgezogen wurde.

Eine glaubwürdige Volksentscheidskampagne muß von dem unbedingten Willen zum Erfolg getragen sein. Sie muß sich das Ziel setzen, die Mehrheit der Bevölkerung für den Volksentscheid zu gewinnen, um so gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu schaffen, die eine Rechtsauffassung pro Volksentscheid durchsetzen.

Volksbefragung ist kein Volksentscheid

1982 tauchte der Begriff „Volksbefragung“ im Zusammenhang mit der Raketenstationierung auf. Die Friedensbewegung war damals, gestützt auf die Aussage des Bundesverfassungsrichters Simon davon überzeugt, daß eine Volksbefragung bzw. konsultative Volksbefragung (rechtlich nicht bindend) eher durchsetzbar sei als die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene. Man war der Meinung, daß für die geforderte konsultative Volksbefra-

gung nur eine einfache Mehrheit im Bundestag nötig ist, während die Einführung von Volksbegehren/Volksentscheid eine verfassungsändernde 2/3 Mehrheit erfordere. Diese Forderung war allerdings nicht neu. Schon 1958 stellte die damalige Oppositionspartei SPD den Antrag, eine konsultative Volksbefragung zum Thema „atomare Aufrüstung der Bundeswehr“ durchzuführen (Anti-Atomtod-Bewegung).

Die damalige Debatte im Bundestag zeigt sehr deutlich die Widersprüchlichkeit dieser Forderung. Wir zitieren Barzel, keineswegs ein Befürworter von Volksentscheiden: „Unser Volk ist nach Artikel 20 Abs. 1 des Grundgesetzes der Souverän. Es ist eine undemokratische Zumutung amtlich das ganze Volk zu einer unverbindlichen Meinungsäußerung aufzurufen. Wenn sich der Souverän äußert, dann entscheidet er auch. (...) Der Entwurf der SPD ist also verfassungswidrig. Er könnte nach geltendem Verfassungsrecht nur angenommen werden, wenn zuvor das Grundgesetz entsprechend geändert bzw. ergänzt würde. Aber einen solchen Antrag haben Sie nicht vorgelegt. Wir sind nicht bereit, die Volksbefragung als neues Rechtsinstitut in unser Grundgesetz aufzunehmen, weil rechtsstaatliche, mittelbare Demokratie und unverbindliche Volksbefragungen sich vertragen wie Feuer und Wasser.“ (Rede Barzel, S. 1426 f)

Die Forderung der Friedensbewegung 1982 war nur eine Wiederholung dieser Debatte. Die Argumente gegen die Einrichtung von Volksbefragungen gelten weiterhin. Volksbefragungen und Volksentscheidungen stehen sich im Prinzip gegenüber. Alle Macht bleibt beim Parlament, während das Volk nur unverbindlich befragt wird. Dafür gibt es heute bereits Meinungsumfragen.

Die breite Unterstützung der Kampagne für einen Volksentscheid ist notwendig. Nicht um durch eine erneute Unterschriftensammlung, vergleichbar mit dem Krefelder Appell, die mehrheitliche Ablehnung durch die Bevölkerung deutlich zu machen. Es geht bei dieser Kampagne darum, die zarten Risse im Massenkonsens dieser Gesellschaft in tiefere Gräben zu verwandeln. Die Durchsetzung von Elementen direkter Demokratie ist ein Weg zur Veränderung der Machtverhältnisse.

Anmerkungen: Wir werden uns in späteren Ausgaben des „Roten Morgen“ ausführlicher mit den einzelnen Bestimmungen auseinandersetzen, die der Vorschlag für ein „Bundesabstimmungsgesetz“ enthält. Wir wollen dann auch auf internationale Erfahrungen, z.B. in Spanien, mit Volksabstimmungen eingehen.

Erläuterungen: Volksbegehren — so wird die Initiierung eines Volksentscheides genannt. In NRW z.B. müssen zunächst 2,5 Millionen Menschen für einen Volksentscheid aussprechen, bevor es zum Volksentscheid kommt. Die Initiative Volksentscheid verlangt bundesweit nur 1 Million Unterschriften in einem Volksbegehren.

Volksbegehren — Gesetzgebung durch das Volk
Volksbefragung oder auch konsultative Volksbefragung — unverbindliche Befragung des Volkes wie bei Meinungsumfragen ohne bindende Wirkung durch das Parlament



Das Ergebnis der Niedersachsenwahl führt unter anderem zu der Schlußfolgerung, daß es ziemlich unwahrscheinlich ist, daß Johannes Rau sein erklärtes Wahlziel einer SPD-Alleinregierung erreichen kann. Also wird die Ablösung der konservativ-liberalen Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach, wenn überhaupt, nur-möglich sein durch eine „rot-grüne“ Mehrheit im neuen Bundestag. Diese Beurteilung der Lage ist in der Linken wohl auch nicht sonderlich umstritten.

Was aber folgt daraus? Muß die sozialistische Linke außerhalb von SPD und Grünen ihr Eingreifen in die Bundestagswahl ausrichten an der Losung „Für eine rot-grüne Mehrheit“ und entsprechend zur Wahl aufrufen? Auf dem Sonderparteitag unserer Partei wurde auch über diese Frage diskutiert. Sie wird diskutiert in der GIM oder in den Demokratischen Sozialisten. Unterschiedlich heftig und ausführlich dürfte diese Frage in allen linken Organisationen eine Rolle spielen.

In dem gemeinsamen Positionspapier der Zentralkomitees von GIM und KPD zur Bundestagswahl heißt es: „GIM und KPD bzw. die Vereinigte Organisation unterstützen den Kampf für die Beseitigung dieser Regierung und rufen unmißverständlich gegen die Wahl der Unionsparteien und der FDP auf.“ Ein solcher Wahlauftritt wird von den meisten Menschen sicher als Aufruf zur Wahl von SPD/GRÜNEN verstanden. Daß nicht direkt zur Wahl von SPD/GRÜNEN aufgerufen wird, erweckt bei vielen wohl den Eindruck politischer Inkonsistenz, vielleicht auch alberner Ziererei als Ausdruck eines politikunfähigen Beharrens auf einem abstrakten ideologischen Reinheitsgebot.

Wer regiert, ist nicht egal

Uns ist die Frage, wer in Bonn regiert, keineswegs egal. Im Gegenteil: Wir haben seit der Bonner Wende relativ massiv gegen Auffassungen innerhalb der revolutionären Linken polemisiert, die die weitreichende politische Bedeutung der Wende bestritten haben und bestreiten in dem Irrglauben, sich so von der Sozialdemokratie abgrenzen zu können. Wir haben versucht darzulegen, daß diese Methode der Abgrenzung von der SPD zur Abgrenzung von der realen Klassenkampftwicklung führt. Die beiden wichtigsten Bewegungen der Arbeiterklasse seit dem Regierungswechsel in Bonn, der Kampf für die 35-Stunden-Woche und gegen die reaktionäre Änderung des § 116 AFG, haben aus unserer Sicht diese Position bestätigt.

Auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl stellen wir fest: Uns ist keine Stellungnahme aus dem Unternehmerlager bekannt, die darauf schließen ließe, daß es ausschlaggebenden Kapitalkreisen egal ist, welche Regierung nach der Wahl 87 in Bonn möglich ist. Die Unternehmerorganisationen wollen gegenwärtig keine SPD-Regierung in Bonn, schon gar keine, die auf die Unterstützung durch die GRÜNEN angewiesen ist. Die finanzkapitalistischen Kreise wollen vielmehr die Fortsetzung der bisherigen Koalition und fordern die konsequenter Zuspitzung der auf die weitere Schwächung der Gewerkschaften und den Abbau des Sozialstaats zielenden Politik.

Bei der Bevorzugung der gegenwärtigen Regierung durch die Kapitalistenklasse geht es also nicht um Liebhaberei, sondern um wesentliche Elemente der kapitalistischen Strategie gegen die Ar-



Positiv für rot-grün?

Zur Auseinandersetzung um die Bundestagswahlen

von HORST DIETER KOCH

beiterbewegung und gegen andere gesellschaftliche Bewegungen, die sich ebenfalls gegen Wirtschafts- und Machtinteressen der Bourgeoisie richten.

Weil das so ist, kann die Frage des Wahlauftritts nur eingebettet in die allgemeinere Fragestellung diskutiert werden, was notwendig ist, damit die Arbeiterklasse dieser Strategie von Kapital und politischer Reaktion erfolgreich Widerstand leisten kann.

Zumindest unter revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten sollte unumstritten sein, daß die Entfaltung des Massenwiderstandes dafür die grundlegende Voraussetzung ist. Ohne Zweifel hat die Frage, welche Regierung in Bonn amtiert, großen Einfluß auf die politischen Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung und der anderen fortschrittlichen Bewegungen. Aber auch eine SPD-Regierung (mit oder ohne Beteiligung der GRÜNEN), die unter dem starken Druck der Unternehmerorganisationen stünde, den reaktionären Anforderungen an die staatliche Politik zu genügen, würde nicht die Massenbewegungen mobilisieren, um diesen Unternehmerdruck zu brechen. Umgekehrt wird — vielleicht — ein Schuh daraus: Allenfalls der Druck starker Massenbewegungen könnte eine SPD-geführte Regierung bewegen, wenigstens in bestimmten Bereichen und in bescheidenem Umfang dem Druck des Unternehmerlagers zu widerstehen.

Daraus folgt für uns, daß wir in die politischen Auseinandersetzungen um die Bundestagswahl so eingreifen müssen, daß wir einerseits zur Isolierung des Wendelagers beitragen, aber andererseits nicht Positionen im gegenüber der Wende oppositionellen Lager stärken, die sich politisch nach rechts bewegen wollen, weil sie sich davon ein besseres Wahlergebnis versprechen.

Wir müssen durch unsere Argumentation in der SPD, in den GRÜNEN, in den Gewerkschaften und anderen Massenbewegungen vor allem linke Positionen, also solche, die um die Ausweitung des Klassenkampfes bemüht sind, stärken.

Eine so verstandene Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und den Massenbewegungen ist Voraussetzung für die weitere Entfaltung des Massenwiderstandes. Übrigens auch Voraussetzung für eine qualitative Einflußsteigerung des revolutionären Sozialismus. Wir glauben nicht, daß der Aufruf „Für eine rot-grüne Mehrheit“ und die zu ihrer Begründung vorgelegte Argumentation im Sinne der Stärkung linker Positionen wirkt. Anhand der Diskussion in den GRÜNEN und in der SPD wollen wir das verdeutlichen!

Die GRÜNEN in die Verantwortung zwingen?

Für die Diskussion in den GRÜNEN ergibt sich aus dem Aufruf „Für eine rot-grüne Mehrheit“, daß man sich in die laufende grüne innerparteiliche Auseinandersetzung einmischt zugunsten der Kräfte, die eine Koalition mit der SPD oder die Tolerierung einer SPD-Regierung durch die GRÜNEN wollen. Der Unterschied zwischen Koalition und Tolerierung scheint uns dabei, auch wenn darüber derzeit Grundsatzpapiere verfaßt werden, keineswegs grundsätzlicher Natur zu sein.

Grundsätzlich ist die Frage, ob die GRÜNEN, wenn auch mit Bauchschmerzen, Vorbehalten und Einschränkungen sich überhaupt für eine Regierung auf kapitalistischen Grundlagen (eine andere Regierung ist nun wirklich nicht in

Sicht) in die Pflicht nehmen lassen. Revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten können das nicht ernsthaft wollen.

Wenn in den GRÜNEN eine Auseinandersetzung darüber läuft, ob man in grundsätzlicher Opposition zum kapitalistischen System und zur bürgerlichen Politik steht oder ob man künftig nur doch die Politik macht, die auf der Grundlage kapitalistischer Wirtschaft und im politischen Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus möglich ist, wäre es geradezu zynisch, letztere Position mit der Behauptung zu unterstützen, die durch die politische Niederlage der antikapitalistischen Kräfte in den GRÜNEN ermöglichte SPD-Regierung würde die politischen Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung günstig beeinflussen.

Wenn die GRÜNEN erst einmal ihren antikapitalistischen Flügel überwältigt haben, werden sie zum bloßen Wurmfortsatz der SPD; denn dann können sie ihre Politik nur noch im parlamentarischen Rahmen begründen. Letztlich würde damit auch der Druck nachlassen, der von den GRÜNEN auf die SPD ausgeht und linken Positionen in der SPD einen gewissen Handlungsspielraum verschafft.

Revolutionäre Sozialisten, die sich in Debatten über parlamentarische Koalitionen ergehen und darüber „vergessen“, daß die Frage, ob das Interesse der Arbeiterklasse an Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung künftig wirkungsvoller zur Geltung gebracht werden kann, natürlich davon abhängt, ob die antikapitalistische Opposition in der Gesellschaft erstarkt, begeben sich auf die Ebene von Stammtischpolitik.

Verfolgt Rau eine Niederlagenstrategie?

In der SPD scheinen die Fronten in der Diskussion anders zu verlaufen. Rau, als Exponent des rechten Parteiflügels, verfolgt die Strategie, die GRÜNEN unter die 5-Prozent-Marke zu drücken und lehnte jede Form der Zusammenarbeit mit dieser Partei ab. Andererseits sind es eher linke Sozialdemokraten, die eine Zusammenarbeit mit den GRÜNEN — auch auf der Ebene des Parlaments und gegebenenfalls der Regierung — fordern.

Die Frage ist nicht, ob die Linke den Kurs von Rau bekämpfen muß. Die Frage ist, wie die Strategie von Rau kritisiert werden kann. Im Zusammenhang mit der Hoffnung auf eine rot-grüne Mehrheit im Bundestag nimmt die Kritik von links an Raus Wahlkampfstrategie zunehmend eine aus unserer Sicht nicht besonders sinnvolle Richtung: die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit der SPD ist unrealistisch, Raus Strategie ist eine Niederlagenstrategie, die dazu führt, daß die jetzige Regierung nach der Bundestagswahl nicht abgelöst werden kann usw.

Daß die Linke im allgemeinen und die SPD-Linke im besonderen gut beraten sind, wenn sie in der Auseinandersetzung mit den Anhängern des Rau-Kurses die Frage der Wahlaussichten zum entscheidenden Kriterium machen, muß bezweifelt werden.

Wer die Behauptung aufstellt, der Rau-Kurs sei die Strategie der programmierten Niederlage, handelt sich das Problem ein, beweisen zu müssen, daß die Alternative, nämlich das eindeutige Eintreten für eine rot-grüne Regierungszusammenarbeit, den Wahlsieg verspricht.

Wir vermuten, daß die SPD-

Führung auf eine solche Auseinandersetzung nicht schlecht vorbereitet ist. Sie hat Millionen ausgegeben, um herauszufinden, wie groß das gesicherte Stammpotential der SPD ist und welche Wählerschichten von den Unionsparteien und der FDP gewonnen werden müssen, um überhaupt ein Wahlergebnis einige Prozentpunkte oberhalb der 40-Prozent-Marke zu bekommen, was die untere Grenze wäre, ab der sich rechnerisch eine rot-grüne Mehrheit ergeben könnte.

Nach der Niedersachsenwahl waren sich die Kommentatoren, GRÜNE eingeschlossen, darin einig, daß die Schlamm Schlacht der Union gegen das „rot-grüne Chaos“ Wirkung gezeigt hat. Die dem Rau-Kurs zugrundeliegende Einschätzung, daß eine unmißverständliche Absage an die GRÜNEN eine Voraussetzung ist, um ausreichend Wähler von den Unionsparteien und der FDP zur SPD hinzuzuziehen, wird, gelinde gesagt, schwer zu widerlegen sein.

Stets war es in der Nachkriegs-SPD so, daß die Rechte über die Linke gesiegt hat, indem sie die Mitte davon überzeugen konnte, daß die Position der Linken nicht mehrheits- und regierungsfähig war. Eine Auseinandersetzung darüber, ob die Position von Rau oder die Position „Für eine rot-grüne Mehrheit“ mit Blick auf das Wahlergebnis realistischer ist, wird den Linken in der SPD kaum besonders nützen.

Linke Positionen in der SPD können unserer Ansicht nach in der SPD nicht gestärkt werden, wenn die Linke außerhalb und innerhalb der SPD auch noch selbst dazu beiträgt, die Frage der Mehrheit bei der Bundestagswahl in einem halben Jahr zum alleinigen Orientierungspunkt zu machen.

Die Linke kann die Auseinandersetzung mit dem Rau-Kurs nur auf der politisch-inhaltlichen Ebene führen. Sie muß fordern, daß die SPD die Forderungen der Gewerkschaftsbewegung, der Friedensbewegung, der Anti-AKW-Bewegung usw. unterstützt und daß die SPD im Bündnis mit diesen Bewegungen für eine linke Mehrheit kämpft — auch wenn darüber eine Wahl verloren geht.

Dagegen ist die Losung „Für eine rot-grüne Mehrheit“ wenig geeignet, innerhalb des Oppositionslagers gegen die Wende linke, auf Ausweitung des Klassenkampfes bedachte Positionen zu stärken. Die Debatte in den GRÜNEN nach der Niedersachsenwahl, in der bevorzugt die angeblich zu linken Beschlüsse des Hannoveraner Parteitags für das Ausbleiben der rot-grünen Mehrheit verantwortlich gemacht wurden, spricht auch eher für die Richtigkeit dieser Annahme.

Wir sehen auch keinen Vorteil darin, eine Wahllosung zu wählen, die einen zwingt, gegen Kandidaturen links von SPD und GRÜNEN aktiv vorzugehen.

Die Alternative, sich auf einen negativen Wahlauftritt zu beschränken, ist ohne Zweifel Ausdruck des politischen Dilemmas der revolutionären Linken, daß sie gegenwärtig eine Kandidatur nicht leisten kann, die parlamentarische Wirksamkeit verspricht, und erst recht die Regierungsfrage nicht revolutionär aufwerfen kann. Aus dieser Schwäche wird uns kein Jonglieren mit wie auch immer gearteten Mehrheiten heraus helfen. Der negative Wahlauftritt bietet uns noch die größten Handlungsmöglichkeiten, einerseits unsektiererisch zur Frontbildung gegen die Reaktion beizutragen, andererseits für die Stärkung revolutionärer und sozialistischer Positionen einzutreten.

Für die Vereinigung von GIM und KPD — Mit klarer Mehrheit

Bericht von der NK der GIM

von HELMUT WEISS

Zwei Wochen nach dem Parteitag der KPD fand am Wochenende 28./29.6. in Frankfurt die Nationale Konferenz der GIM statt. Vor den gewählten 85 Delegierten stand im wesentlichen dieselbe Tagesordnung wie vor dem KPD-Parteitag: Die Diskussion der vier Dokumente, auf deren Basis die Vereinigung vollzogen werden wird (Programmmentwurf, Statut, Resolution zum Selbstverständnis und Vereinbarungen zur IV. Internationale) sowie die Debatte um das vorgelegte Dokument zu den kommenden Aufgaben der vereinigten Organisation und zur Bundestagswahl.

Die Entscheidungen für die Dokumente, für die Auflösung der GIM zugunsten einer vereinigten Organisation fielen mit klarer Mehrheit, wenn auch nicht so eindeutig wie auf dem KPD-Parteitag. Die breiteste Zustimmung der NK fand der Programmmentwurf, für den 68 der 80 an der Abstimmung teilnehmenden Delegierten stimmten. Gegen diesen Entwurf stimmten im wesentlichen größere Teile der Delegierten der Fraktion in der GIM, die sich vor allem aus Mitgliedern der früheren Tendenz 3 zusammensetzte. Für diese Genossinnen und Genossen, unter ihnen ein Großteil der früheren Leitung, die die Gespräche mit der KPD aufgenommen hatte, war der Programmmentwurf nicht viel mehr als eine Sammlung von Allgemeinplätzen — jedenfalls in ihrer vorgetragenen Argumentation. Dabei sind zwei Dinge anzumerken. Erstens enthält der Programmmentwurf im Gegensatz zu dieser Behauptung sowohl eine konkrete Einschätzung der Lage als auch eine Richtung des Handelns für die vereinigte Organisation an, nur: Es ist eben eine andere Richtung, als es die Mitglieder dieser Fraktion wollten. Ihre These lautete, jeglicher revolutionäre Parteaufbau müsse heute über die Grüne Partei gehen, die es vor allem aufzubauen gelte, in der es einen ökosozialistischen Flügel neu zu etablieren gelte — als direkte Alternative zum Aufbau einer selbständigen revolutionär-sozialistischen Partei. Zweitens machten verschiedene Beiträge von Mitgliedern dieser Fraktion, die der früheren Leitung angehört hatten, klar, welche taktischen Überlegungen sie angestellt hatten. Vor allem ein Genosse unterstrich dies in seinem Beitrag in aller Deutlichkeit, als er sagte, sie wären bereit gewesen, den Programmmentwurf zu akzeptieren, wenn dazu ein Perspektivenpapier die Arbeit der vereinigten Organisation ausgerichtet hätte. Mit anderen Worten: Es ging ihnen darum, die Bedeutung dieses Programmmentwurfs möglichst gering zu halten, deshalb waren sie da auch kompromissbereit — mit der Aus-

sicht, die eigenen Auffassungen dann qua Perspektivenpapier durchzusetzen. Diese Vorstellung scheiterte bereits auf der letzten NK — am Willen der übergroßen Mehrheit der GIM-Mitglieder zur Einheit.

Kritiken am Programmmentwurf gab es auch von Seiten einzelner Genossinnen und Genossen, denen in diesem Dokument zu wenig die klassischen trotzkistischen Positionen vertreten waren. Wie auch vom KPD-Parteitag her wird sich der kommende Vereinigungsparteitag auch von Seiten der GIM-NK mit verschiedenen Detailanträgen zum Programmmentwurf zu befassen haben.

In dieser Debatte um den Programmmentwurf verteidigte die Delegation der KPD auf dieser NK nachdrücklich den Entwurf als ein Dokument, das nicht nur Grundlage einer revolutionären Politik ist, sondern auch eine Anleitung zum Handeln in der BRD der 80er Jahre. Dabei wurde auch der von Vertretern der Fraktion stereotyp vorgebrachte Punkt, die Führung der KPD habe die neue Führung der GIM „über den Tisch gezogen“ ausdrücklich zurückgewiesen und betont, daß in der Verhandlungsdelegation beider Seiten stets nur um eine Sache gekämpft worden sei: Um einen korrekten Weg zur Einheit beider Organisationen.

Der Verlauf der Auseinandersetzungen um die anderen Grundlegendendokumente der Vereinigung von KPD und GIM war im wesentlichen ähnlich dieser Debatte um den Programmmentwurf — wobei der Grad der Zustimmung zu den drei anderen Dokumenten unter dem des Programmmentwurfs lag, weil an diesen Fragen einerseits auch einige wenige Genossinnen und Genossen von ganz anderen Grundhaltungen aus als die Mitglieder der Fraktion sich gegen die Dokumente wandten, bzw. sich der Stimme enthielten, andererseits eben auch Veränderungen gegenüber bisherigen GIM-Positionen Unklarheiten erzeugten.

In der Diskussion um das Statut wurde dies deutlich an Debatten um Betriebszellen und Ortsgruppen als Grundeinheiten, aber auch — und erst recht um die „Kaderfrage“. Ähnlich wie auf dem KPD-Parteitag gab es auch hier verschiedene Genossinnen und Genossen, die durch Festschreibung konkreter persönlicher Verhaltensweisen erneut — faktisch — die vereinigte Organisation zu einer Kaderorganisation machen wollten. Wie auf dem KPD-Parteitag auch blieben sie aber auch auf der GIM-NK mit solchen Vorstellungen deutlich in der Minderheit. Die Vertreter der Fraktion sahen im Statut vor allem ihre Möglichkeiten, in Leitungen gewählt zu werden, als beschnitten an und versuchten dies ins Zentrum der Debatte zu bringen.

Insgesamt wurde an der Statutdebatte deutlich, daß es weitgehend gelungen ist, eine solche Satzung auszuarbeiten, die sowohl die freie Debatte als auch die organisierte Arbeit ermöglicht und die deswegen von breiten Mehrheiten beider Organisationen getragen wird. Die Delegation der KPD verteidigte an diesem Punkt der Debatte nochmals nachdrücklich die Konzeption, die neue vereinigte Organisation nicht als Kaderpartei aufzubauen.

In der Debatte um die Resolution zum Selbstverständnis der neuen Organisation stand erneut im Zentrum die Konfrontation mit der Auffassung der Fraktion, der Parteaufbau müsse über den Weg der Grünen Partei gehen — eine Auffassung, die natürlich mit dem Inhalt dieser Resolution in keiner Weise zu vereinbaren ist.

In der diesen Tagesordnungspunkt abschließenden Debatte um die Vereinbarungen beider Verhandlungsdelegationen zur IV. Internationale — die, wie auch auf dem KPD-Parteitag, einiges an Emotionen freilegte — wurde deutlich, daß für viele Mitglieder der GIM dieser Kompromiß so schwierig zu behandeln ist wie für die Mitglieder der KPD. Vor allem solche Genossinnen und Genossen, die schon lange dieser Organisation angehören, hatten ihre Schwierigkeiten mit den Verhandlungsergebnissen, die auch in der Internationale selbst nicht unumstritten sind. Die Genossinnen und Genossen der Führung der GIM vor allem zeigten sich überzeugt, in einem gründlichen Diskussions- und Erfahrungsprozeß die vereinigte Organisation von der Nützlichkeit der Mitgliedschaft in der Internationale überzeugen zu können. Dem hielt die Delegation der KPD entgegen, daß es unserem Verständnis nach keinesfalls nur um eine Debatte um den Anschluß an die IV. geht, sondern, viel grundlegender, um die internationale Orientierung der neuen Organisation. Dabei kann es weder um einen Dogmen- noch Orthodoxystreit gehen, sondern darum, was der Einheit der revolutionären Bewegung weltweit nützt. Die NK verabschiedete eine ausführliche Resolution zur IV. Internationale, die sicher eine Grundlage für die weitere Debatte darstellen wird.

In der abschließenden Debatte um die Auflösung der GIM unterstrichen die Vertreter der Fraktion nochmals ihre eindeutige Ablehnung der Vereinigung und bezeichneten sie als „uninteressant“.

Insgesamt wurde an diesem ersten Tag der Konferenz der GIM sehr klar, daß die übergroße Mehrheit der Organisation für die Vereinigung mit der KPD ist, daß sie auch aktiv dafür eintritt und daß damit all jene außerhalb beider Organisationen, die die Möglichkeiten einer solchen Vereinigung skeptisch beurteilten, bei Unkenrufen stehengeblieben sind.

Es wird die Vereinigung geben, es wird sie auf der Grundlage klarer, revolutionärer Dokumente geben, und dies wird auch eine Grundlage für weitere Einigungsprozesse darstellen.

Die Tagesordnungspunkte des zweiten Tages, also Aufgabenpapier und Bundestagswahl wurden nicht in der geplanten und vorbereiteten Weise diskutiert. Der Grund dafür war, eine Konsequenz aus dem Verlauf des ersten Tages, das Auftreten der Fraktion, die der Konferenz eine Debatte um das weitere Verhältnis der GIM zu dieser Fraktion aufzwang. Nach Ablehnung aller Dokumente und der Vereinigung wurde von dieser Seite gefordert, einen Freibrief für die eigene, politisch, organisatorisch und programmatisch völlig gegenläufige Arbeit zu bekommen, also

für die Arbeit zum Aufbau der Grünen — selbst entsprechende Diskussionsangebote wurden rundweg abgelehnt.

Aufgrund dieser Auseinandersetzung in der GIM kam es zu keiner echten Debatte um die beiden vorliegenden Dokumente mehr. Offensichtlich wird, wie es auch auf dem KPD-Parteitag bereits zu sehen war, der Vereinigungsparteitag sich insbesondere mit der Frage der Wahltaktik noch ausführlicher befassen müssen. Die Konferenz wurde abgeschlossen mit der Bestätigung der von beiden Verhandlungsdelegationen getroffenen Übereinkünfte zur konkreten Durchführung des Vereinigungsparteitages, wie sie auch bereits vom KPD-Parteitag bestätigt worden

Bericht über die ZK-Sitzung am 5./6. 7. 86

Das ZK diskutierte zunächst über den Sonderparteitag und die Ergebnisse der Urabstimmung. Bei der Bewertung des Sonderparteitages ging es den meisten Genossinnen und Genossen vor allem darum, eine Erklärung für die relativ schwache Beteiligung an diesem Parteitag zu finden. Daß die Gründe dafür nicht in generellem Desinteresse an der Vereinigung mit der GIM oder gar in der Ablehnung dieser Vereinigung liegen, zeigen die Ergebnisse der Urabstimmung. (s. S. 1) Die Gründe für die schwache Beteiligung sind also wohl eher darin zu suchen, daß die meisten die Entscheidung der Partei für die Vereinigung bereits als getroffen betrachteten, der Sonderparteitag deshalb nur noch als eher formaler Akt betrachtet wurde.

Weiterer Tagesordnungspunkt der ZK-Sitzung war ein Bericht über die Nationale Konferenz der GIM (s. Bericht auf dieser Seite) sowie die Beratung über praktisch-organisatorische Fragen, die mit der GIM abgestimmt werden müssen.

Anschließend diskutierte das ZK über die AKW-Konferenz in Frankfurt, an der ein Genosse des ZK teilgenommen hatte (Bericht auf Seite 5). Das ZK ist der Meinung, daß die Partei sowohl die Aktivitäten für ein Volksbegehren in NRW als auch die bundesweite Unterschriftensammlung für einen Volksentscheid unterstützen und sich an den Großaktionen im Herbst beteiligen soll. Für wichtig hält das ZK außerdem die aktive Beteiligung an den Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften um die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie. (1)

Bundestagswahl: Da auf dem Sonderparteitag eine Reihe von Delegierten für eine positive Wahlaussage der Partei bei den Bundestagswahlen eingetreten ist, diskutierte das ZK erneut über die politische Stoßrichtung des Eingreifens in die Wahlen. Alle ZK-Mitglieder sind aber nach wie vor der Meinung, daß die Partei unter der Losung „Keine Stimme den Wende-Parteien“ in die Wahl eingreifen soll. Einige Gründe dafür, warum das ZK die Orientierung auf eine

waren.

Das bedeutet, daß dieser Vereinigungsparteitag am 4. und 5. Oktober stattfinden wird mit jeweils 80 Delegierten aus beiden Organisationen. Nach dem Parteitag der KPD hat auch die Nationale Konferenz der GIM den Weg zu dieser Vereinigung endgültig freigemacht — dies bedeutet für die Einheit revolutionärer Sozialisten einen wichtigen Schritt vorwärts.

Neben der Delegation der KPD nahmen als Gäste an dieser Nationalen Konferenz ein Vertreter der Demokratischen Sozialisten, des BWK, der KG (NHT) sowie verschiedene Delegationen der IV. Internationale teil. Dabei gab es in der Reihe der Grußadressen dieser Sektionen sehr interessante Beiträge, die deutlich machten, daß dort insgesamt einiges in Bewegung geraten ist, weitgehende Überlegungen angestellt werden, die sich von der Linie leiten lassen, sich in den Klassenkämpfen im eigenen Land zu verankern.

KPD-Parteitag und GIM-NK sind vorbei — der nächste Kongreß winkt: Der Vereinigungsparteitag!

rot-grüne Mehrheit nicht für sinnvoll hält, sind in einem Artikel in diesem RM dargelegt. (2)

Das ZK begann auf dieser Sitzung außerdem mit der Diskussion über die konkrete Gestaltung unseres „Wahlkampfes“, wie er im Papier zu den Bundestagswahlen, das dem Sonderparteitag vorlag, beschrieben ist.

RGO: Der VI. Parteitag hatte dem ZK den Auftrag erteilt, die Geschichte der RGO selbstkritisch aufzuarbeiten. Dazu lag dem ZK ein sehr ausführliches Papier eines Genossen vor. Das ZK begrüßte die wesentlichen Aussagen dieses Papiers. Es soll so schnell wie möglich den Mitgliedern der Partei, aber auch der GIM zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem diskutierte das ZK noch über die Frage, wie die Strukturen der Partei, das Verhältnis von Leitungen und Mitgliedschaft usw. konkret, über die im Statut getroffenen Bestimmungen hinaus, zu gestalten sind. Hierzu sollen Genossen Vorschläge erarbeiten, auf deren Grundlage die Diskussion dann fortgesetzt wird.

Anmerkungen:

- (1) Das ZK sprach sich für die Bildung einer energiepolitischen Arbeitsgruppe aus, die so bald wie möglich ihre Arbeit — gemeinsam mit Genossen der GIM — aufnehmen soll.
- (2) Um die Möglichkeit zu einer gründlichen Diskussion über die Rolle der grünen Partei zu schaffen, soll im Herbst ein Wochenendseminar zu diesem Thema stattfinden.

Romane im RM Verlag

- Iwan Popow, als die Nacht verging ..., 2 Bd. 566 S. mit Anhang 10,— DM
Berta Lask, Leuna 1921, 144 S. 3,50 DM
Luo Guang-bin, Yang Yiyān, Roter Fels, 492 S. 10,— DM
Xanu, Sieben Erzählungen aus Südvietnam, Oberbaum-Verlag, 199 S. 5,— DM
Chou Li-Po, Orkan, Teil 2, Oberbaum Verlag, 360 S. 5,— DM
Anh Duc, Hon Dat, Oberbaum Verlag, 306 S. 7,50 DM

kontakte

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691
4630 Bochum, Jochen Beyer, Josefinenstr. 110
4600 Dortmund (Brackel), Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: 0231/20931
4100 Duisburg 12, D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014
2000 Hamburg 6, Luxemburg-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr
3000 Hannover 91, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: 0511/466529
7100 Heilbronn, F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1
2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr., Tel.: 0431/642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr
5090 Leverkusen 3, A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171/41318
6700 Ludwigshafen, W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel. 0621/699382
7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/262388 geöffnet: Mo u. Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr
6685 Heiligenwald, KPD Saar, E. Bittner, Waldwiesstr. 13
1000 Berlin 61, Karl Decruppe, Müllenhoffstr. 13.

Filmfest

Das Kommunale Kino Weiterstadt bei Darmstadt veranstaltet in diesem Jahr zum 10. Mal ein Open-Air Filmfest. In der Zeit vom 14. - 18. August werden wieder Filme gezeigt, die sonst nicht zu sehen sind: Super-8-Filme von unabhängigen und meist unbekannten Filmemachern. Aus diesem Grunde sucht das Kommunale Kino Filmemacher, die ihre Filme einem größeren Publikum vorstellen wollen, ganz gleich, ob es sich dabei um die erste Produktion handelt oder schon um ein fortgeschrittenes Werk. Einzu-senden sind die Filme an: **Arbeitsgruppe Kommunales Kino, c/o J. Politt, Bahnhofstraße 70, 6108 Weiterstadt, Tel.: (06150) 12185.** Einsende- und Anmeldeschluß ist der 14. Juli

Stadtplan



Die VVN Westberlin — Verband der Antifaschisten hat einen sehr ausführlichen und umfangreichen Antifaschistischen Stadtplan von Kreuzberg erstellt. Auf 48 Seiten wird der faschistische Terror und der antifaschistische Widerstand im Dritten Reich dokumentiert. Dazu eine Straßenkarte von Kreuzberg, auf der alle markanten Punkte eingetragen sind. Eine wertvolle Broschüre nicht nur für Berliner. Auch Antifa-Initiativen, die an einem ähnlichen Projekt arbeiten, können daraus interessante Ideen und Anregungen entnehmen. Bestellungen an: **VVN Westberlin, Boddinstr. 64, 1000 Berlin 44**

Seminar: Nicaragua

Zu einem Seminar über die Agrarreform in Nicaragua lädt

5. ANTI WAAHNSINNS-FESTIVAL

AM 26. UND 27. JULI 1986 IN WACKERSDORF

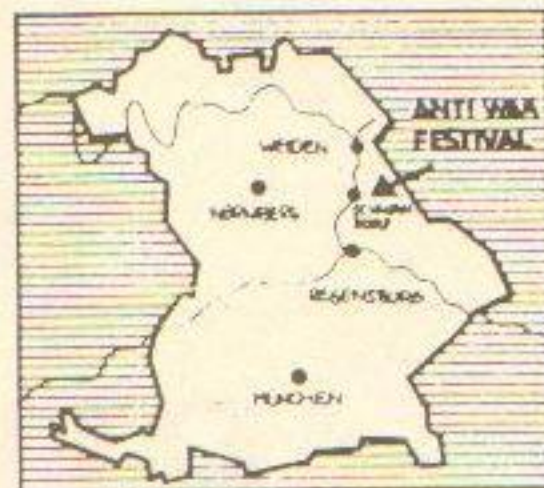
MIT DABEI SIND FOLGENDE GRUPPEN:

BAP

**H. GRÖNEMEYER
U. BAND
RODGAU
MONOTONES**

**H.-R. KUNZE
PURPLE SCHULZ
FRITZ BRAUSE
RIO REISER
HAINDLING
BIERMÖSL-BLOSN**

**HERWIG MITTEREGGER
WOLF MAAHN
KEVIN COYNE
CHRIS MC GREGOR
ANNE HAIGIS
FRANKFURTER
KURORCHESTER
THEATRE DU PAIN**



Karten an allen bekannten Vorverkaufsstellen
 Telefonische Kartenvorbestellung unter Nr. (09471) 1625
 Gernut zugunsten des Projekts "Wackersdorf" s. dem Ochoaus Oberpfalz kulturellen Veranstaltungen und zur Unterstützung Oberpfälzer Bürgerinitiativen Programmänderungen vorbehalten!
 Einlaß: 26.7. 10⁰⁰ Uhr

das Informationsbüro Nicaragua e. V. in Zusammenarbeit mit dem Forum „Eltern und Schule“ vom 19.9. - 21.9. in Radevormwald ein. Das Seminar soll Bilanz über 6 Jahre Agrarreform in Nicaragua ziehen. Neben der Erörterung der Veränderung der Besitz- und Produktionsverhältnisse auf dem Land, wird hierbei vor allem auch die eigene Rolle als Konsument diskutiert, wie dies beim Beispiel Kaffee deutlich wird. Das Seminar richtet sich deshalb auch besonders an Kaffeeaktionsgruppen, Mitglieder von Dritte-Welt-Läden und Mittelamerikagruppen.

Anmeldungen schriftlich an: **Informationsbüro Nicaragua e. V., Postfach 101 320, Wuppertal 1, Tel.: (0202) 4396305.**

Radio Dreyeckland

Nach über 700 Stunden Liveprogramm aus Freiburg, drei überstandenen Polizeieinsätzen und ständiger Verfolgung bietet Radio Dreyeckland jetzt ein reduziertes Sommerprogramm an. Jeden Samstag ab 16 Uhr wird für vier bis fünf Stunden auf UKW 103,1 Mhz gesendet. Die Kampagne „1000 Mitglieder bis zum Sommer“ des Freundeskreises RDL d.V. läuft jedoch weiter. Bisher sind es 750 Mitglieder, die RDL unterstützen. Es müssen aber angesichts der im Herbst zu erwartenden Vergabe der Freiburger Frequenz und dem Beginn der Prozesse gegen RDL-Unterstützer noch weitere hinzukommen. Informationen

gibt's beim **Freundeskreis Radio Dreyeckland e. V., Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg, Tel. (0761) 552455**

Widerstand Hamm-Uentrop

Mit dem Ziel, kontinuierlichen Widerstand gegen den THTR Hamm-Uentrop zu leisten, ruft eine Münsteraner Initiative dazu auf, zukünftig jeden Sonntag den auch an anderen Widerstandsorten praktizierten „Sonntagsspaziergang“ zum Atomkraftwerk zu unternehmen. Jeden Sonntag ab 14 Uhr soll am Reaktorgelände erneut auf die Gefährdung aufmerksam gemacht werden, die von diesem Kraftwerk für die Bevölkerung ausgeht.

Volksentscheid

Beim Bonner Büro: **Volksentscheid gegen Atomanlagen, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Tel.: (0228) 234432**, können folgende Materialien zur Kampagne bestellt werden: Offener Brief des Initiativkreises mit den Unterschriftenlisten (100 Stück = 10 DM) / Aufruf (100 Stück = 5 DM) / Unterschriftenlisten (100 Stück = 5 DM) •

Aufkleber (1 Stück = 1 DM) / Anstecker (1 Stück = 1 DM) / Informationsblatt über Volksbegehren und Volksentscheid (geht demnächst in Druck) (100 Stück = 5 DM)

Tschernobyl

Die Zeitungen „atom“ und „radiaktiv“ haben gemeinsam eine Sondernummer zu Tschernobyl herausgegeben. Aus dem Inhalt: Der Super-GAU von Tschernobyl, Die Folgen von Tschernobyl, Atompolitik und Tschernobyl, Widerstand nach Tschernobyl. Die Ausgabe kostet 5 DM, für BIs und Wiederverkäufer 3,50 DM. Bestellungen an: **atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: (0551) 700158.**

Dokumentation

64 Seiten umfaßt eine ausführliche Dokumentation über die Ereignisse in Brokdorf, Kleve und Hamburg. Herausgeber: **Ermittlungsausschuß in der BUU/HH, KB, Grüne Schleswig-Holstein, Sanigruppe HH.** Preis: 5 DM plus 1 DM Porto. Bei Abnahme von 5 Stück und mehr 30 Prozent Rabatt. Bestellungen an: **Förderverein Umweltschutz Untereibe, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel.: (040) 400423**

Uni-AG

Wir wollen eine **Zentrale Arbeitsgruppe zum Komplex Student(inn)-Hochschul- und Intelligenzpolitik** einrichten, um den Zustand der völligen Isolierung der in diesem Bereich aktiven Genossinnen und Genossen aufzubrechen und Positionen wie praktische Politik der Partei zu diesem Komplex zu entwickeln. Zunächst wollen wir die vorhandenen Vorstellungen sammeln und in einem Rundbrief verschicken, dann über einen Austausch unserer politischen Erfahrungen in die Diskussion einsteigen.

Wer hat Interesse? Meldet euch bitte, wenn ihr den Rundbrief erhalten oder selbst Beiträge schicken wollt.

Kontakt über KPD-Büro in Dortmund.

pinwand



Abschied von der Männergesellschaft. Hrsg. Heiner Geißler, Ullstein Juni 1986, 9,80 DM

Buchbesprechung: von KARIN WAGNER

Dialog-Bereitschaft politisch und weltanschaulich nicht neutral, sondern verkauft CDU-Politik. Die Mehrheit der Beiträge propagiert die Politik des CDU-Frauenparteitages vom März 1985: die neue Partnerschaft von Mann und Frau, die Aufwertung der Familienarbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau durch flexible Arbeitszeiten usw. Und natürlich darf — auch von den Kritikern dieses Parteitages wie Norbert Blum — die lobende Würdigung des Bundeserziehungsgeldgesetzes nicht feh-

len. Wobei Heiner Geißler in seinem Beitrag übrigens besonders hervorhebt, daß — wie versprochen — der Erziehungsurlaub mit einer Beschäftigungsgarantie verbunden sei. Black-out jetzt beim Meister selbst? Denn versprochen von Heiner Geißler war Arbeitsplatzgarantie und keineswegs Beschäftigungsgarantie mit dem unsicheren Kündigungsschutz, wie sie jetzt gesetzlich verankert ist.

Zu den Autorinnen des Buches gehört auch Rita Süsmuth. In ihrem Beitrag

„Der Vater als Bezugsperson des Kindes“ philosophiert sie darüber, wie notwendig es ist, daß Männer Haus- und Familienarbeit übernehmen und darüber, wie wenig Neigung sie zeigen, dies auch tatsächlich zu tun. Auf diese Weise erfährt frau einiges über die „Elternschaft“ als „nicht nur lustvolle, sondern auch schmerzhaft, gebrochene Lebenstätigkeit“. Darüber, wie Rita Süsmuth, die sich neuerdings auch Frauenministerin nennen darf, die Situation der Frauen verbessern, ihnen mehr Rechte verschaffen will, erfährt frau allerdings gar nichts.

Dieses — verdächtige — Schweigen über konkrete Maßnahmen, die die CDU künftig im Interesse der Frauen ergreifen will, ist typisch für das Buch. Über das hinaus, was bereits in den Leitsätzen des CDU-Parteitages vom März '85 stand, gibt es so gut wie nichts Konkretes.

Warum? Will die CDU keine Versprechungen machen, die sie im Endeffekt dann doch nicht bezahlen und halten will? Fürchtet die CDU eine Aufbruchstimmung unter den Frauen, die

sich zu einer Bewegung formiert, die sich mit „neuer Partnerschaft“ nicht zufrieden gibt, sondern Forderungen und Rechte einklagt?

Interessant in diesem Zusammenhang ist ein Absatz in Heiner Geißlers Beitrag. Dort heißt es: „Anfang 1985 fand im Bundestag eine Fraubebatte statt. Die SPD-Abgeordnete Anke Martini-Glotz erklärte zu Beginn ihrer Rede mit Emphase: „Ich wende mich an alle Frauen in Deutschland.“ Richtiger wäre es gewesen, sie hätte sich an die Männer gewandt. Denn diese müssen sich ändern, wenn die Gesellschaft, die Gesetzgebung und die tägliche Praxis zugunsten der Frauen verändert werden sollen.“ Statt Frauensolidarität also Warten darauf, daß die Männer „Defizite abbauen“ (Geißler)? Statt Selbstbestimmungsrecht für die Frau erneute Fremdbestimmung durch den „neuen Mann“ à la Geißler? Abschied von der Männergesellschaft, so wie er der CDU gefällt: gottgegeben, familiengebunden, kinderreich und — wiederum — frauenfeindlich?

Es sieht ganz so aus.

bücher

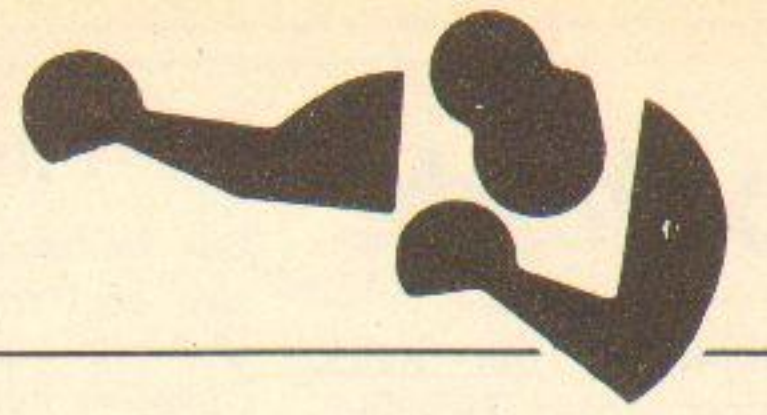
Wer geglaubt hat, mit seinem Abschied vom Familienministerium und der Amtsübergabe an Rita Süsmuth habe Heiner Geißler sich auch von der Frauenpolitik verabschiedet, hat sich getäuscht. Heiner ist am Ball geblieben und sorgt erneut für Aufsehen. Diesmal als Herausgeber eines Ullstein-Taschenbuchs mit dem Titel: **Abschied von der Männergesellschaft.**

Das Buch ist ein Wahlkampfbeitrag besonderer Art. Während Heiner Geißler in seiner generellen Wahlkampfstrategie auf Konfrontation setzt, auf das Fertigmachen des feindlichen „Lagers“ von SPD und Grünen, fehlen solche aggressiven Töne in diesem, an die weiblichen Wähler gerichteten Buch ganz. Hier wird sozusagen Versöhnung statt Spaltung großgeschrieben. Hier spricht die „große Volkspartei CDU“, die bereit ist, mit allen in den Dialog zu treten. Sogar über Parteigrenzen hinweg. Denn zu den Autorinnen, die Heiner Geißler für sein Buch gewann, gehört auch die Feministin Gisela Anna Erler, Mitglied der Grünen (wie

übrigens auch dem Autorenregister des Buches zu entnehmen ist). Dazu paßt, daß Wulf Schönbohm von der Bundesgeschäftsstelle der CDU seinen Artikel mit der lobenden Erwähnung von „parteiübergreifender Zusammenarbeit von Frauen“ beim Ehescheidungsrecht und der Reform des § 218 schließt.

Auch sonst ist der thematische Bogen weit gespannt. Er reicht von Norbert Blüms und Elisabeth Motschmanns Plädoyers für die neue/alte Mütterlichkeit bis zu einem Beitrag von Marita Heep über die Auffassungen Bebel, Marcuses, der autonomen Frauenbewegung und der Grünen zum Thema Frauen. Helga Stödter, Präsidentin des europäischen Managerinnen-Netzwerks erklärt, warum die Wirtschaft Frauen in Führungspositionen braucht. Ellen Burghardt, Gewerkschaftssekretärin beim DGB und Vorsitzende der Vereinigung berufstätiger Frauen in der CDA, schreibt über Frauenarmut in Folge der Massenarbeitslosigkeit.

Natürlich ist das Buch trotz der so demonstrierten



Vorbei

Nun ist sie also zu Ende, die 13. Fußball WM. Die Völker Mexicos und Argentinien werden nichts davon haben, wie zu erwarten war — in Buenos Aires wurde dies bereits am Abend des Titelgewinns polizeiamtlich vermittelt.

Der Fußballsport könnte allerdings sehr wohl etwas davon haben. Weder das befürchtete Finale Belgien — BRD kam zustande noch wurde die Horrervision eines BRD-Titelgewinns Wirklichkeit. Zuerst Italien, dann die BRD: Das wären zwei Titel in Folge für Betonfußball gewesen und damit der Triumph eines Prinzips.

Ein anderes Prinzip hat gewonnen, verkörpert in einem Mann, der diese WM geprägt hat wie lange schon kein Spieler mehr ein ganzes solches Turnier: Der Leser weiß, wer gemeint ist. Jedes Loblied auf ihn wäre nur ein matter Abklatsch jener Passage der Übertragung des argentinischen Rundfunks, in der der Reporter immerhin nicht weniger als 18 Adjektive hintereinander fand, um „das Tor“ gegen England zu feiern.

Das Endspiel: Der große Verlierer war ausgerechnet der Mann, der wie kein anderer für den „west-deutschen Stil“ steht, zum ersten Mal zeigte sich Schuhmacher als Fliegenfänger.

Das Endspiel: All jene, die vorschnell meinten, Maradona habe dabei keine wesentliche Rolle gespielt, hätten sich den Gang der Dinge genauer betrachten sollen.

Generationswechsel an einem Wochenende: Zuerst Platini im Freizeitlook, dann Maradona mit der Trophäe ...

(vorbei, endlich — die Setzerin)

Wahnsinn: BILD erfindet „Kinderkreuzzüge“

Wahnsinn: Kleines Kind mit Gasmasken



„Wahnsinn: Kleines Kind mit Gasmasken! 30000 Menschen vor Brokdorf — Protest gegen die Gefahren des Atoms. Aber zwischen die friedlichen besorgten Demonstranten mischten sich wieder Chaoten — und solche, die auch ein gefährliches Spiel wagten: Kinder, auf den Armen ihrer Mütter, den Wasserwerfern gegenüber, mit Gasmasken vor den kleinen Gesichtern. Ein Wahnsinn!“

Mit diesem Vorspann beginnt der Hetzartikel am 8. Juni 1986 in der „Bild am Sonntag“, der eine Berichterstattung über die Ereignisse vortäuscht. Dazu zwei Bilder und die Unterschrift: „Strampelhose und Pistole: Zwei Bilder von der Demonstration in Brokdorf: Links sehen Sie eine Mutter. Sie trägt ihr Baby — vielleicht 10 Monate alt — im Gurt, hat ihm eine Gasmasken aufgesetzt. Babys in vorderster Front, ein Wahnsinn. Rechts sehen Sie einen der Chaoten. Sein Gesicht hat er durch eine schwarze Strumpfhose verumhüllt, mit einer Signalpistole schießt er in Richtung Kernkraftwerk.“



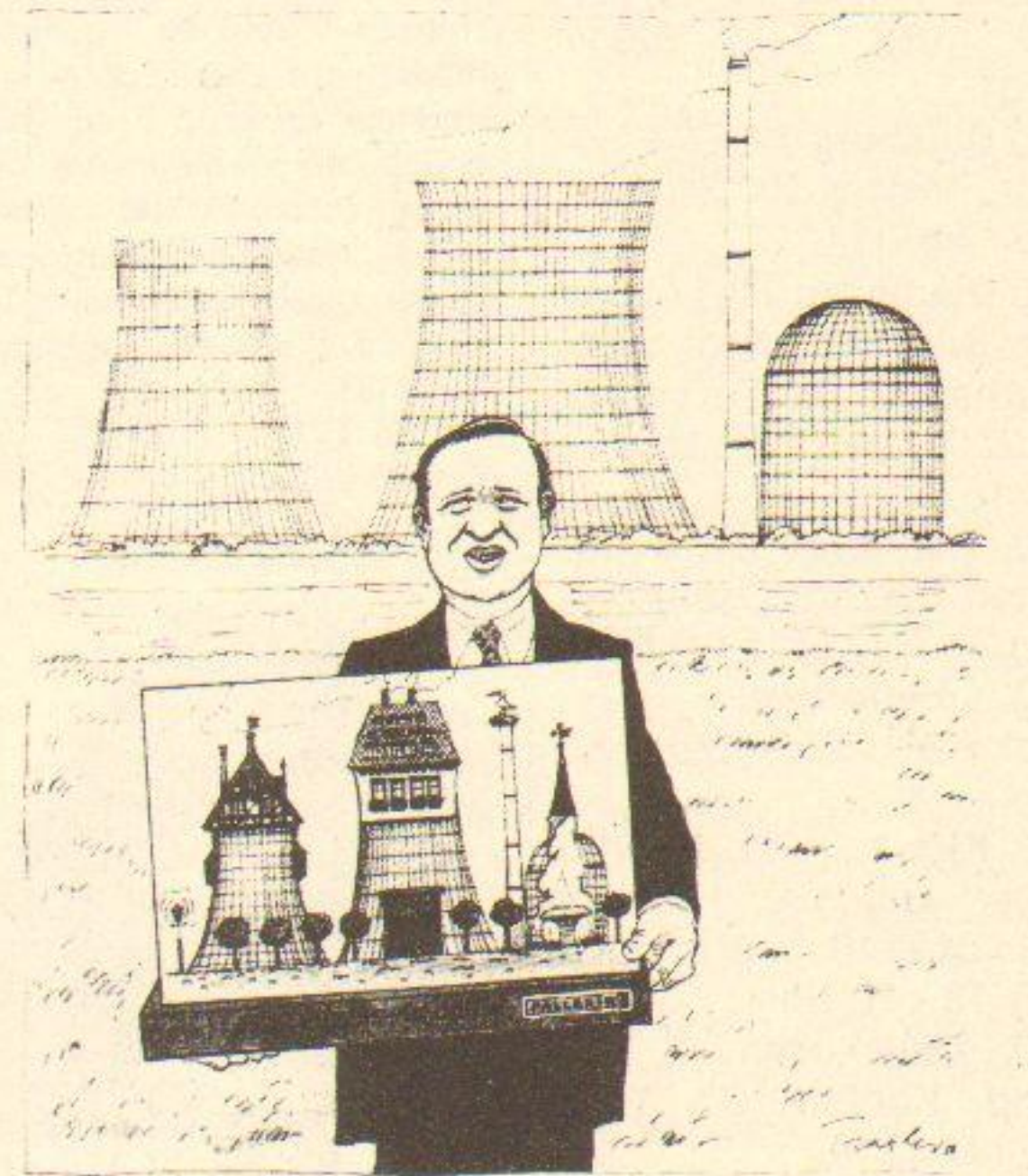
Auf dem „Spiegel“-Foto deutlich zu erkennen: kein Kind — eine Puppe

Die Horrormeldung kaum ausgestreut, finden sich sofort die Richtigen, die daraus politisches Kapital schlagen wollen. Franz Josef Strauß: „Eine verabscheuungswürdige Manipulation an jungen Menschen, die überhaupt nicht ahnen, wozu sie herhalten müssen.“ Familienministerin Süßmuth warnte vor „Kinderkreuzzügen.“ Stopp: Da werden Atomanlagen betrieben, die nachweislich die Zukunft der Kinder durch erhöhte Strahlenbelastungen gefährden, doch diejenigen Politiker und Presseorgane, die

alle Energie darauf verwenden, auch nach Tschernobyl am Atomkurs festzuhalten, stellen sich hin und drehen den Spieß einfach um; mit der unglaublichen Begründung, AKW-Gegner benutzen Babys „als Stoßtrupp gegen Wasserwerfer“.

... Eine Woche nach erscheinen der BamS sehen sich die Redakteure zum Rückzug genötigt: „Möglicherweise war es eine Puppe“ (BamS, 15.6.86). Es war eine Puppe, wie der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 30. Juni dokumentiert.

Der Strahlen-Minister wird aktiv



Titanic

Will Vogel die Republik ins Chaos stürzen?

Dieter Schmidt, Chefredakteur der „Welt der Arbeit“ ist entsetzt. Was ihn entsetzt, ist ein „populistischer Schuß ins Blaue“ von niemand Geringerem als dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag, Hans Jochen Vogel. Vogel hat nämlich — man stelle sich vor — von Volksentscheid gesprochen! Das kann Schmidt nicht hinnehmen.



Schließlich trägt er die Verantwortung nicht nur für die gewerkschaftliche, sondern auch für die staatsbürgerliche Erziehung von immerhin fast 8 Millionen Menschen. Und damit diese Gewerkschaftsmitglieder erst gar nicht in Versuchung geraten, hat Schmidt in der mit Gänsefüßchen schreiben, einen Kommentar geschrieben, der allen Lesern das Entsetzen in die Knochen fahren läßt.

Das erste, was Schmidt Vogel (und allen anderen klammheimlichen Sympathisanten des Volksentscheids) um die Ohren haut, ist der Volksentscheid von 1926 über die Fürstenenteignung. Weiß Vogel etwa nicht, daß dieser erste Volksentscheid von den Kommunisten angezettelt wurde? Schmidt weiß es, und deshalb kann er in seinem Kommentar das Wort „Entscheid“ auch nur mit Gänsefüßchen schreiben, so wie Bild „DDR“.

Aber mit dem Volksentscheid droht nicht nur Gefahr von links, sondern auch von rechts. Charles de Gaulle, erinnert uns Schmidt, hat der Bundes-

republik seinerzeit vorgeworfen, sie seine keine Republik, weil in ihrer Verfassung das Plebiszit fehle. Und war de Gaulle etwa ein Sozi?

Schmidt enthüllt auch, was viele überhaupt nicht wissen: „Entscheidet das Volk bei einem Volksentscheid? Die Schweiz kennt diese breite Abstimmung, aber Frauen durften dort nicht wählen.“ Na bitte, da haben wir es doch. Es wird von Volksentscheid geredet und in Wirklichkeit soll das Frauenwahlrecht abgeschafft werden!

Aber das ist alles noch nicht das Schlimmste. Auch, daß mit einem Volksentscheid die Todesstrafe auf uns zukommt, wird von noch Schlimmerem übertroffen. Nämlich: „Es würde ständiger Wahlkampf sein, Regierungen würden kaum noch regieren.“ Denn: „Vor und nach Wahlen läuft in den demokratischen Staaten bewiesenermaßen fast gar nichts. Bei ständigen Kämpfen um Volksentscheide würde fast alles blockiert.“ Das ist das ganze schreckliche Ausmaß der Volksentscheide: Die Bundesrepublik soll unregierbar werden!

Sollte es jemals Volksentscheide geben, dann ist völlig klar: In der Bundesrepublik wird das Chaos herrschen — Kommunisten werden Fürsten enteignen, die Schweizer werden deutschen Frauen das Wahlrecht nehmen, Unschuldige werden geköpft, Charles de Gaulle wird triumphieren und womöglich — ach was, sicher — werden die Russen einmarschieren. Und keiner ist da, der uns helfen kann, weil die Regierungen nicht regieren können, weil wir alle (möglicherweise sogar Dieter Schmidt) durch die Volksentscheide blockiert wären ...



Stimmen zur WM

„Unter den Augen des Kanzlers zu spielen, ist für die bundesdeutsche Nationalmannschaft eine psychische Belastung, die besser vermieden werden sollte.“ Der grüne Bundestagsab-

geordnete Heinz Suhr. „Ich habe gehalten wie der letzte Arsch.“ Harald („Toni“) Schumacher „Ich frage die Bundesregierung, welchen Beitrag Bundeskanzler Kohl und seine 50 Begleiter in Mexiko zur Verbesserung der Chancen der deutschen Elf geleistet haben und ob im Lichte

des Endspielergebnisses die Reise als Erfolg gewertet werden kann?“ Egon Lutz (SPD), Bundestagsabgeordneter „Grob gesagt, gibt diese Mannschaft schon etwas wieder vom Nationalcharakter unseres Volkes. Sie hat gekämpft, nie aufgegeben und war immer mit vollem Einsatz dabei.“

Bundeskanzler Helmut Kohl „Das Spiel Argentinien-Frankreich gehört zu den schönsten Spielen, an die ich mich überhaupt erinnern kann“ Helmut Kohl über eine Paarung, die es bei der WM gar nicht gegeben hat; er meint wohl die Begegnung Brasilien-Frankreich.